



Chancen einer neuen Zeit

**Sozialdemokratisches Regierungsprogramm
für die Landtagswahl 2003 in Hessen**

**Verabschiedet vom
Landesparteitag der SPD Hessen
am 19. Oktober 2002 in Wiesbaden**

Weil es um Menschen geht.



**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Hessen**

Postfach 5280
65042 Wiesbaden

Email: Landesverband.Hessen@spd.de
Internet: www.wahlsieg2003.de

V.i.S.d.P.:
Jürgen Walter, MdL, Landesgeschäftsführer

SOZIALDEMOKRATISCHES REGIERUNGSPROGRAMM FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2003 IN HESSEN

CHANCEN EINER NEUEN ZEIT 5

I. CHANCE: BILDUNG UND ARBEIT 8

- a. Hessens Zukunft wächst in den Köpfen 8
- b. Hochschulen – Spitzenleistung und Chancengleichheit 19
- c. Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft 25
- d. Zusammenarbeit für mehr Beschäftigung 26
- e. Lernende Regionen 27

II. CHANCE: WIRTSCHAFT – UNTERNEHMEN MIT ZUKUNFT 29

- a. Schlüsseltechnologien für Beschäftigung 29
- b. Qualifizierte Arbeitskräfte bringen uns voran 30
- c. Wettbewerb fördert Innovation 31
- d. Investitionen in die Zukunft 32
- e. Europa – Chance für Hessen 33
- f. Wohnen muss bezahlbar bleiben 36
- g. Mobilität sichert Teilhabe 36

III. CHANCE: ZUKUNFTSFÄHIGKEIT 39

- a. Vorsprung durch umweltgerechtes Wirtschaften 40
- b. Hessen: Einsteigerland in eine neue Energiepolitik 40
- c. Zukunftsrat Hessen: Agenda 21 für das Land 43
- d. Reichtum Natur 44
- e. Wirtschaften mit der Natur 46
- f. Neue Chancen für den ländlichen Raum 47
- g. Ressourcen schonen 49
- h. Tiere schützen 51

IV. CHANCE: SOZIALE SICHERHEIT IM WANDEL 51

- a. Arbeit bleibt im Mittelpunkt 52
- b. Hessen stärkt die Familien 54
- c. Der Jugend eine Chance 55
- d. Selbstbestimmtes Alter 56
- e. Perspektiven für Menschen mit Behinderungen 57
- f. Hauptsache Gesundheit 58

- g. Hessen aus vielen Ländern 59
- h. Sozialer Zusammenhalt auf neuen Wegen 61

V. CHANCE: VIELFALT - DIE STÄRKEN DER REGIONEN 62

- a. Region Rhein-Main 62
- b. Region Nordhessen 63
- c. Region Mittelhessen 64
- d. Region Starkenburg 65

VI. CHANCE: LEBENDIGE DEMOKRATIE 66

- a. Selbstverwaltung in den Kommunen 67
- b. Wir stärken das Ehrenamt 68
- c. Auf zwei Wegen zur Gleichstellung 69
- d. Keine Diskriminierung 71
- e. Beteiligung der Verbraucherinnen und Verbraucher 71

VII. CHANCE: SICHER LEBEN IN HESSEN 72

- a. Vorrang für Prävention 73
- b. Partner Polizei 73
- c. Verfassungsschutz durch Aufklärung 74
- d. Recht und Justiz 75
- e. Reform der Verwaltung 76

VIII. CHANCE: KULTURELLE VIELFALT 77

- a. Lebendige Kultur 78
- b. Lebendige Medien 81
- c. Sport ist Teil unseres Lebens 83

CHANCEN EINER NEUEN ZEIT

Die Zukunft bietet für Hessen neue Chancen. Um sie zu verwirklichen, brauchen wir ein Politikkonzept, das alle Menschen mitnimmt auf dem Weg von Innovationen, Modernisierung, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltigem Wachstum.

Hessen ist ein starkes Land und gehört zu den wirtschaftlich aktivsten und innovativsten Regionen in einem wachsenden Europa. Hessen ist ein weltoffener und liberaler Ort, an dem Menschen zusammenkommen, um hier zu arbeiten, zu wohnen und zu leben.

Hessen hat lebendige Regionen mit einem eigenständigen Charakter, die es zu stärken gilt.

Unser Land steht vor neuen Herausforderungen: Wir müssen eine erstklassige Ausbildung und eine beständige Fortbildung garantieren, die den Menschen die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten ermöglicht. Wir brauchen qualifizierte, sichere Arbeitsplätze für alle. Die Unternehmen benötigen kurz-, mittel- und langfristig ein Potenzial qualifizierter Beschäftigter. Die hessischen Unternehmen brauchen Unterstützung beim Strukturwandel sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Innovationen und zur Sicherung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Für das Gleichberechtigungsziel: Neuverteilung von Arbeit, familiärer und gesellschaftlicher Teilhabe bedarf es der Schaffung von Grundlagen in Wirtschaft und Gesellschaft. Kinder und Beruf müssen für Männer und Frauen miteinander vereinbar sein. Die Menschen brauchen die Freiheit, Phasen von Beruf, Aus- und Fortbildung flexibel und abgesichert miteinander kombinieren zu können.

Um die Chancen zu ergreifen, müssen wir jetzt die richtigen Weichenstellungen vornehmen. Wir werden die Menschen, Regionen und Unternehmen stark machen, damit sie die Fülle ihrer Möglichkeiten für die Zukunft nutzen können.

Politik braucht Maßstäbe

Politik, die das Leben der Menschen erfolgreich verbessern will, braucht klare Wertmaßstäbe, an denen sie sich orientiert und nach denen sie ihre politischen Prioritäten setzt. Eine technokratische Philosophie der totalen Machbarkeit genügt den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht. Eine Politik, die ohne klare Perspektiven der Tagesaktualität verhaftet bleibt, ist zu einem kontinuierlichen Modernisierungsprozess nicht fähig. Es fehlt ein geistiges Fundament und ein Politikentwurf für die Zukunft.

Aus den Grundwerten der SPD hingegen – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – lassen sich die Maßstäbe ableiten, die heute für einen Modernisierungsprozess Gültigkeit haben. Wir wollen unsere politischen Entscheidungen daran messen lassen, ob sie

- die Entfaltung der Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen fördern,
- jedem die gleichen Chancen in Bildung, Beruf und Leben sichern,
- die Möglichkeiten verbessern, Erwerbsarbeit für alle, die das wollen, anzubieten,

- die Freiheit erhöhen, das eigene Leben selbst zu bestimmen und über die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mitzuentcheiden,
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau voranbringen,
- durch eine nachhaltige Entwicklung auch zukünftigen Generationen Entscheidungsfreiheit lassen,
- den Zusammenhalt und die Solidarität der Generationen fördern.

Politik muss dabei darauf achten, dass sie Ungleichheiten bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen begrenzt und Armut beseitigt, dass sie die Schwachen schützt und die Absicherung der großen Lebensrisiken auf alle Schultern verteilt.

Dieser Politik ist die hessische SPD verpflichtet. Sie stellt damit die Menschen in den Mittelpunkt ihrer Entscheidungen.

Chancengleichheit bleibt unsere Aufgabe

Ob es um Bildung, Lehrstellen oder Arbeitsplätze geht, Untersuchungen zeigen immer wieder, wie ungleich die Chancen je nach Wohnort oder Lebensbedingungen verteilt sind. Wir wissen: Chancengleichheit kommt nicht von alleine; man muss immer neue Anstrengungen unternehmen, um sie herzustellen. Wir wollen, dass jeder und jede in Hessen, ganz gleich, wo und wie er oder sie lebt, die gleichen Chancen hat, Arbeit, gute Bildung und Ausbildung aber auch Zugang zu Informationen und zu kulturellen Angeboten zu erhalten. Und wir wollen, dass alle Menschen in Hessen am materiellen, aber auch am immateriellen Wohlstand beteiligt werden. Diesem Ziel sind alle Politikbereiche verpflichtet.

Zusammenführen statt spalten

Wir wollen nicht, dass Menschen wegen ihrer sozialen Situation ausgegrenzt werden. Wer lange arbeitslos war, der braucht Unterstützung auf dem Weg zu neuer Berufstätigkeit. Schülerinnen und Schüler, die nicht genug Deutsch können, dürfen nicht nach Hause geschickt werden, sie müssen Hilfe bekommen, damit sie die Sprache lernen können. Wir wollen, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, von persönlichen Eigenschaften, wie z.B. Geschlecht, Alter und Gesundheit, von ihren Fähigkeiten und ihrer materiellen Situation einbezogen werden in die Gestaltung von Gesellschaft, Zugang erhalten zu Arbeit und Bildung und den Hilfen, die sie benötigen. Wir wollen eine plurale, kulturell vielfältige Gesellschaft und die Integration der zu uns kommenden Menschen anderer nationaler Herkunft. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist die Anerkennung der Grundwerte unserer Verfassung und die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben das einende Band. Die Aufgaben, die vor uns liegen, werden wir nur miteinander bewältigen können.

Politik muss zukunftsfähig sein

Zu unserer politischen Verantwortung gehört, dass der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen Rechnung getragen und der Gefährdung natürlicher Lebenszusammenhänge Einhalt geboten wird. Aus diesem Grund wollen wir eine nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft, um auch künftigen Generationen gesunde Lebensbedingungen zu bieten. Unser Ziel ist eine gesellschaftliche Entwicklung, die den derzeitigen Bedarf der

Menschen befriedigt, ohne die grundlegenden Ressourcen zu vernichten, auf die künftige Generationen angewiesen sind. Dies ist Maßstab für alle Politikbereiche.

Jeder soll mitreden

Wir wollen eine Gesellschaft, in der jeder Bürger, jede Bürgerin das Recht hat mitzureden, wenn es darum geht, wie unsere Zukunft gestaltet werden soll. Selbsternannte Experten, die den Menschen vorschreiben, was gut für sie ist, helfen nicht weiter. Deshalb muss bei der Gestaltung von Politik die Beteiligung der Betroffenen mitgeplant werden. Ob über das Profil einer Schule entschieden wird oder über ein Naturschutzgebiet, wir wollen dass die Bürgerinnen und Bürger mitreden können. Auch dieses Programm ist nicht im stillen Kämmerlein entstanden, sondern in öffentlichen Foren mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern beraten worden.

Wir werden sofort handeln!

Noch im Jahr 2003 werden wir die ersten Schritte für mehr Chancengleichheit, mehr Beschäftigung und eine nachhaltige Landespolitik einleiten. Dazu werden wir vor der Wahl ein Sofortprogramm vorlegen.

Das finanzpolitische Chaos der konservativen Landesregierung werden wir beenden und durch eine solide und nachhaltige Finanzpolitik ersetzen. Dabei werden wir die gezielte Schwerpunktsetzung auf den Ausbau von Ganztagschulen, Vorschulerziehung und Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit verbinden mit einer langfristigen Konsolidierung der Landesfinanzen. Für Verbesserungen im Wohnungsbau wollen wir das bestehende Sondervermögen nutzen.

Gemeinsam mit anderen Bundesländern setzen wir uns ein für mehr Gerechtigkeit im Bereich der Finanzierung von Bildung und anderen öffentlichen Aufgaben durch die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögenssteuer mit angemessenen Freibeträgen, die selbstgenutzten Wohnraum nicht belasten sowie einer entsprechenden Gestaltung der Erbschaftssteuer. Zur Herstellung von Steuergerechtigkeit gehört auch die verbesserte Umsetzung bestehender Gesetze durch eine Verstärkung der hessischen Steuerverwaltung.

I. CHANCE: BILDUNG UND ARBEIT

Wir werden Hessen modernisieren, indem wir eine Gesellschaft der Teilhabe für alle verwirklichen. Das Wichtigste für uns sind die Menschen in unserem Land. Unsere Politik setzt auf ihre Fähigkeiten. In sie investieren wir vor allem. Weil wir eine nachhaltige Politik wollen, die die Chancen zukünftiger Generationen sichert, setzen wir in der Bildung einen wichtigen Schwerpunkt. Für uns sind die Ausgaben für Schule und Bildung Investitionen in die Zukunft.

Wir wollen Hessen zu einem Land machen, in dem alle die Chance haben, wirklich voran zu kommen, weil sie bei uns bessere Starthilfen und Einstiegsmöglichkeiten finden als anderswo. Weil wir die Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Menschen berücksichtigen, brauchen wir ein breites Spektrum an Bildungsangeboten.

Unser Ziel ist immer noch, Vollbeschäftigung in Hessen zu erreichen. Bei allen politischen Anstrengungen werden wir die Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung für Ausbildung und Beschäftigung entlassen. Wir werden in Kooperation mit den Unternehmen gemeinsame Programme entwickeln. Um ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot in allen hessischen Regionen sicherzustellen, wollen wir Unternehmen, die ausbilden, unterstützen und Unternehmen, die nicht ausbilden, an der Finanzierung von Ausbildung beteiligen sowie Ausbildung in zukunftsfähigen und innovativen Berufsfeldern ermöglichen. Dabei wollen wir aufbauen auf den tariflichen Vereinbarungen zur Umlagefinanzierung von Ausbildungsplätzen, wie sie z.B. in der Chemie- und Bauindustrie abgeschlossen worden sind. Dort, wo sich ein solches Modell nicht realisieren lässt, werden wir uns für eine Ausbildungsplatzumlage einsetzen.

a. Hessens Zukunft wächst in den Köpfen

Unser Maßstab sind die Kinder

Maßstab für unsere Politik sind die Kinder und Jugendlichen in ihrer Lebendigkeit, ihrer Vielfalt und ihrer Unterschiedlichkeit auch in ihrer Entwicklung. Für uns sind alle in ihrer Würde als individuelle Persönlichkeiten gleich wert, gleich zu achten, gleich zu schützen und zu schätzen.

Wir gehen davon aus, dass alle Kinder und Jugendlichen bildungsfähig und bildungswillig sind. Es kommt darauf an, ihre unterschiedlichen Begabungen, Neigungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten optimal zu fördern. Wir wollen eine Schule, in der die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Lebensbedingungen das pädagogische Konzept bestimmen. Nicht die Kinder müssen den Institutionen angepasst werden, sondern die Institutionen müssen sich der Unterschiedlichkeit der Kinder anpassen. Alle Kinder und Jugendlichen haben einen Anspruch auf möglichst qualifizierte Bildungsbeteiligung und ein hohes Leistungsniveau der einzelnen Schulen.

Erziehung zur Selbstverantwortung

Bildung bleibt für uns mehr als Vermittlung von Wissen. Schule und Eltern haben die gemeinsame Aufgabe, aus jungen Menschen durch ganzheitliches Lernen selbstverantwortliche Persönlichkeiten zu entwickeln. Wir wollen sie dabei unterstützen.

Wir wollen junge Menschen, die ihre jeweils besonderen individuellen Qualifikationen und Kompetenzen solidarisch in die Gemeinschaft einbringen, die ihre persönlichen Interessen in einem gesellschaftlichen Dialog vertreten und dabei zur Kommunikation, zu gegenseitigem Verständnis und zu friedlicher Konfliktregelung fähig sind, bereit, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Sie erleben die Vielfalt der Kulturen und Lebensstile als Bereicherung und nicht als Belastung.

Gleichheit der Lebenschancen bedeutet nicht Gleichheit der Lebensentwürfe, Integration bedeutet nicht das unterschiedslose Aufgehen in der sozialen und kulturellen Umgebung. Individualität und Solidarität gehören zusammen. Wir wollen Kindern und Jugendlichen nicht vorschreiben, wie sie zu leben haben, sondern mit ihnen gemeinsam dafür sorgen, dass ihnen möglichst lange möglichst viele Möglichkeiten offen stehen.

Wir wollen junge Menschen, die sich ihrer Leistungsfähigkeit bewusst, kreativ und mit Anstrengung und Ausdauer der Lösung von Problemen stellen, die erkannt haben, dass lebensbegleitendes Lernen für den Einzelnen und auch für die Gesellschaft insgesamt die Voraussetzung ist, um unseren Wohlstand zu sichern und um selbst aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung teilnehmen zu können.

Wir wollen junge Menschen, die fähig sind zu selbstbewusster Kritik und zur selbstkritischen Reflexion, die Spaß haben an ihren Tätigkeiten und sich in Staat und Wirtschaft für die umfassende Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft engagieren.

Gleiche Chancen – Ein Gebot der Gerechtigkeit

Die PISA-Studie hat gezeigt, dass die Bildungschancen in Deutschland noch immer abhängig sind von dem sozialen Status der Eltern. Ein Kind aus einer Facharbeiterfamilie hat nur ein Viertel der Chancen, ein Gymnasium zu besuchen, wie ein Kind aus einer Manager- oder Akademikerfamilie. Diese Ungerechtigkeit können und wollen wir nicht akzeptieren. Wir wollen eine Gesellschaft, in der gleiche Bildungschancen selbstverständlich sind, ganz gleich welche Bildung, welchen Beruf oder welches Einkommen die Eltern haben.

Eine Landesregierung, die zusätzliche Barrieren im Bildungssystem schafft, versündigt sich nicht nur an den Kindern, sie schädigt gleichzeitig den Wirtschaftsstandort Hessen. Deshalb werden wir die neu errichteten Bildungsbarrieren der Regierung Koch wieder beseitigen. Hürden für den schulischen Aufstieg und Lehrpläne, die Durchlässigkeit verhindern, passen nicht zum Ziel gleicher Bildungschancen. Alle diese Neuregelungen verstärken nur die soziale Auslese, die Qualität von Bildung erhöhen sie nicht. Milieubedingte Leistungsunterschiede werden so zu schulischer Benachteiligung. Damit dies nicht fort dauert, werden wir die notwendige Durchlässigkeit zwischen den Bildungsgängen herstellen.

Wir wollen für mehr Schülerinnen und Schüler qualitativ bessere Bildungsabschlüsse erreichen. Die Quote derjenigen, die die Schule abbrechen oder sie ohne Abschluss verlassen, wollen wir wieder deutlich senken. Auf der anderen Seite wollen wir erreichen, dass mehr Schülerinnen und Schüler mit einem mittleren Bildungsabschluss, z.B. Realschulabschluss, oder einem höheren, z.B. Abitur, in das Berufsleben oder Studium

starten können. Die Rolle der Gesamtschulen beim Erreichen dieser Ziele werden wir durch besondere Förderung unterstützen.

Wer Chancengleichheit will, muss Benachteiligte besonders fördern. Deshalb werden wir Schulen, in denen die Ausgangslage der Schülerinnen und Schüler besonders schwierig ist und bei denen soziale Integration mit hoher Intensität betrieben wird, mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten. Schülerinnen und Schüler, die sonderpädagogische Förderung benötigen, werden wir auf dem Weg zum Bildungserfolg weiter stärken und die Betreuung ausbauen.

Gerade für diese Schülergruppe sind ganztägige Angebote besonders nützlich. Die Schulsozialarbeit wollen wir intensivieren und damit die Persönlichkeitsbildung von sozial benachteiligten und gefährdeten Schülerinnen und Schülern durch wirksame Beiträge zur Integration und Prävention stärken. Dabei wollen wir auch wirksame Strategien gegen Gewalt in Schulen und für eine gelingende Konfliktbewältigung in der täglichen Praxis umsetzen. Die konkrete Ausgestaltung der Schulsozialarbeit muss im Hinblick auf die Zielsetzung einer gewaltfreien Schule den jeweils speziellen Anforderungen von Jungensozialarbeit und Mädchensozialarbeit gerecht werden.

Fördern von Anfang an

Die Grundlagen für Denkfähigkeit und Motivation, für lebenslanges Lernen und den persönlichen Umgang mit Wissen und Fähigkeiten werden bereits in der frühen Kindheit gelegt. Wer Chancengleichheit will, muss mit der Förderung aller Kinder möglichst früh beginnen. Eine besondere Verantwortung der Gesellschaft für die frühkindliche Bildung ergibt sich aus der Ungleichheit der Chancen, die aus dem unterschiedlichen sozialen Umfeld der Kinder entsteht und die heute durch die Schule eher verstärkt als abgebaut wird. Unterschiedliche Voraussetzungen aus Milieu oder Kultur können besonders durch ganztägige Angebote und erweiterte, möglichst früh einsetzende Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass es wohnortnah ganztägige Kinderbetreuungsangebote gibt.

Durch die Einrichtung einer Vorschule wollen wir landesweit alle 5-jährigen erreichen und ihnen ermöglichen, die unterschiedlichen Voraussetzungen, die sie mitbringen, in einem Klima der wechselseitigen Anerkennung auszugleichen und die Basis für Lernneugierde und Erfolgserlebnisse zu entwickeln. Ziel einer solchen vorschulischen Phase ist es, Kinder besser auf die Schule, aber auch die Schule besser auf die Kinder vorzubereiten. Auf diese Weise kann der Übergang von Kindertageseinrichtungen zur Grundschule früher, angstfreier und gleitender erfolgen. Diese Zeit ist auch für die Förderung der Sprachkompetenz und bei den Kindern von Zugewanderten zusätzlich für die Integration von besonderer Bedeutung.

Die Vorschule erhält in Absprache mit kirchlichen und kommunalen Trägern ein eigenes Konzept frühkindlicher Bildung. Dabei geht es nicht darum, die Schule ein Jahr früher beginnen zu lassen, sondern um kindgemäßes, ganzheitliches Lernen. So können wir dafür sorgen, dass unterschiedliche Voraussetzungen nicht zum Hindernis werden. Neben Betreuung und Erziehung wird eine verbindliche vorschulische Bildung angeboten, die allen Kindern einen erfolgreichen Start in der Grundschule sichert. Die Vorschule kann sowohl an Kinderbetreuungseinrichtungen als auch an Schulen angegliedert

werden, je nach den örtlichen Gegebenheiten. Dabei soll vor Ort die Kooperation von Kindertagesstätte und Schule in einem gemeinsamen Konzept festgelegt werden.

Einen Elternbeitrag für den Besuch der Vorschule wird es nicht geben, ganz gleich wo sie angebunden ist. Diese Kosten übernimmt das Land Hessen.

Wir wollen zusätzliches Personal bzw. Mittel unter anderem für Fortbildung zur Verfügung stellen, damit die vorschulische Bildung verwirklicht werden kann. Durch Fortbildungsangebote, die das Land finanziert, wird das Personal, das in den Vorschulen eingesetzt wird, gezielt auf die neuen Aufgaben vorbereitet.

Ein neuer Anfang für die Grundschule

Zusätzlich zur Einrichtung der Vorschule sollen die ersten beiden Jahre der Grundschule als Schuleingangsstufe neu konzipiert werden. Alle Kinder werden nach dem vorschulischen Bildungsjahr in die flächendeckend eingeführte Schuleingangsstufe übernommen. Es gibt keine Zurückstellungen mehr, die bestehenden Vorklassen und die in ihnen arbeitenden Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen werden in die Schuleingangsstufe integriert.

Die Jahrgangsstufen I und II bilden dabei eine pädagogische Einheit. Dort bleiben die Kinder in der Regel zwei Jahre. Die besonders Leistungsstarken und in ihrer Entwicklung besonders Begünstigten können diese Eingangsstufe in einem Jahr durchlaufen. Diejenigen, die besonderen Förderbedarf haben, durchlaufen diese pädagogische Einheit in drei Jahren. Damit tragen wir pädagogisch den unterschiedlichen Entwicklungen der Kinder Rechnung. Alle Schülerinnen und Schüler sollen individuell gefördert werden. Leistungsschwächere wie Leistungsstärkere profitieren von einem pädagogisch flexibel gestalteten Angebot. Mit entsprechenden diagnostischen Instrumenten wollen wir die Schulen dabei unterstützen.

Ganztagsschulen bringen mehr

Wir wollen mit Ganztagsangeboten mehr Zeit für Bildung, Unterricht und Erziehung gewinnen. Wenn die Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen, werden die von zu Hause mitgebrachten Voraussetzungen weniger bedeutsam. Damit leisten wir einen Beitrag zur Chancengleichheit und fördern die Bildung und die soziale Integration von allen Schülerinnen und Schülern mit ihren unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Wir wollen die Schüler und Schülerinnen nicht nur befähigen, Wissen zu erwerben und soziale Kompetenz zu entwickeln. Wir wollen dabei auch gezielter auf die Berufswelt vorbereiten. Damit verbessern wir auch die Zukunftschancen des Wirtschaftsstandortes Deutschland, die mehr denn je durch die Qualität von Bildung und Ausbildung bestimmt werden.

Darüber hinaus leisten wir einen entscheidenden Beitrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. So können wir den Ansprüchen, einer neuen, auf Gleichberechtigung gegründeten Familienpolitik gerecht werden, die die Veränderungen von Familienstrukturen aufgreift und die Familien unterstützt.

Wir wollen Ganztagsschulen und Ganztagsangebote in allen Schulformen wohnortnah anbieten. Dies wird nur schrittweise möglich sein. In einem ersten finanziellen Kraftakt

wollen wir in der nächsten Legislaturperiode 500 Schulen in Hessen zu Ganztagschulen beziehungsweise Schulen mit ganztägigen Angeboten ausbauen. Dafür werden wir in dieser Zeit ein Finanzvolumen von 250 Millionen Euro einsetzen. Wir werden die Schulen unterstützen, die auf der Grundlage ihres Schulprogramms die Weiterentwicklung zu ganztags arbeitenden Schulen gehen wollen. Wir werden diese Entwicklung nicht zwangsweise verordnen. Das Schulprogramm ist das entscheidende Steuerungsinstrument, in dem die Schulgemeinde selbst festlegt, welche konkrete Entwicklung die einzelne Schule anstrebt. Dabei setzen wir darauf, dass sich die pädagogischen Ganztagskonzepte durchsetzen, die einen veränderten Tagesrhythmus des Unterrichts beinhalten. Für alle Ganztagsangebote und Ganztagschulen werden wir verbindliche Qualitätsstandards festschreiben.

Gute Schulen – an ganzen und an halben Tagen

Wir wollen die pädagogische Entwicklung unserer Schulen voranbringen, ganz gleich, wie sie organisiert sind. Dies wollen wir erreichen durch die verstärkte Einführung von handlungs- und projektorientierten Unterrichtskonzeptionen zur Stärkung von Fach-Sozial- und Methodenkompetenz. In fächerübergreifendem Unterricht mit Projektarbeit und Arbeitsgemeinschaften können wir die Schülerinnen und Schüler stärker aktivieren. Innovative Vorhaben, die selbst organisiertes Lernen und Projektarbeit zum Ziel haben, werden wir in besonderer Weise durch Sach- und Personalmittel fördern.

Ganztagsangebote sind keine Verlängerung des jetzigen Schulalltags in den Nachmittag. Wir wollen die Qualität der Lern- und Bildungsprozesse insgesamt steigern, indem wir eine andere Rhythmisierung und Organisation des Schulalltags nutzen, um mehr an den Schülerinnen und Schülern orientierte, zum selbständigen Lernen führende Formen des Unterrichts zu entwickeln.

Wir wollen die sozialen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler stärken, indem die zur Verfügung stehende Zeit genutzt wird, um die Schulgemeinschaft auszubauen. Dazu gehören auch die Beteiligungsmöglichkeiten der Schülervertretung. Für Kinder ergibt sich dabei die Möglichkeit, mit sozialen Geschwistern in Gestalt ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler neue Erfahrungen zu machen. Die Erfahrung sinnvoller Freizeitgestaltung ist fester Bestandteil eines jeden Ganztagsangebotes.

Wir wollen alle Schülerinnen und Schüler fördern, Kinder mit Schwächen durch Angebote zusätzlicher Beratung, Unterstützung und Förderung über den Unterricht hinaus, besonders bei der Hausaufgabenbetreuung und gezielter Nachhilfe, aber auch durch integrierte Schulsozialarbeit. Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen mit einem qualifizierten Schulabschluss verlassen. Die besonders Begabten durch zusätzliche Angebote für ergänzende Qualifizierungen auch in Kooperation mit anderen Bildungsinstitutionen. An allen Schulen sollen Kinder mit ihren besonderen Begabungen optimal gefördert werden. Weitere Sondereinrichtungen lehnen wir ab.

Kinder haben Anspruch auf gute Schulen

Wie Schule organisiert wird, macht nur einen geringen Teil ihrer Qualität aus. Schulen sind ein Ort für Bildung und Erziehung und Lebensraum für Schülerinnen und Schülern. Wir wollen allen hessischen Schulen helfen, ihre Arbeit qualitativ zu verbessern. Das

geht nur gemeinsam mit engagierten Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern. Deshalb wollen wir die Mitwirkungsmöglichkeiten dieser Gruppen stärken. Wir wollen jede einzelne Schule in ihren Rechten, ihren Gestaltungsmöglichkeiten und in ihrer Eigenverantwortung unterstützen. Deshalb werden wir den einzelnen Schulen helfen bei der Aufstellung ihrer Schulprogramme, bei deren Evaluation und beim Entwickeln von besonderen Schulprofilen, bei ihren notwendigen Kooperationen mit dem regionalen gesellschaftlichen Umfeld, mit der Wirtschaft, den Vereinen und sozialen und karitativen Einrichtungen, den Einrichtungen der Jugend- und Sozialhilfe. Dazu gehört auch, dass die Schule erweiterte Rechte in der Budget- und Personalverwaltung erhält, damit die Personalentwicklung entscheidend durch die Schule selbst gestaltet werden kann. Wir stärken deshalb auch die Rechte der Schulkonferenz.

Die möglichen Wirkungen des Unterrichts und des Schullebens sind abhängig vom pädagogischen Verständnis, der fachlichen Qualifikation und dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, der Schulleitungen und aller in der Schulgemeinde zusammen arbeitenden Menschen. Die Schulkonferenz ist der Ort für die dafür notwendige Verständigung. Im Schulprogramm wird sichtbar, wie die einzelne Schule ihr pädagogisches Konzept angelegt hat und wie sie es weiterentwickelt.

Wir wollen sicherstellen, dass die Unterrichtsabdeckung umfassend gewährleistet wird und ausreichend Ressourcen für Vertretungsunterricht bereitstehen. Dort wo die Arbeitsbedingungen besonders schwierig sind, wollen wir für Verbesserungen sorgen. Die Unterstützungssysteme für die Schulen, sei es im Bereich der Schulaufsicht oder der Lehreraus- und Fortbildung, sollen zusätzliche Mittel erhalten.

Chancengleichheit bei neuen Medien

Wer Chancengleichheit will, muss darauf achten, dass keine neuen Bildungsbarrieren errichtet werden. Im Umgang mit den Neuen Medien wollen wir erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler einen qualifizierten Umgang damit lernen. Dabei müssen wir Schritt halten mit dem ständigen Fortbildungs- und Modernisierungsbedarf in diesem Bereich.

Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Bildungsgang Zugang zu den neuen Medien erhalten. Dazu sind an den Schulen für alle zugängliche PC-Arbeitsplätze mit Internetanschluss zu schaffen.

In diesem Zusammenhang ist nicht nur die Auswertung von Informationen wichtig, sondern auch die Verarbeitung, das Wissensmanagement muss gelernt werden. Deshalb ist eine kritische Medienerziehung Bestandteil aller bildungspolitischen Bemühungen. Hierzu gehören Konzepte zum kritischen Umgang mit sozialen und emotionalen Folgen von Massenmedien, neuen Medien und Technologien.

Integration und Toleranz

Die meisten unserer Schulen sind längst multikulturell. Wer die daraus entstehenden Chancen nutzen und die damit verbundenen Konflikte begrenzen will, muss für die nötige Unterstützung sorgen. Kommunikationsfähigkeit über Sprachgrenzen hinweg ist dabei ein wesentlicher Faktor.

Wir wollen deshalb

- die Lehrerbildung um das Fach „Interkulturelle Pädagogik“ erweitern.
- Schulklassen mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund und sozial Benachteiligten kleiner gestalten und besser mit Lehrkräften ausstatten.
- muttersprachlichen Schulunterricht, der nicht den Unterricht in der ersten Fremdsprache ersetzen darf, wollen wir ausbauen.
- die Muttersprache, wo dies möglich ist, als zweite Fremdsprache anerkennen. Dies verbessert die Berufschancen in einer globalisierten Welt.
- allen im Land lebenden Kindern mit Migrationshintergrund eine Schulausbildung ermöglichen - Kindern von Asylbewerbern wollen wir dabei den Schulbesuch zur Pflicht machen.
- ein Angebot von Ansprechpartnerinnen und -partnern und sozialer Betreuung für Schülerinnen und Schüler durch Pädagoginnen und Pädagogen mit Migrationshintergrund.

Deutsche Schülerinnen und Schüler sollen dagegen motiviert werden, durch frühen Fremdspracherwerb ihre Kommunikationsfähigkeit zu steigern.

Besonders annehmen werden wir uns der Kinder, deren Eltern mit der deutschen Sprache Schwierigkeiten haben. Diese Kinder benötigen zusätzliche Unterstützung. Ausgrenzung durch eine Zurückweisung bei der Aufnahme in die Grundschule, wie es das Schulgesetz der konservativen Landesregierung vorsieht, wird es mit uns nicht geben. Diese Vorschrift werden wir streichen.

Wir wollen die statistische Erfassung der Schul- und Bildungssituation von Aussiedler- und Ausländerkindern verbessern. Dabei soll insbesondere das Phänomen der Pendelmigration, die häufig zu Brüchen in der Bildungskarriere führt, genauer erfasst und untersucht werden.

Vorbereitet auf Europa

Im Rahmen eines zusammenwachsenden Europas ist der Bedarf an Internationalisierung gestiegen. Europa selber erleben zu können, ist sowohl für die sprachliche Entwicklung als auch für das gesellschaftliche und politische Verständnis Europas nützlicher als jedes Lehrmaterial. Jede Schülerin und jeder Schüler, aber auch jeder Auszubildende oder Studierende muss mindestens einmal im Rahmen seiner bzw. ihrer Ausbildung die Möglichkeit zu einem Auslandsaufenthalt erhalten. Die spielerische Vermittlung von Fremdsprachen, insbesondere Englisch, dem Schlüssel zur globalen Kommunikationsgesellschaft, sollte bereits im Kindergarten beginnen. Je jünger Kinder sind, desto leichter und spielerischer erlernen sie eine fremde Sprache und um so selbstverständlicher gehen sie später mit ihr um.

Gemeinsam trotz Behinderung

Die SPD hat während ihrer Regierungszeit die Integration behinderter Kinder in die Regelschulen eingeleitet. Der gemeinsame Unterricht hat sich bewährt. Wir werden deshalb diesen Weg mit Augenmaß, aber konsequent weiter gehen. Voraussetzung ist eine optimale individuelle Förderung der behinderten Kinder.

Wir gehen dabei davon aus, dass auch in Zukunft Sonderschulen und gemeinsamer Unterricht an Regelschulen nebeneinander bestehen. Im Rahmen unseres Ganztags-schulprogramms werden wir Schulen ermutigen und unterstützen, die Integration behinderter Kinder in ihrem Schulprogramm zu verankern, denn Ganztags-schulen bieten hierfür die besten Voraussetzungen.

Durch unsere Politik ist die gemeinsame Betreuung behinderter und nichtbehinderter Kinder in Kindertageseinrichtungen heute selbstverständlich. Sie werden deshalb auch gemeinsam die Vorschule besuchen. Das schafft gute Voraussetzungen für die Entscheidung über den weiteren Schulweg. Wir werden in Zusammenarbeit zwischen Frühförderung, Kindertageseinrichtung und aufnehmender Schule den Eltern eine qualifizierte Beratung anbieten.

Wir wollen Qualität sicherstellen

Wir wollen die Instrumente der Evaluierung zu einem festen Bestandteil der Schulwirklichkeit machen. Auf der Grundlage verbindlicher Standards für die Fächer und Lernbereiche in den einzelnen Bildungsgängen stellt das jeweilige Schulprogramm die entscheidende Grundlage dar, auf der eine Evaluierung aufbaut. Das Schulprogramm dient zugleich der Rechenschaftslegung über die geleistete Arbeit und legt fest, welche Ziele die Schulgemeinde im Zeitrahmen von jeweils zwei Jahren vorrangig verfolgen und wie sie ihre Effektivität prüfen wird. Dort können auch Modelle festgelegt werden, mit denen das Abitur auch vor den Osterferien abgelegt werden kann.

Die Schulen gestalten ihre innere Organisation und ihr Schulleben selbst und berücksichtigen dabei die Voraussetzungen und Möglichkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler und ihres lokalen Umfeldes. Sie sollen ihre pädagogischen Schwerpunkte in ihrem Schulprogramm beschreiben. Über die Qualität ihrer pädagogischen Arbeit sollen sie sich durch interne Evaluation vergewissern.

Dabei liegt das Gewicht auf Instrumentarien, die für Transparenz und Vergleichbarkeit sorgen. Sie sollen den Schülerinnen und Schülern, den Eltern wie den Lehrerinnen und Lehrern Gewissheit über Lern- und Bildungserfolge geben. Sie müssen in der Lage sein, Defizite aufzuzeigen, um für deren Kompensation zu sorgen, aber auch die besonderen Stärken von Schulen evaluieren, um deren Erfolg dauerhaft zu sichern. Zur internen Evaluation gehören auch schulinterne Vergleichsarbeiten. Die Kontrolle über den Erfolg der individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler muss im Zentrum der Qualitätssicherung stehen.

Neben Maßnahmen und Instrumentarien der sogenannten inneren Evaluation müssen selbstverständlich auch Maßnahmen der sogenannten externen Qualitätskontrollen treten. Zentrale Prüfungen lehnen wir ab. Wir wollen auch grundsätzlich keine Abschlussprüfungen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses und des mittleren Bildungsabschlusses. Sie stellen kein geeignetes Mittel zur Qualitätsentwicklung bzw. –sicherung dar und stehen dem Prinzip der Schulprofilentwicklung und der Selbstverantwortung von Schulen und Schulkonferenzen entgegen.

Wir wollen die Beteiligung der Schulen an regionalen, landesweiten, nationalen und internationalen Untersuchungen zur Vergleichbarkeit schulischer Leistungen. Aus der

Auswertung von vergleichenden Prüfungen ein Schul-Ranking abzuleiten, lehnen wir ab. Wir wissen, dass das Messen schulischer Leistungen noch keine Qualitätsverbesserung darstellt. Deshalb wollen wir, dass die Auswertung zu einer kritischen Reflexion des Unterrichts und zu konkreten Maßnahmen bei der Lehrerfortbildung führt. Evaluierungsberichte müssen in einer schulöffentlichen Diskussion aufgegriffen werden und für die Qualitätsentwicklung Richtschnur sein. Dabei dienen der Qualitätssicherung auch die Absprachen und die Kooperationen über Lern- und Bildungsziele sowie über Abschluss-Standards zwischen abgebenden und aufnehmenden Schulen und mit der ausbildenden Wirtschaft in einer Region.

Schulen in Freier Trägerschaft und Ersatzschulen ergänzen wirkungsvoll das Angebot der Staatlichen Schulen. Besondere pädagogische Profile und alternative pädagogische Angebote sind ausdrücklich erwünscht. Sie unterstützen die Vielfalt der Begabungen und tragen unterschiedlichen Wünschen und Bedürfnissen von Eltern und Schülerinnen und Schülern Rechnung. Sie brauchen pädagogische Freiräume, die wir ihnen gewähren wollen. Staatliche Vorgaben dürfen nicht bis ins Detail alles reglementieren wollen.

Wir unterstützen die Vielfalt des schulischen Angebotes in Hessen auch dadurch wirksam, dass wir solche Alternativen nicht nur in ihrem Bestand sichern, sondern ihren Ausbau unterstützen wollen. Weitere Schritte zu einer besseren finanziellen Ausstattung wollen wir mit den freien Trägern verabreden. Der großzügige Ausbau unserer staatlichen Schulen in Hessen mit ganztägigen Angeboten kommt auch den Schulen in freier Trägerschaft entgegen. Sie sind angemessen an diesem Programm zu beteiligen.

Bessere Arbeitsbedingungen – bessere Schule

Wer guten Unterricht will, braucht auch gute Arbeitsbedingungen. Deshalb stellen wir schrittweise mehr Lehrerarbeitszeit zur Verfügung, die mit einem die Selbstverwaltung und die pädagogische Eigenverantwortung der Schule sicherstellenden Zuweisungsmodell die Schulen so versorgen, dass in einem ersten Schritt keine Grundschul-, Hauptschul- und Gesamtschulklasse mehr als 25 Schülerinnen und Schüler haben sollte, es sei denn, die Schule setzt andere Prioritäten.

Verbunden mit dem Auftrag zur Entwicklung eines umfassenden schulischen Konzeptes zur individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler werden wir Gesamtschulen wieder mit pädagogischen Leiterinnen und Leitern und die selbständigen gymnasialen Oberstufen wieder mit Studienleiterinnen und -leitern ausstatten.

Die Schul- und Schulleitungsdeputate wollen wir mittelfristig erhöhen. Damit sollen die Belastungen der Schulleitungen aber auch die einzelner Lehrerinnen und Lehrer mit besonderen Aufgaben, wie zum Beispiel zur Schulentwicklung, ausgeglichen werden.

Bei der Regelung der Altersteilzeit werden wir neben dem Blockzeitmodell auch das Teilzeitmodell einführen.

Auch Lehrerinnen und Lehrer lernen dazu

Unser Verständnis von Schule als Ort von Bildung und Erziehung und als Lebensraum der Schülerinnen und Schüler erfordert ein Überdenken der Lehrerrolle. Ein neuer bildungspolitischer Aufbruch wird nicht gelingen ohne ein neues Leitbild, das die Anforde-

rungen an die Lehrkräfte beschreibt, ihre Belastungen ermittelt und klare Aussagen zum Umfang ihrer Arbeit und zur notwendigen Fort- und Weiterbildung enthält.

Am Anfang steht dabei eine grundlegende Reform der ersten, universitären Ausbildungsphase. Wir wollen sicherstellen, dass die Vorbereitung auf den Lehrerberuf ins Zentrum aller Lehramtsstudiengänge rückt. Dabei wollen wir den Anteil der praktischen Studien sowie die Anteile der Didaktik und der pädagogischen Grundbildung für alle Lehrämter deutlich erhöhen. Wir wollen auch eine Vorbereitung auf die Anforderungen einer geschlechterdemokratischen Gesellschaft.

Die Ausrichtung dieser ersten Ausbildungsphase und der folgenden an den Studienseminaren aber auch der Fortbildung muss präzise koordiniert werden. Ständige Fort- und Weiterbildung wird Recht und Pflicht zugleich. Die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss im Rahmen eines innerschulisch abgestimmten Bedarfskonzeptes konkretisiert werden.

Eine verbindliche Kooperation zwischen den Seminaren und der regionalen Lehrerfortbildung mit dem Ziel einer schrittweisen Integration verbessert die Strukturen wirksam.

Damit die Referendare sich besser auf ihre Ausbildung konzentrieren können, werden wir ihre Unterrichtsverpflichtung wieder auf den alten Stand von 1998 zurücknehmen. Mittelfristig streben wir eine Reform des Referendariats und die Einrichtung einer sogenannten Berufseinstiegsphase an. Die Schulen sind im Rahmen des Schulprogrammprozesses verpflichtet, ihren Fortbildungsbedarf zu erheben. Zur Bearbeitung dieses Bedarfs bekommen sie ein eigenes Budget.

Zur Verbesserung der Ausbildung für Lehrerinnen und Lehrer an Gesamtschulen wollen wir für diese ein eigenes Referendariat im Rahmen der Seminarbildung anbieten.

Moderne Schule – moderne Verwaltung

Die Verwaltungsarbeit ist integraler Teil der pädagogischen Arbeit. Sie ist Teil der Rahmenbedingungen, die gewährleisten, wie bildungspolitische Ziele umgesetzt, Ressourcen bereitgestellt und gemanagt und rechtliche Vorgaben eingehalten werden. In einem zukunftsfähigen Schulsystem ist kein Prozess nur schulfachlich oder nur verwaltungstechnisch.

Wir werden die Schulleitungen qualifizieren, damit sie neue Verantwortlichkeiten wahrnehmen und ein modernes Schulmanagement praktizieren können. Kenntnisse in Verwaltungshandeln sind Bestandteil des Lehrerleitbildes und der Aus- und Fortbildung. Die schulische Organisationsentwicklung ist ein kontinuierlicher Prozess, in den neben der gesamten Schulleitung und dem Kollegium auch die Eltern (Schulelternbeirat) und die Schülerinnen und Schüler (Schülervertretung) einer Schule einbezogen werden müssen. Organisationsentwicklung findet in enger Abstimmung mit der Schulaufsicht statt. Seinen Niederschlag findet dieser Prozess im Schulprogramm. Wir Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten werden die Schulen demokratisieren.

Wir wollen die verwaltungsfachliche Kompetenz in jeder Schulleitung durch die Bereitstellung von finanziellen Mitteln, administrativem Fachpersonal und einer vernetzten IT-

Infrastruktur in jeder Schule sichern. Die bisherige Trennung von Zuständigkeiten zwischen den Schulträgern einerseits und dem Land andererseits muss neuen Formen von Verantwortung in einer Hand weichen, um zu optimierten Strukturen zu gelangen. Über weiter reichende Formen der Budgetierung bis hin zu neuen Formen der Personalverantwortung in der Kompetenz der Einzelschule müssen die Reformen greifen. Regionale Bildungsbudgets und regionale Personalpools für die Schulen im Gebiet eines Schulträgers müssen in Abstimmung mit den zuständigen Staatlichen Schulämtern darüber hinaus zu flexibleren und effektiveren Handlungsoptionen vor Ort führen.

Eigenverantwortung, Beratung und Rechenschaft

Die staatliche Schulaufsicht muss in die Lage versetzt werden, ihre gesetzlichen Auftrag auch tatsächlich erfüllen zu können. Sie soll die Schulen unterstützen. Mehr Freiheit und Eigenverantwortung für die Einzelschule braucht eine wirksame, personell ausreichend ausgestattete Beratung und Kontrolle im Sinne von Qualitätsentwicklung und –sicherung, wenn die Bildungschancen in unserem Land vergleichbar bleiben sollen.

Bei der Entwicklung und Genehmigung der jeweiligen Schulprogramme, bei der Festbeschreibung von Qualitätsstandards für die einzelnen Schulformen, bei der internen und externen Evaluierung von Unterrichtsprozessen, bei der Personal- und Organisationsentwicklung bedarf es der qualifizierten fachlichen Beratung und verbindlichen Aufsicht verbunden mit möglichen Sanktionsoptionen durch die Staatlichen Schulämter.

Dabei ist die organisierte und verbindliche Kooperation mit den anderen Unterstützungssystemen die geeignete Grundlage. Die im Rahmen einer reformierten Lehrerbildung vorgesehene verbindliche Kooperation und schrittweise Integration zwischen der Seminarbildung und der regionalen Lehrerfortbildung soll die eine Säule eines schulischen Unterstützungssystems darstellen, die Schulaufsicht die andere. Modellhaft sind an einzelnen Standorten die Integration der drei bisherigen Unterstützungssysteme: Hessisches Landesinstitut für Pädagogik (HeLP), Seminare und Schulämter im Sinne eines „Pädagogischen Hauses“ zu erproben. Ein gemeinsam verabredetes regionales Arbeitsprogramm ist die Grundlage für koordiniertes und gemeinsam verantwortetes Handeln unter der Wahrung des jeweiligen spezifischen Auftrags.

Berufliche Bildung mit Zukunft

Wir wollen die Berufliche Bildung und die duale Berufsausbildung zukunftsfähig gestalten und halten am Grundsatz der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung fest. In den Haushalten werden wir wieder ein Programm zur Ausstattung der beruflichen Schulen einstellen.

Für den Bereich der Berufsschulen wollen wir den Grundsatz der dualen Berufsausbildung sichern und Lernortkooperationen fördern. Eine breite und tiefe Grundausbildung wird künftig wichtiger sein als frühzeitige Spezialisierung, an der Berufsfähigkeit nach Abschluss der Ausbildung werden wir selbstverständlich festhalten. Die Verantwortung für die Organisation des Berufsschulunterrichts bleibt bei den Berufsschulen, die die Wünsche der Auszubildenden berücksichtigen. Die Berufsvorbereitung wollen wir durch inhaltliche Verzahnungen und Kooperation mit den allgemeinbildenden Schulen schon in der Sekundarstufe I und durch die Stärkung des Faches Arbeitslehre verbessern.

Wir wollen ausbildungsnahe Berufsschulangebote bereithalten, um auch in diesem Bereich Chancengleichheit zu sichern. Die beruflichen Schulen wollen wir zu regionalen Kompetenzzentren für die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung auch in Kooperation mit anderen Bildungsträgern entwickeln. So stärken wir im Sinne einer langfristigen Strukturpolitik auch die jeweiligen Standorte.

Wir wollen die Bildungsgänge in den vollschulischen Angeboten modernisieren. Die Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Sonderschulen sowie die im Berufsvorbereitungsjahr werden wir in der Übergangsphase von der Schule in den Beruf durch die Einführung einer Berufsbiografieplanung unterstützen. Im Bereich der berufsvorbereitenden Bildungsgänge werden wir verstärkt produktions- und projektorientiertes Lernen, Schulsozialarbeit und Produktionsschulen fördern.

Wir wollen die Zertifizierung von berufsbildorientierten Teilqualifikationen durch die Kammern unter Beachtung des Berufsprinzips für diejenigen einführen, die eine erfolgreiche Abschlussprüfung der beruflichen Ausbildung nicht oder noch nicht erreichen. Als Bestandteil eines lebensbegleitenden Qualifizierungspasses soll dies eine Grundlage für spätere Weiterqualifizierungen sein und damit keine Sackgasse der beruflichen Ausbildung.

b. Hochschulen – Spitzenleistung und Chancengleichheit

Hessens Hochschulen müssen Spitzenforschung und herausragende Lehre mit Chancengleichheit verbinden. Hieran werden wir uns bei der zukünftigen Entwicklung der Hochschulen in Hessen orientieren. Unser Maßstab sind die besten Hochschulen weltweit.

Wir wollen mehr Menschen die Chance geben zu studieren. Es ist deshalb unser Ziel, die Zahl der Studienplätze in Hessen zu erhöhen. Im internationalen Vergleich ist Deutschland bei der Akademikerquote weit abgeschlagen. Wenn wir an der Entwicklung der Wissensgesellschaft teilhaben wollen, brauchen wir mehr Hochschulabsolventen und -absolventinnen.

Finanzielle Gründe dürfen kein Hindernis für eine gute Ausbildung sein. Wir werden deshalb an der Studien- und Prüfungsgebührenfreiheit festhalten. Darüber hinaus werden wir ein Programm zur Förderung selbstbestimmten Studierens auflegen. Dieses Programm wird den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Studierenden Rechnung tragen. Dazu gehört für uns unter anderem die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums. Mit einer Verbesserung der Übergänge zwischen Fachhochschulen und Universitäten werden wir auch an den Hochschulen die Durchlässigkeit erhöhen.

Wir wollen die Situation für Studierende mit Kindern erleichtern, auch durch eine Erhöhung der Betreuungs- und Wohnheimplätze. Darüber hinaus gilt es, die Rahmenbedingungen für alle Studierenden zu verbessern. Dazu gehört auf Bundesebene die Verbesserung der Bedingungen der Ausbildungsförderung genauso wie des Wohnungsbaus für Studierende an den hessischen Hochschulstandorten. Das Studentenwerkesgesetz wollen wir novellieren, um den Studentenwerken weitergehende Entwicklungsmög-

lichkeiten zu modernen Dienstleistungsunternehmen in sozialer Verantwortung zu geben. Die Studentenwerke werden eine solide und verlässliche Mittelzuweisung erhalten, damit sie eine sichere Planungsgrundlage bekommen. Wir werden zusätzliche Mittel zur Erstellung preiswerten studentischen Wohnraums vergeben.

Eine gezielte Förderung von Frauen an den Hochschulen bleibt für uns weiterhin unverzichtbar. Der vergleichsweise niedrige Anteil von Frauen unter den Hochschullehrenden steht in keinem Verhältnis zu der längst ausgewogenen Geschlechterverteilung unter den Studierenden. Nach wie vor werden Frauen in den Strukturen der Hochschulen benachteiligt.

Dabei ist es - nicht nur mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung - kurzfristig, das Potential der Frauen an dieser Stelle nicht zu nutzen, es stellt auch einen eindeutigen Wettbewerbsnachteil im internationalen Vergleich dar. Deshalb wollen wir Maßnahmen der Frauenförderung, wie die Forschung von Frauen und für Frauen und verstärkte Fort- und Weiterbildungsangebote für den weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchs und die Mitarbeiterinnen, zum Gegenstand von Zielvereinbarungen machen. Diese sind auch notwendig, um den Wiedereinstieg nach der "Babypause" zu gewährleisten.

Bildung ist mehr als Qualifizierung

Hochschulen sind gleichermaßen der Forschung und Lehre verpflichtet. Lehre ist für uns nicht nur wissenschaftliche Qualifizierung in der Ausbildung. Die Hochschulen haben auch einen allgemeinen Bildungsauftrag. Hochschule muss immer auch Persönlichkeitsbildung zum kritischen, die Bedingungen seines Handelns reflektierenden Menschen anstreben. Diese Momente der Bildung sind es, die spätere Lebenswege prägen.

Die moderne Wissensgesellschaft braucht Menschen, die neben soliden Grundkenntnissen und fachlich spezifischem Wissen auch über darüber hinausgehende Kompetenzen verfügen. Dazu gehören soziale und interkulturelle Kompetenzen, kritische Urteilsfähigkeit, die Fähigkeit zum schöpferischen Gestalten, die Fähigkeit, mit der ständig wachsenden Menge an Informationen und den sie erschließenden Technologien umzugehen, kommunikative Kompetenzen und Führungskompetenzen und schließlich das Verständnis für fach- und disziplinübergreifende Zusammenhänge. Dafür wollen wir einerseits neue Formen des Lehrens und Lernens entwickeln. Hierfür bedarf es einer Reform von Studiengängen sowie einer ständigen hochschuldidaktischen Fortbildung der Lehrenden.

Insbesondere die Fachhochschulen sind in der Lage, die gesteigerte Nachfrage nach Arbeitskräften mit einem Hochschulabschluss, der wissenschaftlich fundierten und praxisorientierten Ausbildungs- und Qualifikationsprofilen entspricht, zu genügen. Deshalb sind hier nicht nur entsprechende Kapazitäten zu schaffen, sondern auch neue Fachverbindungen und modulare Ausbildungsgänge zu entwickeln.

Für uns liegt der konzeptionelle Schwerpunkt der Entwicklung in der Fortentwicklung kooperativer Studiengänge an den Fachhochschulen. Die bisher gesammelten Erfahrungen machen deutlich, dass eine langfristig angelegte und konzeptionell tragfähige Zusammenarbeit zwischen Fachhochschulen, Hochschulen und Industrie möglich ist. Diesen Weg wollen wir weiter fördern.

Die Ausbildung an Berufsakademien bildet eine sinnvolle Ergänzung der wissenschaftsnahen Ausbildung mit einer beruflichen Tätigkeit. Dabei bleibt die akademische Ausbildung in erster Linie eine staatliche Aufgabe.

Reformen gehen weiter

Wir müssen feststellen, dass in einigen Bereichen die Studienzeiten zu lang sind. Vor dem Hintergrund der Verbesserung der sozialen Situation der Studierenden muss an den Hochschulen der Prozess der Studienreform weitergeführt werden. Dazu gehört auch die Konzentration auf das Wesentliche, sowohl bei den Fachinhalten als auch bei den zu vermittelnden Schlüsselqualifikationen. Die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, Studienprogramme auch in den dafür vorgesehenen Zeiten durchführen zu können.

Wir wollen die Lehrerausbildung neu strukturieren und die Verbindung von Theorie und Praxis in neuen Ausbildungscurricula wirksam werden lassen. Wir werden konsekutive Lehrerausbildungsgänge mit einem breiten Grundstudium und einem spezialisierten Aufbaustudium ermöglichen. Wir wollen eine Reform der Lehrerausbildung, die die Randständigkeit der Lehrerausbildung an den Hochschulen behebt und eine höhere Entscheidungsfreiheit für die Studierenden, auch in anderen Berufsfeldern Fuß fassen zu können, ermöglicht. Dabei sollen die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer eine bessere Verknüpfung fachdidaktischer, erziehungswissenschaftlicher und theoretischer Studieninhalte erfahren. Wir wollen eine engere Verzahnung der theoretischen und der schulpraktischen Ausbildung über die Zentren für Lehrerfortbildung.

Neuere Entwicklungen insbesondere in den Biowissenschaften, aber auch in vielen anderen Wissensbereichen machen die ethische und gesellschaftliche Relevanz wissenschaftlicher Erkenntnis in neuer Form deutlich. Fachübergreifendes Denken setzt fachübergreifende Bildung voraus. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, über eine bessere Förderung von Interdisziplinarität, auch in institutionalisierter Form im Sinne eines allgemeinen Bildungsauftrags, die Fähigkeit zur Einordnung des eigenen Faches in Wirklichkeitszusammenhänge in allen ihren Facetten zu stärken.

Hochschulen mit Profil

Die hessischen Hochschulen haben erfolgreich den Prozess eigener Profilbildung begonnen. Diese Profilbildung hat sich auf Forschungsschwerpunkte, die Kooperation mit Unternehmen, besondere Formen des Zusammenwirkens von Forschung und Lehre, den Ausbau internationaler Kooperationen und des Austauschs, aber auch der regionalen Entwicklungszusammenarbeit bezogen. Wir werden diesen Prozess auch in Zukunft fördern.

Wir werden die Hochschulen in ihrem Bestreben unterstützen, an den Zukunftsdebatten teilzunehmen und diese auch in ihrem regionalen Kontext mit einzubeziehen. Eine verbesserte Kommunikation zwischen Region und Hochschule ermöglicht auch die Einbeziehung des dort jeweils spezifisch vorhandenen Sachverständes und kann nur zu beiderseitigem Nutzen sein.

Kompetenz in der Forschung

Die Grundlagenforschung dient der organisierten Gewinnung von Erkenntnissen. Sie muss in ihrer wissenschaftlichen Organisation frei von ökonomischen Verwertungszwängen, darf aber nicht unabhängig von gesellschaftlicher Verantwortung sein.

Ein besonderes Augenmerk wird der außeruniversitären Forschung gelten. Wir unterstützen die Bildung regionaler wissenschaftlicher Kompetenzzentren ebenso wie die in Hessen einzigartige Institutslandschaft gerade kleinerer wissenschaftlicher Einrichtungen. Nach Möglichkeit helfen wir bei deren Überführung in Institutionen der sogenannten „blauen Liste“, die auch vom Bund mitfinanziert werden. Wir setzen uns für eine deutlichere finanzielle Unterstützung dieser Forschungseinrichtungen ein. Ein besseres Zusammenwirken universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen ist anzustreben.

Anwendungsorientierung und Praxisbezüge in Forschung und Lehre müssen gestärkt werden. In der Forschung darf die Stärkung der Anwendungsorientierung nicht als Schwächung der Grundlagenforschung missverstanden werden, sondern als deren bessere Nutzung. Deshalb ist ein nachhaltiger Ausbau der institutionsübergreifenden, anwendungsorientierten Programme und Studiengänge erforderlich.

Wissenschaft und Praxis

Die Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss verbessert werden. Dabei geht es nicht nur um eine Bezugnahme auf die Anwendungsmöglichkeiten oder die notwendige Abstimmung von Ausbildungsinhalten in Bezug auf die Praxistauglichkeit der Absolventen. Es geht um die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung des Wissenschaftssystems auf der einen Seite, dem die verfassungsmäßige Freiheit der Lehre und Forschung zugesichert ist, und andererseits um den gesellschaftlichen Auftrag der Wirtschaft, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen und Werte zu erzeugen.

Dabei müssen die Schnittstellen zwischen universitärer Forschung und Wirtschaft sowie privater Forschung deutlich verbessert werden. Dies wird im Rahmen der eigenverantwortlichen Organisation der Hochschulen zuerst deren Aufgabe und Auftrag sein und seinen Niederschlag in Zielvereinbarungen zwischen den Hochschulleitungen und den Fachbereichen finden. Dazu gehört auch die Bildung gemeinschaftlicher Institutionen von Universitäten und Fachhochschulen.

Um aber gerade zwischen mittelständischen Unternehmen und Hochschulforschung die Kooperationen in regionaler Verantwortung besser zu organisieren, muss die Projektarbeit der hessischen Technologiestiftung ausgebaut werden. Wir werden deshalb die Eigenkapital-Ausstattung der Gesellschaft verbessern und ihre Entscheidungskompetenzen erweitern. Die Gründung von Unternehmen aus den Hochschulen heraus ist zu unterstützen.

Wir werden auch an hessischen Hochschulen den Prozess der Ideenfindung und Patentierung bis hin zur Vermarktung des neuen Wissens voranbringen. Den Hochschulen und Forschungseinrichtungen muss über ein hessisches Verwertungsnetzwerk Hilfestellung bei der Patentierung und Verwertung gegeben werden; etwaige Erträge kommen den Hochschulen zugute. Dies gilt auch für die Ergebnisse, die aus Forschungs-kooper-

rationen zwischen öffentlich und privat finanzierten Forschungseinrichtungen hervorgegangen sind. Wir begrüßen die von der Bundesregierung in Angriff genommene Änderung des Hochschullehrerprivilegs, damit in den kommenden Jahren Erfindungen aus den Hochschulen heraus besser vermarktet werden können.

Wissenschaft ist international

Hessen hat eine gute und entwickelte Hochschullandschaft. Von den 152.000 Studierenden an hessischen Hochschulen kommen 54.000 aus anderen Ländern. Im Durchschnitt 10% der Studierenden in Hessen kommen aus dem Ausland. Wir sind stolz auf diese Entwicklung, weil sie zeigt, dass unsere Wissenschaftslandschaft international anerkannt ist. Zur Förderung der internationalen Spitzenstellung der hessischen Hochschulen gehört auch die Weiterentwicklung der Einrichtung der internationalen Abschlüsse des Bachelor und Master. Die begonnenen Akkreditierungsverfahren zur Qualitätssicherung sind fortzuführen.

Maßnahmen zur Förderung der internationalen wissenschaftlichen Kooperation, des Austauschs und zur Steigerung der Attraktivität hessischer Hochschulen für ausländische Studierende und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind notwendig und müssen weiter verstärkt werden. Wir werden das Bundesprogramm zur Förderung internationaler Kooperationen des Studierenden- und Wissenschaftlerausbaus mit einem Landesprogramm begleiten. Wir wollen einen funktionierenden europäischen Raum für Forschung, Bildung und Wissenschaft. International ungleiche Wettbewerbsbedingungen lehnen wir ab.

Ein neuer Anlauf zur Autonomie

Um die Entwicklungsmöglichkeiten der Universitäten und Fachhochschulen optimal entfalten zu können, werden wir mit der Autonomie der Hochschulen Ernst machen. Nur so können Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden. Zur Erreichung dieser Ziele werden wir in enger Kooperation mit den Hochschulen ein neues, sich völlig auf die Kernnotwendigkeiten beschränkendes Hochschulgesetz vorlegen, in dem sich das Ministerium aus der Detailsteuerung völlig zurückzieht. Zur Erreichung dieser Ziele werden wir in enger Kooperation mit den Hochschulen ein neues, sich völlig auf die Kernnotwendigkeiten beschränkendes Hochschulgesetz vorlegen, in dem sich das Ministerium aus der Detailsteuerung völlig zurückzieht. Unser Grundsatz hierbei ist die gleichberechtigte Beteiligung aller Hochschulangehörigen an allen die Entwicklung der Hochschulen betreffenden Fragen. Dies ist die Legitimation dafür, dass der demokratisch verfasste Staat die ihm zustehenden Steuerungsmöglichkeiten für die Hochschulen aus der Hand gibt.

Wir wollen dafür ein einheitliches Regelwerk schaffen, in dem das Parlament Eckdaten für Zielvereinbarungen beschließt und somit die politische Steuerung ausübt, und das Ministerium die Aufgabe hat, diese politischen Eckwerte in konkrete Vereinbarungen umzusetzen. Als Beispiele für solche Eckwerte sehen wir:

- die Festlegung von Anteilen für Geisteswissenschaften, Naturwissenschaften und Technikwissenschaften an der Hochschule mit dem Ziel einer als notwendig erachteten Mischung,
- die Festlegung über die regionale Verteilung von Studienplätzen,

- die Festlegung über verbindliche Regelungen der Frauenförderung,
- die Festlegung über Verfahren und Formen der Unterstützung für Forschungsschwerpunkte.

Auf der anderen Seite wollen wir Auftragsangelegenheiten sämtlich den Hochschulen übertragen und Personalentscheidungen abschließend in den Hochschulen treffen lassen. Bei fortbestehendem Eigentum des Landes sollen die Hochschulen für die Bewirtschaftung ihrer Grundstücke selbst zuständig sein.

Hochschulen als demokratisch verfasste Institutionen müssen in die Lage versetzt werden, sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben geeignete Strukturen zu geben. Dabei muss der Grundsatz gewahrt bleiben, dass alle Gruppen der Hochschule an der Willensbildung in den Gremien beteiligt werden. Insbesondere sollen die Studierenden in die sie betreffenden Entscheidungen der Hochschule einbezogen werden. Dies bedeutet konkret, dass die Einflussnahme auf die Entscheidungsprozesse an den Hochschulen sich an den Aufgaben orientieren sollen: Angelegenheiten der Lehre und des Studiums sollen danach von den Studierenden maßgeblich bestimmt werden, Angelegenheiten der Forschung von Professorinnen und Professoren und wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir halten die Willensbildung und Entscheidungsfindung in den Hochschulgremien aus Gründen der demokratischen Verfassung für richtig.

Wir werden den Hochschulen eine verlässliche Finanzplanung zusichern. Ein Zurück hinter den von allen Hochschulen unterzeichneten Hochschulpakt wird es nicht geben.

Die Umsetzung der neuen Steuerungsmodelle werden wir fortführen. Die Finanzierung der Hochschulen soll aus einem stabilen Grundbudget bestehen, das nicht allein von den Studierendenzahlen abhängig ist, und einem zusätzlichen Leistungsbudget. Dieses Budget wird in hohem Maße die Erfolge in der Verbesserung der Lehre an den Hochschulen mit einbeziehen. Hochschulen, die Erfolge erzielen bei der Gewährleistung verbesserter Studienbedingungen zur Erlangung eines Hochschulabschlusses werden hierfür ebenfalls belohnt.

Die Verwaltung soll zur Ausschöpfung ihrer Leistungsreserven größtmögliche Freiräume erhalten. Dem Hessischen Landtag wird somit ermöglicht, seine politischen Aufgaben der Gesamtsteuerung durch die Vorgabe von Zielen, die Freigabe der erforderlichen Ressourcen und die Kontrolle des Leistungsergebnisses wirkungsvoller wahrzunehmen.

Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien muss weiterentwickelt werden. Moderne Wissenschaft ist zunehmend arbeitsteilig organisiert. Methodisch voranschreitende Produktion und Vermittlung des Wissens erweitern sich ständig. Die Kommunikationsformen in der Wissenschaft verändern sich dadurch. Die sich heute mehr und mehr ausbreitende weltweite Kommunikation findet ganz besonders auch unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern statt. Um dem Rechnung zu tragen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, dass unsere Hochschulen mit ihren Kommunikationstechnologien in Forschung und Lehre die Spitzenstellung einnehmen. Wir werden das Programm "Neue Medien in der Bildung" unterstützen.

Lernen lebenslang

An den Hochschulen muss ein neuer Schwerpunkt der Aus- und Fortbildung im Sinne lebenslangen Lernens gelegt werden. Lebenslanges Lernen ist eine Herausforderung für Universitäten und Fachhochschulen. Die bis heute nahezu ausschließliche Orientierung der Hochschulausbildung auf Studienangebote, die auf die lebenslange Wahrnehmung eines einzelnen Berufsbildes abzielen, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Hochschulen müssen auf diese Entwicklung reagieren und neben einer berufs- und anwendungsorientierten wissenschaftlichen Ausbildung breite Angebote an Teilzeit- und Weiterbildungsangeboten bereitstellen. Die Neuverteilung der Lernzeit über die Lebenszeit erfordert neben der Verkürzung der Erstausbildung auch neue Arbeitszeitmodelle wie z.B. Bildungsteilzeit. Ziel sollte eine Verzahnung von Ausbildungs- und Berufsphasen sein.

c. Integration in Arbeitswelt und Gesellschaft

Jugendarbeitslosigkeit Null!

Wir finden uns nicht damit ab, dass immer noch viele Jugendliche nach Abschluss der Schule ohne Ausbildung und Arbeit bleiben. Gemeinsam mit Unternehmen und Ausbildungsstätten werden wir dafür sorgen, dass jeder Jugendliche in Hessen nach der Schule eine Ausbildung, eine Weiterqualifizierung oder eine Arbeit angeboten bekommt. Darauf legen wir den Schwerpunkt der hessischen Beschäftigungspolitik. Unser Ziel ist „Jugendarbeitslosigkeit Null!“ Wir wollen innerhalb der Legislaturperiode die Jugendarbeitslosigkeit in Hessen beseitigen. Das ist zu schaffen, wenn die Akteure vor Ort gemeinsam diese Verantwortung übernehmen, ein abgestimmtes und angepasstes Handlungskonzept erstellen und umsetzen. Dabei werden wir als Land mit Fördermitteln und anderen Instrumenten unseren Beitrag leisten - komplementär zur europäischen Ebene, zum Bund und den Kommunen.

Prävention statt Ausgrenzung

Hilfe für Menschen mit Arbeitsmarktrisiken setzt bei uns nicht erst dann an, wenn Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung schon persönliches Schicksal sind. Wir werden proaktiv und präventiv die Fähigkeiten der Menschen durch lebensbegleitendes Lernen auf die Anforderungen der Zukunft hin stärken, aber auch die Strukturen der Arbeitswelt menschengerecht und zukunftsfähig weiterentwickeln - Arbeitszeiten und die Arbeitsorganisation ebenso wie die betriebliche Mitbestimmung.

Gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen werden wir dafür sorgen, dass allen Arbeitslosen so früh und passgenau wie möglich ein systematisch förderndes Angebot gemacht wird, mit dessen Hilfe sie - gegebenenfalls stufenweise - wieder in normale Beschäftigung zurückkehren können. Das verbesserte Angebot des Sozialgesetzbuches III an ziel- und passgenauen Hilfen werden wir mit einer innovativen Arbeitsmarktpolitik des Landes und der Kommunen flankieren. Hierzu gehören beispielsweise kontinuierlich begleitende Lotsen durch den Maßnahmen-Dschungel für arbeitslose Jugendliche, tariflich abgesicherte und mit Weiterbildung in der verleihefreien Zeit gekoppelte Leiharbeit, passgenaue Vermittlungsangebote auch für schwer vermittelbare Arbeitslose, individuelle Hilfepläne und Begleitung bei den verschiedenen Phasen der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bis hin zum Coaching auch noch nach der Vermittlung.

Ein Zentrum für Beschäftigung

Wir werden uns auf Bundesebene für die Ablösung der Arbeitslosenversicherung durch eine Arbeitsversicherung einsetzen, die statt Arbeitslosigkeit Beschäftigung und Qualifizierung finanziert. Auf Landesebene werden wir die Kompetenzen für Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Strukturpolitik in einem "Hessischen Zentrum für Qualifizierung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik" zusammenfassen. Seine Aufgaben sind: Entwicklung innovativer Konzeptionen für die Programme, Qualifizierung und Beratung der Akteure sowie Steuerung und Evaluierung der Umsetzung. In der Organisationsstruktur des Zentrums wird eine enge Kooperation mit den Akteuren, insbesondere der kommunalen und regionalen Ebene sowie mit den Tarifparteien verankert. Damit werden wir einen neuen Schub an Qualität, Wirksamkeit und Innovationen in der hessischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik erreichen.

d. Zusammenarbeit für mehr Beschäftigung

Wir werden eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ministerien der Landesregierung zur Verknüpfung aller Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme sowie der bildungs- und beschäftigungspolitischen Anstrengungen im Vorfeld der engeren Arbeitsmarktpolitik realisieren.

Wir werden in den allgemeinbildenden Schulen beginnen und „Arbeitslehre“ ab der 7. Klasse wieder einführen, Partnerschaften von Betrieben und Schulen unterstützen, die Berufsberatung verstärkt in die Schulen holen und die Schülerinnen und Schüler in Praktika ein realistisches Bild der Arbeitswelt, des Arbeitsalltags verschiedener Berufe sowie ihrer Fähigkeiten, Neigungen und Interessen gewinnen lassen.

Wir werden die Städte und Kreise als örtliche Jugendhilfeträger befähigen, die Jugendberufshilfe zum zentralen Akteur zu machen, der die Aktivitäten der Schulen, der Arbeitsämter, der Jugendpflegen, der Sozialämter und der freien Träger verknüpft. Von Ihnen sollen regionale Probleme identifiziert und Maßnahmen zu ihrer Lösung initiiert und koordiniert werden. Sie sollen für jeden Jugendlichen, der eine Ausbildungsstelle oder Arbeit sucht, im Bedarfsfall als Ansprechpartner und Lotse zur Verfügung stehen. Die für Schülerinnen und Schüler eingeführte Berufsbiografieplanung werden wir zusätzlich nutzen.

Wir werden in allen Programmen der verschiedenen Ressorts auf konsequente Regelungen für Frauen- und Familienförderung achten und dies mit gleichstellungspolitischer Beratung der Antragsteller verbinden. Wir werden darauf achten, dass Programme, z.B. der Umwelt-, Sozial-, Kultur- und Stadtentwicklungspolitik, nachhaltig auch auf den Arbeitsmarkt wirken.

Wir werden durch laufende Evaluierung und Vergleiche der lokalen, regionalen und landesweiten Qualifizierungs- und Beschäftigungspolitik eine Verbesserung der Angebote erreichen.

e. Lernende Regionen

Lebensbegleitendes Lernen

Die Menschen, die hier leben und arbeiten wollen, sind der entscheidende Reichtum unseres Landes. Die Entwicklung und Weiterentwicklung ihres Wissens und ihrer Fähigkeiten sind zentral dafür, dass sie im Strukturwandel nicht unter die Räder kommen, sondern ihr Leben weitest möglich selbst gestalten können. Wir werden deshalb allen das Recht auf eine regelmäßige Weiterbildung garantieren und ihnen so neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

In der derzeitigen Arbeitsmarktlage haben viele Unternehmen Interesse an „passenden“ Arbeitskräften und klagen über Fachkräftemangel. Durch Ausbildung und Weiterqualifikation können sie ihren Beitrag leisten, um diesen Mangel zu beheben. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die eine neue berufliche Perspektive suchen, wollen jedoch zu Recht nicht ausschließlich die Qualifikationen erwerben, die einem bestimmten Unternehmen im Augenblick gerade fehlen. Sie haben ein Interesse an breiter angelegten und in mehreren Unternehmen verwertbaren Qualifikationen.

Wir werden diese Interessen zusammenbringen: Wir werden zum einen den Unternehmen helfen, indem wir dafür sorgen, dass die Personen, die Weiterbildungsangebote verlassen, auf den regionalen Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarf „passen“. Zum anderen werden wir dafür sorgen, dass die Interessen der Menschen in diesen Weiterbildungsmaßnahmen gewahrt werden. Das bedeutet, dass alle, auch z.B. Langzeitarbeitslose, Zugang zu solchen Weiterbildungsangeboten haben. Diese Angebote richten sich nicht nur an junge und lerngewohnte Menschen, sondern werden so gestaltet, dass alle den Einstieg ins „lebensbegleitende Lernen“ finden können, egal, welcher schulische und berufliche Werdegang - auch unterbrochen durch Familien- und andere Phasen - bisher hinter ihnen liegt. Das heißt auch, dass möglichst breit anerkannte und verwertbare Qualifikationen am Ende dieser Weiterbildungen stehen und diese Qualifikationen nach einem vergleichbaren Standard bescheinigt werden.

Wir wollen Weiterbildung so entwickeln, dass aus einer Vielzahl von einzelnen Modulen je nach Bedarf des Einzelnen bzw. des Unternehmens passformige Angebote zusammengestellt werden können. Modulare Aus- und Fortbildung ist das Modell der Zukunft. Sie erleichtert

- die Aus- und Weiterbildung so genau wie möglich auf den jeweiligen Bedarf abzustimmen,
- Lernen gemäß der individuell verschiedenen Lerngeschwindigkeit,
- schrittweise einen Berufsabschluss zu erreichen, auch wenn man eine Ausbildung abgebrochen hat oder ohne Berufsausbildung ist,
- die Integration neuer Techniken in bestehende Berufsbilder und damit die größtmögliche Reaktionsgeschwindigkeit der Ausbildungsberufe auf die Veränderungen der Arbeitswelt.

Bei der Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen darf die breite Grundbildung und die Erlangung der Berufsfähigkeit nicht der Einführung frei kombinierbarer

Bildungsbereiche zum Opfer fallen. Wir halten bei der beruflichen Erstausbildung an dem ganzheitlichen, vergleichbaren Nachweis der Berufsbefähigung durch die Abschlussprüfung mit dem Charakter einer Berufseingangsprüfung (Berufsprinzip) fest. Im Wahlpflicht- und im Wahlbereich sind modulare Elemente die ideale Möglichkeit der Schwerpunktbildung und der Vorbereitung auf lebensbegleitendes Lernen - mit der immer wieder gegebenen Möglichkeit, das bisher Erlernte mit neuen Angeboten zu ergänzen.

Perspektiven der Weiterbildung

Wir wollen lebensbegleitende Weiterbildung neben Schule, Ausbildung und Hochschule als gleichberechtigten Teil des öffentlichen Bildungssystems ausbauen. Alle Bürger und Bürgerinnen müssen Zugang zu Bildung, Qualifikation und gesellschaftlicher Teilhabe und gleiche Chancen bei der Bildung haben. Für sie wollen wir Angebote zur beruflichen Qualifizierung und zur Unterstützung bei Anpassungsprozessen an Modernisierung und Technologisierung bereitstellen. Darüber hinaus wollen wir Bildungsangebote der politischen Bildung, der kulturellen und sprachlichen Integration und Angebote für die Auseinandersetzung über Werte und existenzielle Grundfragen. Dazu gehören auch Angebote des gemeinschaftlichen und sozialen Lernens und zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit.

Um den Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen für Menschen aller Milieus und Altersstufen zu gewährleisten, ist die öffentliche Verantwortung für das Angebot und die Durchführung von Weiterbildung festzuschreiben. Mit einer reinen Marktorientierung ist Chancengleichheit nicht zu erreichen. Ein notwendiger Schwerpunkt ist dabei die Unterstützung von Zielgruppen, die im Bildungsbereich benachteiligt sind. Die Pluralität des Angebots und der Anbieter sowie die Freiheit der Bestimmung von Inhalten und Methoden bestimmen dabei die Strukturen der Weiterbildung.

Aufgabe des Landes ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Integration von allgemeiner, beruflicher, kultureller und politischer Weiterbildung fördern und Weiterbildung mit den anderen Bildungsbereichen Schule, Ausbildung und Hochschule verknüpfen. Um diese Ziele zu erreichen, müssen unterstützende Strukturen aufgebaut und gefördert werden.

Bündnisse für Arbeit, Aus- und Weiterbildung

In den Regionen sind Bildungsnetzwerke einzurichten, durch die eine Koordination der Angebote und eine effektive Nutzung vorhandener Kapazitäten und Ressourcen ermöglicht wird. Die Abstimmung und kooperative Weiterentwicklung der Fortbildungsangebote zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung, kommunalen Gebietskörperschaften und Bildungsträgern werden wir in regionalen, auf Landesebene koordinierten „Bündnissen für Arbeit, Aus- und Weiterbildung“ organisieren.

Wir werden die bestehenden Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, wie Hochschulen, Berufsschulen, überbetriebliche Ausbildungsstätten der Kammern, Fortbildungsnetzwerke von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, Volkshochschulen und freie und kommunale Weiterbildungsträger, vernetzen und sie zu arbeitsteilig kooperierenden Kompetenzzentren für lebensbegleitendes Lernen machen. Berufsschulische Kompetenzzentren werden hierbei mit ihren Möglichkeiten einbezogen.

Gemeinsam mit Arbeitgebern und Gewerkschaften werden wir Zeiten der Weiterbildung mit flexiblen Arbeitszeitverkürzungsstrategien, Auszeiten und Familienzeiten sowie mit dem Einsatz zuvor arbeitsloser Stellvertreter verknüpfen („Job-Rotation“). Wir werden ein neues Maß von Flexibilität etablieren, das nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht, sondern ihren sozialen Status sichert und ihre Qualifikationen erhält und ausbaut. Wir wollen Sicherheit im Wandel.

Weiterbildungsinformation und Weiterbildungsberatung sind in regionaler Kooperation auszubauen, um die Weiterbildungsbereitschaft zu unterstützen und zielgerichtetes Lernen der Teilnehmenden zu ermöglichen.

Die Förderung von Qualitätsentwicklung, Qualitätssicherung und Evaluation bei den Einrichtungen ist Voraussetzung für die Akzeptanz und den Erfolg des Angebots. Lehrende und Lernende sind am Prozess der Qualitätsentwicklung zu beteiligen. Eine weitere Professionalisierung durch Fortbildung des Personals der Weiterbildungseinrichtungen ist notwendig, um den Bedürfnissen der Teilnehmenden, den Bildungszielen und den pädagogischen und fachlichen Standards gerecht zu werden.

Der Ausbau der Weiterbildung zu einer vierten Säule des Bildungswesens bedarf einer finanziellen Förderung durch das Land, die den Aufbau der Strukturen ermöglicht und den Einrichtungen Planungssicherheit gewährleistet. In einem neuen Weiterbildungs-gesetz werden die Voraussetzungen zur Qualitätsentwicklung und zum Ausbau der Weiterbildung verankert. Es werden Förderrichtlinien erarbeitet, die die Förderung der Institutionen und der durchgeführten Unterrichtseinheiten sicherstellen und zusätzlich den Beitrag des Landes zur Qualitätsentwicklung in der Weiterbildung festschreiben.

II. CHANCE: WIRTSCHAFT - UNTERNEHMEN MIT ZUKUNFT

Hessen ist ein strukturstarkes Land. Mit seiner modernen Wirtschaftsstruktur, exzellenten Wissenschaftsstandorten und gut ausgebildeten Arbeitskräften ist es eine der führenden europäischen Regionen. Zahlreiche auf den internationalen Markt ausgerichtete Unternehmen haben sich hier angesiedelt. Jetzt gilt es, die entscheidenden Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte vorzunehmen. Wir werden der hessischen Wirtschaft mit unserer Politik auf Landesebene zentrale Impulse geben und uns für eine dynamische Entwicklung stark machen. Wir werden mit Gestaltungskraft steuern und fördern, statt alles den Zufällen der Marktentwicklung zu überlassen.

a. Schlüsseltechnologien für Beschäftigung

Die dynamischsten Veränderungen in der Wirtschaft finden gegenwärtig an den Schnittstellen von verarbeitendem Gewerbe und Dienstleistungen statt. Eine Reihe von Unternehmensbereichen haben hohe Wachstumspotentiale, z.B. Medienwirtschaft, Informati-

ons- und Kommunikationstechnik, neue Werkstoffe, Optoelektronik, Biotechnologie, Umwelt- und Energietechnik, die Medizintechnik, um nur einige zu nennen.

Die Ballungsvorteile der Rhein-Main-Region schaffen einmalige Bedingungen für solche Wachstumsbranchen. Im Raum Starkenburg mit seinen technologischen Schwerpunkten und in Mittelhessen, wo ein starker produzierender Sektor in Verbindung mit den drei Hochschulen große Potentiale bietet, sind eine Vielzahl von Neugründungen entstanden. In Nordhessen kann das begonnene koordinierte Zusammenwirken in der Wirtschaftsförderung in modernen Branchengruppen Schwerpunkte bilden und entwickeln.

Wir setzen auf Technologien zur Verbesserung der Unternehmensprozesse, die nicht nur zu Unternehmensneugründungen führen und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, sondern gleichzeitig für eine Vielzahl bestehender Branchen und Unternehmen einen Innovationsschub bedeuten. Wo solche Technologien zu Hause sind, haben auch die klassischen Industriezweige bessere Chancen.

Durch die Vernetzung von Unternehmen untereinander und ihre engere Verbindung mit Forschungseinrichtungen wollen wir diesen neuen Branchen ideale Wachstumsbedingungen bieten, ohne dabei die wichtige Diskussion um eine humane und ökologisch nachhaltige Technikentwicklung zu vernachlässigen. Auf der Höhe der technologischen Entwicklung zu sein, heißt auch, Zukunftsentscheidungen und Bewertungen treffen zu können über die Ziele und Vertretbarkeit der sich anbietenden Möglichkeiten. Wir werden diese Entscheidungen verantwortungsbewusst treffen.

b. Qualifizierte Arbeitskräfte bringen uns voran

Das Angebot an hochqualifizierten Arbeitskräften wird zunehmend zu dem entscheidenden Wettbewerbsfaktor der nächsten Jahre. Schon heute stehen vielen Branchen, wie z.B. der Informationstechnologie, der Biotechnologie sowie im Bereich qualifizierter personenbezogener Dienstleistungen nicht genügend Fachkräfte zur Verfügung. Aus demographischen Gründen wird sich dieses Problem weiter verschärfen. Hier muss Landespolitik neue Wege beschreiten und entschieden Schwerpunkte setzen. Unter Bündelung der Kräfte in einer neuen Landesregierung wollen wir zusätzliche qualifizierte Arbeitskräfte gewinnen. Die wichtigsten Schritte dazu sind:

- Zukunftsfähige Bildung und Ausbildung für alle Jugendlichen. Unser Ziel ist: „Jugendarbeitslosigkeit Null“!
- Attraktive, zukunftsorientierte Studienplätze. Wir wollen Angebote für junge Leute aus Hessen machen, aber auch qualifizierte junge Menschen aus dem In- und Ausland nach Hessen holen.
- Stabilisierung der Berufsverläufe Erwerbstätiger vor allem durch berufliche Weiterbildung und entsprechende Ansprüche
- Förderung der qualifizierten Berufstätigkeit von Frauen und Erhöhung ihrer Beschäftigungsquote durch Frauenförderung und bessere Rahmenbedingungen

- Die hohe Qualifikation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter zu nutzen durch die Programme zur Altersteilzeit
- Wirksame Hilfen zur Integration für Migrantinnen und Migranten.

Eine gesicherte und finanzierbare Kinderbetreuung ist eine Voraussetzung für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit einer neuen Bildungsoffensive wollen wir die Qualität von Bildung und Ausbildung verbessern.

Wir setzen auf die Weiterbildung der heutigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der gegenwärtig Arbeitslosen. Lebenslanges Lernen werden wir so organisieren, dass daraus keine Bedrohung, sondern eine immer wieder erneut angebotene Chance wird. Wir stempeln niemanden als „nicht mehr lernfähig“ ab.

Qualifizierung hat bei uns Vorrang, wir sind aber auch offen für Zuwanderung. Hessen hat schon in der Vergangenheit bewiesen, dass es ein guter Ort für neu hierher ziehende Menschen ist. Auch in Zukunft brauchen wir Zuzug und Zuwanderung, um konkurrenzfähig zu bleiben. Ein weltoffenes Hessen, in dem jeder und jede eine sozial und rechtlich abgesicherte Lebensperspektive erhält, ist die Grundlage für zukunftsfähige Unternehmen und einen innovativen Forschergeist.

Die Arbeit zu den Menschen bringen

Wir brauchen in Hessen die Solidarität der Regionen. Ziel muss es sein, mehr Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen, statt die Menschen mit langen Anfahrtswegen zu den Arbeitsplätzen. Notwendig ist die Schaffung neuer qualifizierter Beschäftigungsangebote in den einzelnen Regionen. Daneben kann auch durch Verlagerungen die Notwendigkeit des Pendelns verringert werden. Beispiele hierfür sind Büroauslagerungen, die aber zumeist in einem engeren Radius um die Ballungsräume stattfinden und so den engeren Kern entlasten. Dagegen können IT-Arbeitsplätze auch in entfernteren Regionen entstehen. Besonders vielversprechend sind flexible Formen der Telearbeit, bei der sich Anwesenheit im Betrieb und Arbeit von zu Hause aus abwechseln. Aber auch Telearbeitszentren können einen Beitrag leisten. Dies ist ein möglicher Ansatz, um Beschäftigungsmöglichkeiten in strukturschwachen Räumen zu schaffen und neue Arbeitskräftepotentiale zu erschließen. Wir werden die bestehenden Ansätze, wie sie z.B. im Odenwald und am Vogelsberg bestehen, weiter ausbauen und auf weitere Regionen, insbesondere in Nord- und Mittelhessen, ausdehnen. Wir wissen, dass diese Ansätze dann eine Chance bieten, wenn ihnen angemessene arbeitsrechtliche und tarifliche Rahmenbedingungen zur Seite gestellt werden.

c. Wettbewerb fördert Innovation

In Zukunft wird die Kommunikationswirtschaft an Bedeutung gewinnen. Da sie naturgemäß international operiert, setzen wir in diesem Bereich auch auf die Unterstützung durch infrastrukturelle Rahmenbedingungen und halten die Förderung des Wettbewerbs für erforderlich. Wettbewerb muss jedoch um die Qualität der Leistung erbracht werden. Hierfür bedarf es des gesetzlichen Rahmens, um Qualitäts-, Öko- und Lohndumping zu verhindern. Es ist daher unerlässlich, dass sowohl auf der Ebene der Europäischen Union als auch durch die Bundesregierung soziale Standards gesetzt werden, die inno-

vative Unternehmensentwicklungen ermöglichen und dabei gleichzeitig die Rechte der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicherstellen. Wir werden uns weiterhin für die Sicherung des sozialen Friedens als einen wichtigen Faktor für die Attraktivität Hessens bei Unternehmen und Beschäftigten einsetzen. Dabei sind die soziale und tarifliche Sicherung entscheidend.

Hessen muss eine führende Rolle auf den Kommunikations- und Dienstleistungsmärkten einnehmen. Wir werden die notwendigen Rahmenbedingungen für einen innovationsfördernden Wettbewerb in diesen Branchen schaffen. Das heißt aber auch, dass bei der Unterstützung von Investitionen eine genaue Prüfung der tatsächlichen Marktchancen von Unternehmen erfolgen muss. Zudem muss der Zugang zu den entwickelten Kommunikationsnetzen offen bleiben. Unternehmen in Marburg, Biedenkopf und im Odenwald müssen genauso anschlussfähig sein, wie Unternehmen im Rhein-Main-Gebiet. Dafür müssen wir durch eine Rahmenregulierung sorgen.

Innovativer Wettbewerb bedarf der bewussten Gestaltung:

- durch das gezielte Anstoßen von Innovationen über öffentliche Anreize in Zukunftssektoren (z.B. energiesparendes Bauen, Ersatzstoffe für umweltschädliche und gesundheitsgefährliche Werkstoffe, soziale effiziente Dienstleistungen für selbständiges Leben aller Menschen);
- durch eine Gründungswettbewerbskultur und Ausgründungszentren. Insbesondere um Hochschulen herum wollen wir ein standortgebundenes Umfeld schaffen, z.B. mit regelmäßigen gut dotierten Wettbewerben;
- durch die Beteiligung der Wirtschaft an der Schaffung von Infrastrukturen mit eigenen Finanzierungsbeiträgen (wobei z.B. mit Stiftungen im öffentlichen Verband neue Wege gangbar sind).

d. Investitionen in die Zukunft

Bestehende Betriebe stärken

Mittelstands-, Technologie- und Existenzgründungsförderung sind Bestandteil sozialer und innovativer Politik für die Menschen, da der Markt aus sich heraus Grenzen aufweist. Wir setzen Förderpolitik in Hessen gezielt für mehr qualifizierte, sinnvolle und nachhaltige Beschäftigung bis hin zur Vollbeschäftigung ein.

Dabei bietet die Förderung bestehender Betriebe die besten Möglichkeiten:

- wenn sie bestehende Betriebe darin unterstützt, in ihren angestammten Branchen mit Investitionen in neue Fertigungslinien und -techniken zu verbleiben oder sogar überregional und international an die Spitze zu kommen,
- wenn sie bestehenden Betrieben Hilfestellung leistet, ihren Generationswechsel zu bewältigen,
- wenn sie bestehenden Betrieben unter Beachtung von Kriterien der Nachhaltigkeit und Beschäftigungswirkung das Überspringen von Investitionshürden erleichtert.

Mit entsprechenden Förderstrategien und -instrumenten können ca. viermal so viel Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden wie durch Neugründung. Jedes Jahr brauchen in Hessen ca. 5000 Betriebe wegen Generationswechsel neue Eigner oder Geschäftsführer. Hiervon sind ca. 30.000 Arbeitsplätze betroffen. Mit niedrigen Förderintensitäten, Darlehen und Beteiligungen statt Zuschüssen sowie einer deutlichen Ausweitung des Förderrahmens auf € 100 Mio. pro Jahr werden wir Hessen bundesweit an die Spitze bringen. Aber auch Existenzgründungen werden wir weiterhin intensiv unterstützen. Klar ist, dass eine solche Förderpolitik innovative Strukturen braucht und nicht allein in der öffentlichen Verwaltung umgesetzt werden kann. Die von uns auf den Weg gebrachte Investitionsbank werden wir deshalb zur wirtschaftlichen Förderbank in Hessen ausbauen und gemeinsam mit dem Bund ein attraktives Förderangebot unterbreiten.

Unterstützung für den Mittelstand

Wirtschaftsförderung in Hessen muss die Herausforderung aufgreifen, dass es in wenigen Jahren aufgrund neuer internationaler Vorschriften zur Kreditvergabe („Basel II“) für viele Klein- und Mittelunternehmen sowie junge Unternehmen schwerer und teurer sein könnte, von Banken Finanzmittel zu erhalten. Zukunftsorientierte Förderpolitik wird die lokalen Hausbanken zur Hälfte von der Haftung freistellen und gegen eine moderate Vergütung die langfristig verlässliche Kapitalversorgung der Klein- und Mittelbetriebe sicherstellen. Nur wenn die beschäftigungsintensiven Betriebe wachsen können, hat Vollbeschäftigung eine Chance.

Zu einer zukunftsorientierten Förderpolitik zählen insbesondere Investitionen in volkswirtschaftlich wichtige Innovationssektoren wie Medien, Öko-Energieerzeugung, Nanotechnik, Regelungelektronik oder Biotechnologie. Hier wollen wir neue Impulse durch branchenspezifische Fonds und - wo sinnvoll - befristete Beteiligungen geben. Wenn den Firmen ein wesentlicher unternehmerischer Erfolg gelingt, gewinnt das Land Hessen insgesamt und wird die Erlöse neuen Unternehmen zur Verfügung stellen können, statt Sozialisierung der Verluste und Privatisierung der Gewinne also eine Lawine zum Erfolg.

Aufgrund des europaweiten Wettbewerbsrechts stehen den Ländern auf der gesamten Fläche im wesentlichen nur Fördermaßnahmen für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung. Das ist im Grundsatz auch richtig. Gestaltungsfreiräume für die Länder und weniger Bürokratisierung sind aber unerlässlich. Wegen ihrer hohen Arbeitslosigkeit und Problemen im Strukturwandel konzentriert sich die großbetriebliche Förderung gegenwärtig auf die mittel- und nordhessischen Teilregionen. Wir werden jedoch alle verfügbaren EU-Mittel nutzen, um in Partnerschaft mit den regionalen Akteuren in allen Landesteilen eine bedarfsgerechte Entwicklung zu fördern.

e. Europa – Chance für Hessen

Die Bedeutung der europäischen Union für die Landespolitik wird weiter wachsen. Schon heute werden ca. 80% der wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf der europäischen Ebene getroffen. Im Rahmen dieser Entwicklung werden auch die Regionen in Europa aufgewertet. Durch die Osterweiterung wird Hessen noch stärker in den Mittel-

punkt Europas rücken. Dies bietet für Hessen neue Herausforderungen und Chancen, die wir aktiv annehmen werden. Wir verankern Hessen im Herzen Europas.

Ein Europa, das durch seine Bürgerinnen und Bürger getragen wird, muss das Verhältnis zwischen der Union und ihren Mitgliedern klar und zukunftstauglich regeln. Wir unterstützen deshalb aktiv die Bestrebungen zur Erarbeitung einer europäischen Verfassung und die Arbeit des Europäischen Konvents. Zuständigkeiten müssen transparent werden und der Sinn der getroffenen Zuordnung vermittelbar sein. Die SPD-geführte Landesregierung wird sich auf europäischer Ebene für eine Kompetenz- und Aufgabenverteilung nach dem Grundsatz „so viel dezentral wie möglich, so viel zentral wie nötig“ einsetzen und sich gezielt für den Umbau der europäischen Institutionen stark machen. Dabei muss die Transparenz der Entscheidungsverfahren mehr als bisher gewährleistet werden. Um dies sicherzustellen setzen wir uns unter anderem für eine Klagebefugnis des Ausschusses der Regionen (AdR) vor dem Europäischen Gerichtshof ein, wenn er sich in seinen Rechten verletzt sieht. Die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist und bleibt dabei eine Frage der nationalen Politik.

Die EU stellt im Rahmen ihrer Strukturförderprogramme Mittel zur Verfügung, die für die regionale Ebene von großer Wichtigkeit sind, insbesondere für weite Teile Nord- und Mittelhessens. Ein großer Teil der hessischen Förderprogramme ist bereits auf die Kriterien der EU-Förderung abgestimmt. Wir werden dafür Sorge tragen, dass die angebotenen Mittel umfassend ausgeschöpft werden und die notwendige Kofinanzierung zum Abruf der europäischen Finanzmittel bereit steht.

Im Rahmen der Überprüfung und Weiterentwicklung der Programme werden wir der EU als regionaler und kommunikativer Partner zur Seite stehen und uns aktiv in die Neugestaltung einbringen. Dies gilt für die Fragen der Struktur- und Beschäftigungspolitik ebenso wie für die Wirtschaftspolitik und die Forschungsförderung. Es gilt die hessischen Prioritäten und Interessen angemessen zu vertreten.

Die hessischen Gebietskörperschaften haben z. T. bereits weitreichende Aktivitäten in der Mitentwicklung und Umsetzung europäischer Programme entfaltet (z.B. die Landkreise Kassel und Odenwald). Ihre Kenntnisse müssen für eine Politik der flächendeckenden Aktivierung und Vernetzung genutzt werden. Der hessischen Landespolitik entstehen dadurch wichtige Partner im Prozess der Europäisierung, deren Potentiale noch stärker fruchtbar gemacht werden können.

In der Agrarpolitik der Europäischen Union ergibt sich mit den Reformvorschlägen der Kommission die Chance, die bisherige immens kostenträchtige Marktordnungspolitik mittels Preisstützung, Mengenregulierung und produktbezogener Förderung zu überwinden. Wir begrüßen die Gestaltungsmöglichkeiten für ländliche Entwicklungsprogramme, die sich hieraus ergeben und sind entschlossen, sie zu nutzen. Unser unverändertes Ziel in der hessischen Agrarpolitik bleibt dabei, die hessischen Verbraucherinnen und Verbraucher mit regional erzeugten hochwertigen Produkten zu versorgen.

Die SPD-geführte Landesregierung wird die Förderung der ländlichen Entwicklung zum Schwerpunkt hessischer Agrarpolitik machen. Dazu gehört die dringliche Zusammenführung und Bündelung der vielfältigen regionalpolitischen Förderprogramme auf EU-, Bundes- und Landesebene zu einem Gesamtprogramm für den ländlichen Raum.

Bei der Nutzung der Chancen, die sich aus den europäischen Fördermitteln ergeben können, stehen die Länder und ihre Akteure in Konkurrenz zueinander. Um möglichst umfangreiche Mittel nach Hessen zu holen, werden wir dafür Sorge tragen, dass es eine große Zahl qualitativ hochwertiger Bewerbungen aus Hessen gibt. Hierzu müssen Politik, Unternehmen, Verbände, Bildungseinrichtungen u.a. zusammenarbeiten. Wir werden insbesondere Unterstützung im Bereich der Information und der Beratung geben und sicherstellen, dass in allen hessischen Teilregionen eine ausreichende Beratungsinfrastruktur zur Verfügung steht. Dadurch wollen wir dafür sorgen, dass gerade auch die strukturschwächeren Räume Hessens sowie die kleinen und mittleren Unternehmen beste Fördermöglichkeiten erfahren.

Forschungsförderung ist auch Wirtschaftsförderung. Die Förderprogramme bieten den hessischen Unternehmen vielfältige Finanzmittel für die Weiterentwicklung in wichtigen europäischen Wachstumsbranchen. Durch europäische Forschungsverbände können neue Synergien entstehen, die die Stellung Hessens als europäische Wachstumsregion weiter festigen. Wir werden uns für eine Vereinfachung der technischen Abwicklung stark machen und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Hilfestellung durch erfahrene Berater geben.

Mit einem der bedeutendsten europäischen Finanzplätze ist Hessen in besonderer Weise gefordert, sich in die Gestaltung des europäischen Finanzsektors einzubringen. Europäische Finanzmarktfragen sind für Hessen Standortfragen. Wir werden in enger Abstimmung mit dem Finanzplatz Rhein-Main die Interessen des hessischen Finanzsektors in Brüssel vertreten.

Die hessische SPD hat bereits früh erkannt, dass mit dem Zusammenwachsen Europas schon in den Schulen begonnen werden muss. Sie hat deswegen schon vor einem Jahrzehnt die Einrichtung von Europaschulen und die Entwicklung von zweisprachigen schulischen Angeboten auf den Weg gebracht. Deren gezielten Ausbau wird die SPD-geführte Regierung konsequent weiter verfolgen.

Die Partnerschaften mit der italienischen Emilia Romagna, der französischen Aquitaine und der polnischen Wojwodschaft Wielkopolska sind fester Bestandteil der hessischen Politik. Dies drückt sich auch in der Bürogemeinschaft dieser Regionen am Sitz der hessischen Landesvertretung in Brüssel aus. Die Zusammenarbeit muss weiter vertieft und auf eine breitere Basis gestellt werden. Dieses sehen wir auch im Zusammenhang mit einer intensiveren Öffentlichkeitsarbeit auf möglichst vielen Ebenen zu Themen der aktuellen Politik in der Europäischen Union.

Bereits frühzeitig ist unter der Verantwortung einer SPD-Landesregierung in Posen ein Kontaktbüro eingerichtet worden. Dies hat die Grundlage für die Partnerschaft mit der Wojwodschaft Wielkopolska gelegt, die das Tor auch nach Osten öffnet. Schon jetzt sichert der Handel mit den mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittsländern in Hessen eine große Zahl von Arbeitsplätzen. Als der Eiserne Vorhang Europa trennte, lag Hessen in einer Randlage Westeuropas. Nunmehr liegt es im Herzen des zusammenwachsenden Europas. Die sich hier bietenden Chancen werden wir konsequent nutzen.

f. Wohnen muss bezahlbar bleiben

Wir wollen, dass das Land Hessen seine Verantwortung für eine Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für die unteren Einkommensschichten und Bürgerinnen und Bürger mit Zugangsschwierigkeiten zum Wohnungsmarkt, wahrnimmt. Darum werden wir die verbliebenen Landesbeteiligungen an Wohnungsgesellschaften als ein wichtiges Instrument für eine sozial orientierte Wohnungspolitik erhalten und sichern. Wir werden das Engagement des Landes im sozialen Wohnungsbau verstetigen und insbesondere auf Regionen mit erhöhtem Wohnungsbedarf konzentrieren. Integrierte städtebauliche Konzepte sind dabei ein wichtiges Element zur gezielten Steuerung der eingesetzten Mittel.

Wir werden eine Offensive zur Stadterneuerung und Modernisierung starten. Sie zielt auf zeitgemäße, moderne Wohnungen und verbesserte Lebensqualität. Einen Schwerpunkt werden wir hierbei auf die gezielte Modernisierung der Quartiere in mittleren und größeren Städten legen, da dort der wesentliche Bedarf zu finden ist und die Arbeitsplatzeffekte am größten sind.

Dies verknüpfen wir mit Programmen zur Altbausanierung, zur Energieeinsparung und zum Klimaschutz, da solche Investitionsmaßnahmen sich gegenseitig ergänzen. Gleichzeitig wollen wir neue Belegungsrechte für die Kommunen schaffen.

Wir werden das Programm „Soziale Stadt“ weiterentwickeln und mit den Instrumenten in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, mit der Bildungspolitik, z.B. mit Ganztags-schulangeboten, sowie der Integrationspolitik verzahnen.

Wir werden die Rechte der Mieter schützen und ihre Mitbestimmung und Mitverantwortung für ihr Wohnumfeld stärken.

Die Fehlbelegungsabgabe werden wir überprüfen. Dabei werden wir regional differenzierte Einkommensgrenzen einführen und sie deutlich durch Landesgesetz über die Mindestwerte anheben.

Wir werden die Wohneigentumsbildung für Bürgerinnen und Bürger mit durchschnittlichem und niedrigem Einkommen sowie junge Familien durch die Förderung preiswerten Bauens unterstützen. Wir werden die novellierte Hessische Bauordnung dahingehend ändern, dass sie tatsächlich ein schnelleres und preiswerteres Bauen ermöglicht.

Wir werden die Kräfte bündeln und Wohnungsunternehmen, Landgesellschaft und Immobilienmanagement in einer Landesentwicklungsgesellschaft zusammenfassen. In Zeiten knapper Kassen können so die öffentlichen Werte optimal genutzt und mehr Mittel zur sozialen Infrastruktur bereitgestellt werden.

g. Mobilität sichert Teilhabe

Hessen ist im Bereich der traditionellen Infrastruktur hervorragend ausgestattet. Qualifizierte Arbeitskräfte, eine sehr gute Verkehrsinfrastruktur, die Nähe zu Kunden, Wettbe-

werben und Zulieferern sind einmalig in Deutschland. Diese Qualitäten werden wir erhalten und weiter ausbauen.

Dabei werden wir darauf achten, dass durch die Verkehrsangebote auch für Menschen, die über kein Auto verfügen, die Chancen gesichert werden, Zugang zu Arbeit, Bildung, Kultur und Mitbestimmung zu erhalten. Auch sie sollen gleichberechtigt an der Entwicklung unserer Gesellschaft teilhaben. Insbesondere außerhalb der Ballungsräume werden wir deshalb die Verbindung weiter verbessern. Hier wird Nordhessen besondere Beachtung finden. Gleichzeitig muss in den Zentren der Verkehrskollaps verhindert werden. Ein besonderes Augenmerk werden wir hierbei auf die Förderung des öffentlichen Güter- und Personenverkehrs legen, um das Abkoppeln ganzer Regionen zu verhindern. Dazu gehört auch verbesserter Service, attraktive und kundenfreundliche Angebote und intelligente Zubringerdienste. Daneben werden auch Ortsumgehungen, Sanierungen und die Schließung von Lücken im bestehenden Netz des Individualverkehrs eine Rolle spielen.

Da wir wissen, dass der Zuwachs an Verkehrsflächen ökologische Grenzen hat, wollen wir über ein Verkehrsmanagement umweltverträgliche Mobilitätssicherung betreiben. Eine ausschließliche Erweiterung von Straßen oder deren Neubau würde den erwarteten Zuwachs nicht verkraften, so dass auch unter der Prämisse von technisch und wirtschaftlich sinnvollen Lösungen eine integrierte Verkehrspolitik notwendig ist, um diese gewaltige Zukunftsaufgabe dauerhaft zu lösen. Das in der Regierungszeit Hans Eichels gegründete Institut zur Mobilitätssicherung an der Universität Kassel muss ausgebaut werden.

Wir wollen die Zuwächse durch effektivere und intelligentere Nutzung der vorhandenen Verkehrsträger im wesentlichen mit den vorhandenen Netzen bewältigen. Dazu müssen die Netze optimiert und besser aufeinander abgestimmt werden. Dabei müssen Schiene, Straße, Wasser und Luft dort genutzt werden, wo sie ihre spezifischen Stärken haben. Um die Schnittpunktfunktion zwischen Straße, Schiene und gegebenenfalls Binnenschifffahrt auszubauen, sind Güterverkehrszentren und Güterverteilzentren im Raum Kassel und im Raum Frankfurt zu errichten. Im mittelhessischen Bereich sind dezentrale Strukturen vorzusehen durch die Errichtung von Güterverteilzentren. Diese Maßnahmen sind zu konkretisieren und voranzutreiben. Dem Güterkraftverkehr auf der Straße sind ausreichend Halte- und Ruheplätze zur Verfügung zu stellen. Wir wollen in den Gemeinden eine Strategie der kurzen Wege, um den Aktionsradius von Fußgängern und Radfahrern zu verbessern. In integrierten Verkehrskonzepten sollen die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs zu sozial verträglichen Preisen ausgeweitet und die Möglichkeiten für Radfahrer verbessert werden. Wir erwarten, dass der öffentliche Nahverkehr auch in Zukunft seiner sozialen und ökologischen Bedeutung gemäß von Land und Bund unterstützt wird.

Entwicklung des Rhein-Main-Flughafens

Für das wirtschaftliche Gewicht der Region im Land Hessen und in der Bundesrepublik Deutschland hat der Flughafen Frankfurt eine Schlüsselfunktion mit einer weit über seine Funktion als Verkehrsdrehkreuz und unmittelbarer Arbeitgeber herausragenden Bedeutung. Die mit seiner Entwicklung verbundenen Umweltbelastungen treffen andererseits ebenfalls sehr viele Menschen in der gesamten Region, weit über die Grenzen

Frankfurts und der Städte und Gemeinden hinaus, in denen die für die Flugabwicklung erforderliche Infrastruktur besteht oder entstehen kann

Im Prozess der politischen Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Frankfurter Flughafens vertritt die SPD das Gesamtinteresse der Bevölkerung der Region. Dazu gehören sowohl das Interesse auf Schutz vor Lärm und Belastung als auch das Interesse an einer wirtschaftlichen Entwicklung, die zusätzliche, angemessen bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten bietet.

Deshalb hat die hessische SPD Kriterien entwickelt, mit denen das Gesamtbündel der Anforderungen an den Betrieb des Frankfurter Flughafens zusammengefasst wird. Sie dienen als Maßstab sowohl für die Verbesserung des laufenden Betriebs als auch für die Beurteilung unterschiedlicher Vorschläge zur Erhöhung der Kapazität.

Die Einhaltung dieser Kriterien, einschließlich eines Nachtflugverbotes, muss unter Nutzung aller rechtlichen und vertraglichen Möglichkeiten abgesichert werden.

Die wichtigsten Kriterien sind:

- Es sind absolute Obergrenzen für den zumutbaren Lärm differenziert für den Tag und für die Nachtzeit von 22 bis 6 Uhr festzulegen, die wesentlich unterhalb der gegenwärtigen Grenzwerte liegen und die nicht überschritten werden dürfen.
- Der Dauerschallpegel ist mittelfristig tagsüber auf den Schwellenwert laut Mediation von 62 dB(A) und langfristig (bis 2015) auf den Vorsorgewert laut Mediation von 60dB(A) zu senken, der entsprechende Wert für die Nacht beträgt 32 dB(A).
- Eine kontinuierliche Reduzierung des Dauerschallpegels und Reduzierung der Zahl der von diesem Schallpegel betroffenen Wohnungen.
- Einzelschallereignisse sind zahlenmäßig nach Tag (70 dB(A)) und Nacht (52 dB(A)) differenziert zu begrenzen.
- Die Einhaltung der Zumutbarkeitsgrenzen ist nach dem Verursacherprinzip in erster Linie durch Maßnahmen des aktiven Schallschutzes (Reduzierung des Lärms an der Quelle) und nachrangig durch Maßnahmen des passiven Schallschutzes (z.B. durch bauliche Maßnahmen) zu erreichen.
- Einführung eines strikten Nachtflugverbotes von 23-5 Uhr und darüber hinaus Maßnahmen zur Lärmreduzierung in besonders sensiblen Zeitbereichen.
- Mit der Reduzierung des nächtlichen Fluglärms soll schon jetzt begonnen werden.
- Finanzielle Anreize für modernes Fluggerät durch eine am gemessenen Fluglärm orientierte Abgabe (wie z.B. Lärmtaler, Umweltabgabe).
- Ein Lärminderungsplan für den Flughafen wird verbindlicher Bestandteil eines regionalen Lärminderungsplanes unter Einbeziehung aller Lärmquellen.
- Verlagerung von Flugverkehr auf andere Flughäfen und auf die Bahn, insbesondere von Urlaubs- und Frachtverkehr, der für das Drehkreuz Frankfurt nicht erforderlich ist. Hierzu bedarf es auch eines bundesweiten integrierten Verkehrskonzeptes und verstärkter Anstrengungen der Bahn.

- Verstärkte Kooperation mit der Bahn zur Verringerung innerdeutscher Zubringerflüge unter anderem durch verstärkte Check-In-Möglichkeiten in Bahnhöfen.
- Unser Ziel ist es, den Waldbestand in der Rhein-Main-Region zu stabilisieren und, wo möglich, leicht anzuheben. Dies beinhaltet sowohl den strikten Schutz der bestehenden Waldbestände als auch die klare Regelung, dass Ersatz in den wenigen Fällen, in denen eine Ausnahme unvermeidbar ist, möglichst schnell und in räumlicher Nähe zu erfolgen hat.

Wir erwarten, dass die Fraport AG eine Entwicklungsplanung für den Flughafen vorlegt, die insgesamt den aufgestellten Kriterien entspricht. Für uns ist dabei die verbindliche Einhaltung der vorgelegten Kriterien die Voraussetzung für jede positive Entscheidung zu einer Kapazitätserweiterung des Flughafens. Werden sie nicht eingehalten, lehnen wir einen weiteren Ausbau ab.

III. CHANCE: ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Nachhaltigkeit als Prinzip verantwortungsvollen Handelns

Wir wollen, dass Politik auf Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sich an dem Maßstab einer nachhaltigen Entwicklung orientiert. Dabei sind wir uns der Aufgabe bewusst, auch für die kommenden Generationen Bedingungen zu sichern, die ein gesundes Leben in sozialem Frieden ermöglichen und ihnen dabei Spielräume für eigene Gestaltungsentscheidungen zu erhalten. Auch wenn wir wissen, dass die Handlungsmöglichkeiten auf der Ebene eines Bundeslandes oder einer Kommune ihre Grenzen haben, stellen wir uns dieser Verantwortung auf allen Ebenen der Politik und werden die Handlungskompetenzen des Landes nutzen, um einen systematischen Agenda-Prozess einzuleiten. Nur eine zukunftsfähige Politik wird langfristig tragfähig sein.

Grundlage der politischen Konzeption von Zukunftsfähigkeit ist ein Modell, bei dem die soziale, die ökologische und die ökonomische Dimension gleichberechtigt behandelt und um eine kulturelle Dimension erweitert werden. Dazu gehört die Gerechtigkeit zwischen den Generationen ebenso wie die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens. Dies beinhaltet Arbeitsmöglichkeiten, ausreichendes Einkommen, Schutz der Umwelt und Sicherung der natürlichen Ressourcen und die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems. Zudem muss ein hinreichendes Maß an Verteilungsgerechtigkeit und an Chancengleichheit gewährleistet sein. Insofern ist Zukunftsfähigkeit ein Politikmaßstab, der alle politischen Bereiche umfasst. Wir wollen erreichen, dass der wirtschaftliche Erfolg Hessens weder auf Kosten der ökologischen Stabilität noch zu Lasten der sozialen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erzielt wird.

Wir sehen im Leitbild „Nachhaltigkeit“ die Chance für eine umfassende Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Innovationen, d. h. Wissen und seine intelligente Nutzung, sind der Schlüssel für die Lösung der ökologischen, ökonomischen und sozialen Herausforderungen. Gefragt sind nicht nur neue Produkte und Produktionsverfahren

sowie neue Technologien, sondern vor allem neue Managementtechniken und Entscheidungsverfahren, neue Arbeitsformen, neue Konsensmuster und neue Offenheit.

a. Vorsprung durch umweltgerechtes Wirtschaften

Schlüssel einer Politik für Arbeit und Umwelt ist die Förderung von Innovationen, die gleichzeitig die Umwelt entlasten und neue Beschäftigungsperspektiven bieten. Die vorhandenen Arbeitsplätze können langfristig nur gesichert werden, wenn ressourcenschonende und emissionsarme Verfahren entwickelt werden. Im Bereich der Umwelttechnik kann Hessen seine Spitzenposition ausbauen und so neue Arbeitsplätze schaffen. Unternehmen, die als erste in der Lage sind, Produkte und Dienstleistungen bei deutlicher Reduzierung der Umweltbelastung anzubieten, haben auf den Zukunftsmärkten gute Chancen. Die Zukunftstechnologien im Bereich Umwelt sind daher ein wichtiger Baustein im hessischen Unternehmensprofil.

Durch die konsequente Förderung von Innovationen, effizienten Technologien und Qualifikationsmaßnahmen werden wir zeigen, wie Energieverbrauch und Schadstoffausstoß nachhaltig gemindert und zugleich hochwertige Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden können.

Der Verbrauch von Ressourcen und Energie muss mindestens um den Faktor 4 reduziert werden. Einer der wichtigsten Schritte dorthin ist der Umstieg vom Wegwerfprodukt zum langlebigen und recyclingfähigen Produkt. Dabei entstehen für die Reparaturen und die Wartung qualifizierte Arbeitsplätze vor Ort. Ressourcenverbrauch wird ersetzt durch Facharbeit auf regionaler Ebene. Ein Programm zur Altbau-Modernisierung stellt eine weitere sinnvolle Verknüpfung von Umwelt- und Beschäftigungspolitik dar, die Wohnqualität gerade im sozial gebundenen Wohnungsbau erhöht.

Wir werden regionale Netzwerke zum Aufbau von Wirtschaftskreisläufen stärken, um Industriestandorte deutlicher zu profilieren. Eine solche Zusammenarbeit von Unternehmen in Hessen befördert die regionale Schwerpunktbildung. Die Innovationskraft der Regionen wird verbessert und gleichzeitig umweltgerechtes Wirtschaften durch die Verkürzung der Absatzwege ermöglicht.

b. Hessen: Einsteigerland in eine neue Energiepolitik

Angesichts des sich schon abzeichnenden Klimawandels bleibt der Klimaschutz Schwerpunkt unserer Politik in Hessen. In Deutschland hat sich die bodennahe Lufttemperatur in den letzten 100 Jahren schon um 0,9 Grad erhöht. Bei einem weiteren Anstieg der Emission von Treibhausgasen wie in den letzten Jahrzehnten wird sich die Temperatur noch einmal deutlich erhöhen. Die Folgen wären katastrophal. Deshalb gibt es keine Alternative zu einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik.

Eine verantwortungsvolle und zukunftsfähige Energiepolitik muss aber auch den Ausstieg aus Atompolitik Schritt für Schritt vollziehen, weil die mit der Atomenergie verbundenen Gefahren nicht akzeptiert werden können und die Entsorgungsprobleme weltweit

ungelöst sind. Deshalb begrüßen wir, dass der Betrieb der Atomkraftwerke in Biblis in einigen Jahren eingestellt wird. Solange die Kraftwerksblöcke A und B noch laufen, werden wir alles tun, damit die Sicherheit der Anlagen im Vordergrund steht. Neben dem Ausstieg aus der Atomenergie wollen wir die Nutzung fossiler Energieträger Schritt für Schritt reduzieren.

Dies alles ist nur möglich, wenn weiterhin große Anstrengungen bei der Einsparung von Energie durch die breite Anwendung innovativer Energietechnologien unternommen werden. Zudem muss der Anteil erneuerbarer Energien deutlich gesteigert werden.

In Hessen wurden aber unter der CDU/FDP-Landesregierung die Mittel für Klimaschutzmaßnahmen auf die Hälfte zusammen gestrichen, statt angesichts des Problems die Anstrengungen zu erhöhen. Die Vorreiterrolle Hessens wurde aufgegeben. Dies werden wir wieder korrigieren.

Wir werden Hessen zum Einsteigerland machen

Wir wollen wieder einsteigen in eine engagierte Klimaschutzpolitik. Und wir wollen neue Ideen unterstützen, die unsere Umwelt schonen. Wir wollen erreichen, dass Hessen bei innovativen Umwelttechnologien eine Vorreiterrolle spielt. Dazu bedarf es der Unterstützung durch die hessischen Hochschulen, durch Wissenschaft und Forschung. Zudem ist ein politisches Klima erforderlich, das deutlich macht, dass neue Ideen zur effizienten Energienutzung und der Einsatz erneuerbarer Energien in Hessen von der Politik erwünscht und unterstützt werden. „Einsteiger“ wollen wir deshalb durch gezielte Beratung, zinsverbilligte Kredite und der Kooperation mit den Hochschulen gezielt fördern.

Weniger Energie ist mehr

Ein Kernstück des ökologischen Umbaus zielt auf die drastische Verminderung des CO₂-Ausstoßes. Wir wollen dabei die Chancen einer Effizienzrevolution nutzen, die bisher noch immer deutlich unterschätzt wurden.

Wichtigste Quelle der Energieeinsparung ist eine Verbesserung der Wärmedämmung bei Gebäuden. Hierfür wollen wir ein Programm auflegen, das Hauseigentümern mit Zuschüssen zu Wärmedämmmaßnahmen einen Anreiz bietet, mit dem Energiesparen Ernst zu machen. Das Klimaschutzprojekt „Hessisches Ried“ hat bewiesen, dass damit eine sinnvolle Verknüpfung von Umwelt- und Beschäftigungspolitik erreicht wird und zugleich positive Wirkungen für den mittelständischen Handwerksbereich einher gehen.

Wir wollen in einer gemeinsamen Anstrengung mit dem Bauhandwerk und der Wohnungswirtschaft mit Finanzierungsinstituten und Beratungseinrichtungen sowie der kommunalen Bauplanung den Bau von 5000 Wohneinheiten nach dem Passivhaus-Standard und die modellhafte Modernisierung von 10.000 Wohneinheiten nach dem Niedrig-Energie-Standard anstoßen. Auf der Grundlage der Energiesparverordnung wollen wir eine hohe energietechnische Qualität von Neubauten durch Orientierung mindestens am Niedrig-Energie-Standard erreichen. Dazu werden wir die Vermittlung der notwendigen Optimierungskonzepte an Bauherren, Handwerk, Architekten und Planer fördern. Mit all diesen Maßnahmen reduzieren wir auch die Belastung von Mietern und Eigentümern durch die Energiekosten deutlich.

Trotz unbestrittener Effizienz und ökologischem Vorbildcharakter und trotz hohem volkswirtschaftlichen Nutzen hat die Kraft-Wärme-Kopplung, bei der Wärme und Strom gleichzeitig erzeugt werden, bisher ihr Potential noch nicht ausreichend entfalten können. In Hessen werden wir besonders innovative Kraft-Wärme-Technologien, wie die mit hessischer Unterstützung entwickelten Klein-Blockheizkraftwerke und die Zukunftstechnik der Brennstoffzellen, bei der Marktdurchdringung unterstützen. So werden wir durch das Angebot zum Kauf von Strom aus Klein-Blockheizkraftwerken für Landesliegenschaften die Rahmenbedingungen für die Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung verbessern.

Zudem wollen wir in Zusammenarbeit mit der Schornsteinfeger-Innung in Hessen eine Initialberatung starten, um das Fachwissen der Schornsteinfeger gezielt bei der Energieberatung vor Ort einsetzen zu können.

Vorbild Hessen

Gebäude in öffentlichem Besitz und öffentlich geförderte Projekte übernehmen Pilotfunktionen. In der Liegenschaftsverwaltung des Landes wollen wir ein effizientes Energiemanagement einführen. Im Interesse einer Beschleunigung der energietechnischen Modernisierung - gerade in Zeiten eng begrenzter Haushaltsmittel - wollen wir den Sachverstand und die Finanzkraft externer Energiedienstleister bei der Sanierung von Heizanlagen und der Einsparung von Energie im Gebäudebestand des Landes nutzen.

Wir wollen für alle öffentliche Gebäude in Hessen einen Energiepass einführen, der über Energiebedarf und Vergleichswerte Auskunft gibt. Neubauten des Landes sollen grundsätzlich in Niedrigenergiebauweise ausgeführt werden. Mit Landesmitteln wollen wir die Modernisierung von Liegenschaften hessischer Kommunen und Kreise auf diesen Standard unterstützen. Die bereits vorliegenden Erfahrungen mit Passivhäusern sind auf landeseigene Gebäude zu übertragen, in geeigneten Fällen sind Demonstrationsobjekte in Passivbauweise zu errichten. Auch der soziale Wohnungsbau in Hessen soll hier eine Vorbildfunktion übernehmen.

Energie erneuert

Die Energie der Sonne mit ihren verschiedenen Nutzungsformen als thermische und photovoltaische Sonnenenergie oder als Biomasse- und Windenergie wird langfristig die wichtigste, vermutlich die einzige klimaverträgliche Basis unseres Energiesystems sein. Deshalb wollen wir insbesondere die thermische Nutzung der Sonnenenergie in Kooperation mit dem Handwerk bei öffentlichen Einrichtungen und im Mietwohnungsbereich vorantreiben. Die ohnehin bereits international führende Solar-Region Nordhessen muss weiter stabilisiert und ausgebaut werden. Das dort vorhandene Zusammenspiel von Handwerk, Forschung, Wissenschaft und Kommunen muss gefestigt, gefördert und Vorbild für andere Regionen werden.

In der Zwischenzeit wollen wir den Anteil der indirekten Nutzung von Sonnenenergie durch Wind, Wasser und nachwachsende Brennstoffe erhöhen. So wollen wir durch Ausweisung von Windvorrangflächen in der Regionalplanung unter Berücksichtigung der Interessen von Kommunen und Landschaftsschutz den weiteren Ausbau der Windenergie unterstützen. Wir wollen Holzheizungen mit Hackschnitzeln oder Pellets för-

dem. Dabei ist vor allem eine Verbesserung der Brennstofflogistik unter Einbeziehung der Forstwirtschaft in Hessen vorrangig.

Wir werden den Umstieg der Automobilbranche vom Benzin- und Dieselauto hin zum Wasserstoffantrieb unterstützen. In der Solarenergie in Verbindung mit der Wasserstofftechnik sehen wir die zukunftsträchtigste Energieerzeugung. Geothermische Anlagen wollen wir ebenso unterstützen wie die Nutzung von Biogasanlagen.

c. Zukunftsrat Hessen: Agenda 21 für das Land

Wir wollen, dass Politik auf Europa-, Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sich an dem Maßstab einer nachhaltigen Entwicklung orientiert. Nach den Erfahrungen mit den vielen Initiativen im Rahmen einer lokalen Agenda 21 wollen wir einen Agenda-Prozess auf Landesebene einleiten.

Mit einem Zukunftsrat, in dem alle wichtigen gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind, soll die Entwicklung in Hessen jenseits der Tagespolitik konzipiert werden. Dabei werden konkrete Ziele vereinbart, die anhand einer vereinbarten Erfolgskontrolle überprüft werden. In einem Nachhaltigkeitsplan werden diese Ziele zusammengefasst und beschlossen.

Zukunftsfähige Landesplanung

Landesplanung muss den Rahmen setzen für eine zukunftsfähige Entwicklung und damit in erster Linie für einen ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen. Wir wollen präzise Rahmenvorgaben mit Freiräumen für Einzelabwägungen. Dabei streben wir einen klar definierten Handlungsspielraum für örtliche Entwicklungen bei gleichzeitig konsequenter Sicherung der natürlichen Freiflächen an.

Wir wollen, dass der Flächenverbrauch in Hessen deutlich reduziert wird. Dazu gehört eine Flächennutzungsplanung, welche die Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke minimiert und dort, wo es möglich ist, der Wiedernutzung bereits erschlossener Flächen den Vorrang vor der Erschließung neuer Flächen gibt. Eine bessere Siedlungsplanung soll gleichzeitig den Verkehr reduzieren. Attraktive Freizeitangebote in der näheren Umgebung dienen dem gleichen Ziel. Zu den Stärken Hessens zählt die Umweltqualität. Dies ist ein Standortfaktor von zunehmender Bedeutung, der erhalten werden muss. Auch die Sicherung der Lebensfähigkeit des ländlichen Raums ist für uns durch Erneuerung und Ausweitung entsprechender Strukturprogramme ein wichtiges Ziel der Planung.

Die Zukunft ist lokal

In einer Vielzahl von Kommunen haben die Beratungen über eine lokale Agenda 21 gute Ergebnisse gebracht. Wir wollen dabei helfen, dass diese Entwicklung fortgesetzt werden kann. Vor allem soll der Prozess der Entwicklung einer lokalen Agenda 21 genutzt werden, um mehr Menschen an der Gestaltung der Zukunft ihrer Kommune zu beteiligen. Dies gilt sowohl für gesellschaftliche Gruppen (Gewerkschaften, Unternehmen, Innungen, Kirchen, Sozialverbände, Umweltgruppen, Sportvereine u. a.), als auch

für jeden interessierten Bürger und jede Bürgerin. Auch Kinder und Jugendliche sollen ihren eigenen Beitrag zur Diskussion leisten.

Mit den Initiativen der lokalen Agenda 21 wird über nachhaltige Politik nicht nur geredet, sondern es werden auch konkrete Projekte vor Ort angestoßen. Diese Initiativen müssen von Land und Kommunen auch in Zukunft finanziell und beratend gefördert werden. Wir unterstützen lokale Umweltpakte, in denen einerseits Unternehmen und andere Private Leistungen garantieren, die über die gesetzlichen Herausforderungen hinausgehen, und in denen sich auf der anderen Seite die Kommune zu zusätzlichen freiwilligen Leistungen bereit erklärt.

Wir werden die Erstellung von Lärminderungsplänen in den Kommunen unterstützen, die sich zu ihrer zeitnahen Umsetzung verpflichten.

Über die Grenzen hinaus

Wir sind uns auch unserer globalen Verantwortung bewusst und wollen uns dafür einsetzen, dass die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Hessens nicht durch eine Verschärfung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Verhältnisse von Zulieferländern erkaufte wird. Mit den bescheidenen Mitteln eines Bundeslandes wollen wir uns wie andere Bundesländer auch an der Entwicklungszusammenarbeit beteiligen. Dabei geht es in erster Linie um Erfahrungsaustausch von Verwaltungen, Hochschulen und Kommunen, die Förderung von Entwicklungspartnerschaften durch Information und Beratung und die Unterstützung von lokalen Initiativen.

Um den Beitrag des Landes Hessen zu bündeln und damit wirksamer zu machen, wollen wir über die bestehenden Partnerschaften hinaus eine Entwicklungspartnerschaft mit einer Region in Afrika eingehen. Ein entwicklungspolitischer Beirat wird diese Arbeit begleiten. Kommunen und Initiativen vor Ort wollen wir mit einer Servicestelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit helfen.

d. Reichtum Natur

Wir wollen unsere hessischen Landschaften in ihrem ökologischen, ökonomischen, kulturellen und ästhetischen Wert und in ihrer Vielfalt schützen und entwickeln. Sie haben eine grundlegende Bedeutung für eine zukunftsfähige Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft.

Moderner Landschaftsschutz setzt auf eine weitgehende Integration der vielfältigen Ansprüche an die Landschaft und minimiert so ihren Verbrauch. Die von der Agenda 21 als notwendig angesehene genetische Vielfalt erfordert allerdings einen ganzheitlichen Naturschutz, der über den konservierenden Arten- und Biotopschutz weit hinausgeht.

Natur erhalten

Der klassische Naturschutz hat sich auch in Hessen zu lange auf den Erhalt einzelner Schutzziele und die Abgrenzung von Schutzgebieten konzentriert. Er muss heute eingebettet werden in eine flächen- und medienübergreifende Umweltvorsorgekonzeption. Natur und Landschaft sind sowohl im besiedelten wie auch im unbesiedelten Bereich so

zu behandeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt und Eigenart der Pflanzen- und Tierwelt als Lebensgrundlage des Menschen, aber auch um ihrer selbst willen, nachhaltig gesichert sind.

Überall dort, wo es ohne Schaden möglich ist, soll den Erholungssuchenden ein Zugang auch zur geschützten Landschaftsteilen ermöglicht werden, denn Bürgerinnen und Bürger, die die geschützte Natur kennen und schätzen gelernt haben, werden sie auch gegen zerstörerischen Nutzungsdruck verteidigen.

Die Ziele und die gesetzlichen Vorgaben des Naturschutzes erfordern auf einem kleinen Teil der Fläche die Aufgabe jeglicher Nutzung: zum Teil mit gezielter Pflege, um wertvolle Biotope in ihrem derzeitigen Zustand zu bewahren; zum Teil ohne weitere menschliche Einwirkung, um die natürlichen Prozesse sich selbst zu überlassen. Dazwischen werden Verbindungsflächen zur Vernetzung der einzelnen Biotope benötigt. Nicht nur aus finanziellen Gründen sind dem jedoch enge Grenzen gesetzt. Auf dem überwiegenden Teil der Fläche kommt es uns darauf an, Formen einer Landnutzung zu erhalten oder zu entwickeln, die ihren Beitrag zur Volkswirtschaft bestmöglich vereint mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit.

Den nördlichen Kellerwald werden wir als Nationalpark ausweisen und damit eine Naturwald-Entwicklung absichern. Die Meldungen im Rahmen der europäischen Richtlinien zu Fauna-Flora-Habitat und Vogelschutz werden wir vervollständigen.

Der Schutz der Natur wäre nicht so weit, wie er heute ist, ohne die Arbeit der vielen Menschen, die ehrenamtlich Naturschutz betreiben. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Zu dieser Arbeit gehören auch die Beteiligung an Verwaltungsverfahren und das Instrument der Verbandsklage. Wir wollen die Rechte der Naturschutzbeiräte wieder ausweiten, ein gestrafftes Devolutionsverfahren einführen und das Verbandsklagerecht wieder herstellen. Insgesamt wollen wir mit einer erneuten Novelle das Hessische Naturschutzgesetz wieder zu einem wirksamen Instrument machen.

Die Landschaft pflegen

Der Schutz der Grund- und Oberflächengewässer, der Boden-, Arten- und Biotopschutz, der Erholungswert der Landschaft und der Freiflächenschutz sind untrennbar verbunden mit einer umweltorientierten Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in Hessen. Landschaftsschutz soll den nachhaltigen Schutz der natürlichen Ressourcen, den Schutz und die Entwicklung ökologisch und kulturell wertvoller Landschaften und die sozialen Ansprüche an Freizeit und Erholung offensiv einbinden in auch ökonomisch nachhaltige Formen der Landbewirtschaftung.

Die ganze Landschaft ist "Lebensraum". Ökologisch besonders wertvolle Landschaftsteile und Schutzgebiete werden großflächig mit besonders umweltorientierten Nutzungsformen vernetzt. Der Verbrauch der Ressource Landschaft ist zu minimieren und dort, wo dies möglich ist, soll Landschaft der Natur wieder zurückgegeben, d. h. renaturiert werden. Dies gilt gleichermaßen für selten gewordene besondere Lebensräume wie für wertvolle landwirtschaftliche oder forstliche Nutzflächen. Beim Ausgleich von notwendigen Eingriffen in Natur und Landschaft wollen wir zukünftig auch die ökologische Auf-

wertung von Nutzungen, z.B. die Umstellung auf ökologischen Landbau, ermöglichen und verstärkt berücksichtigen.

In der Rhein-Main-Region werden wir die Weiterentwicklung des Regionalparks unterstützen.

e. Wirtschaften mit der Natur

Wir wollen erreichen, dass der Umgang mit der Natur auf den wirtschaftlich genutzten Flächen insgesamt zukunftsfähiger wird.

Wälder schützen und nützen

Wir wollen den Nutzen unserer Wälder verbessern und gleichzeitig seine Schutz- und Erholungsfunktionen sichern.

Als Produktionsstätte für nachwachsenden Rohstoff und als natürliches Refugium für Tier- und Pflanzenarten ist er unverzichtbar. Wald wird zum Schutz unseres Bodens und Wassers, als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz aber auch als Erholungsraum dringend gebraucht. Eine Privatisierung des öffentlichen Waldes würde der gesellschaftlichen Bedeutung des Waldes nicht gerecht und ist deshalb abzulehnen.

Wir wollen die ökologische und ökonomische Leistungsfähigkeit des Waldes durch eine ordnungsgemäße Forstwirtschaft sichern. Dabei wollen wir immer stärker den Aufbau und den Erhalt von standortgerechten Wäldern mit naturgemäßen Waldbaumethoden fördern und damit unsere Waldökosysteme stabilisieren. Dazu gehört eine weitgehend natürliche Verjüngung, angepasste Wildbestände, der Verzicht auf Kahlschläge und auf Chemieeinsatz im Wald.

Die hohe ökologische und soziale Qualität unserer Wirtschaftsweise werden wir durch eine internationale Zertifizierung nach den Normen des Waldbewirtschaftungsrates FSC bestätigen lassen. Ungeachtet aller Schwierigkeiten in konkreten Einzelfällen wollen wir die Wälder im Ballungsraum durch die Ausweisung von Bann- und Schutzwald vor weiterer Reduzierung schützen.

Landwirtschaft auf dem Weg

Die meisten Landwirte in Hessen stellen sich der schwierigen Aufgabe, die Produktion gesunder Nahrung unter Schonung natürlicher Ressourcen in Einklang zu bringen mit den ökonomischen Zwängen, denen sie ausgesetzt sind. Dabei wollen wir sie unterstützen. Hier geht es nicht um harte Brüche sondern um einen Prozess, bei dem mit der Zeit ein immer schonenderer Umgang mit der Natur mit stabilen Einkommen verbunden werden kann.

Mit der Methode des integrierten Landbaus arbeiten große Teile der konventionellen Betriebe daran, die Landwirtschaft weiterzuentwickeln. Durch gezielte Hilfestellung im Verwaltungsvollzug, im Versuchswesen und in der Beratung sollen die praktischen Vorschläge des integrierten Landbaus konkretisiert und im Sinne von mehr Ressourcenschutz weiterentwickelt und so zum Mindestmaß für ordnungsgemäße Landwirt-

schaft werden. Wir werden uns für Rahmenbedingungen einsetzen, die auch den integrierten Landbau zu einer Option für eine ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltige Entwicklung werden lassen. Dazu gehören auch weitere Schritte zu einer artgerechten Tierhaltung.

Im Interesse der Umwelt und der Verbraucher gleichermaßen ist es unser Ziel, in weiteren Schritten den Anteil des ökologischen Landbaus in Hessen deutlich zu erhöhen. Als nächsten Schritt streben wir an, diese Anbauform auf mindestens 10% der Anbaufläche zu etablieren. Dies ist ein Anteil, der den Aufbau kosteneffizienter regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen und damit die Verfügbarkeit und die Bezahlbarkeit der Produkte für die breite Bevölkerung ermöglicht. Gleichzeitig wird dem ökologischen Landbau gegenüber anderen Formen der Landwirtschaft eine faire Entwicklungschance gegeben. Wir wollen deshalb den ökologischen Landbau in Hessen auch in Zukunft in der Forschung, Lehre, Beratung und im Versuchswesen, im Aufbau effizienter Betriebs- und Vermarktungsstrukturen und im Marketing besonders fördern. In der Forschung ist die Universität Witzenhausen bundesweit eine der führenden Institutionen. Dies wollen wir weiter ausbauen.

Durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe und beim Erschließen erneuerbarer Energiequellen ergeben sich zusätzliche Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft. Sie wollen wir durch Modellprojekte fördern und unterstützen.

Mit Systemen zur Sicherung der Qualität landwirtschaftlicher Produkte, insbesondere von Nahrungsmitteln, wollen wir das Vertrauen der Verbraucher wieder gewinnen. Beim Aufbau dieser Qualitätssicherungssysteme wollen wir die Landwirtschaft aktiv unterstützen. Aus Gründen der Verbrauchersicherheit, aber auch wegen ihrer Qualität und ihrer Frische steht die regionale Erzeugung von Lebensmitteln für uns im Vordergrund der Verarbeitung und Vermarktung von Nahrungsmitteln.

Beispielhaft für eine Strategie zur Verbesserung der Erträge durch eine Steigerung der Qualität ist der hessische Weinbau. Bei der Fortsetzung dieses Weges wollen wir ihn unterstützen. Eine besondere Rolle spielen dabei die hessischen Staatsweingüter. Ihre Pilotfunktion zur Steigerung der Qualität und zu umweltverträglichen Anbaumethoden wollen wir ausbauen.

Die Landwirtschaft erbringt neben der agrarischen Produktion vielfältige Leistungen, die im Interesse der Gesellschaft notwendig sind. Diese Leistungen, wie zum Beispiel die Erhaltung der Kulturlandschaft, die Schaffung und Pflege von Räumen für Erholung und Freizeit müssen angemessen honoriert werden.

f. Neue Chancen für den ländlichen Raum

Wir wollen neue Impulse zur strukturellen und eigenständigen Weiterentwicklung der ländlichen Räume in Hessen geben. Dabei spielt auch heute Landwirtschaft eine wichtige Rolle, aber Leben auf dem Land ist viel mehr. Wir formulieren daher kein isoliertes Programm für den Sektor Landwirtschaft, sondern eine integrierte Konzeption für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raums.

Dabei unterscheidet sich unser Politikansatz grundlegend von dem der CDU/FDP-Regierung, die lediglich die boomenden Zentren als politisches Handlungsfeld betrachtet und die ländlichen Gebiete sträflich vernachlässigt.

Regionalentwicklung mit den Menschen

Wir wollen eine aktive Dorf- und Regionalpolitik mit den Menschen vor Ort verwirklichen und dazu mit wichtigen Akteuren aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik eine neue Allianz eingehen. Alle relevanten Programme und Finanzierungsinstrumente sollen zu einer Zukunftsoffensive zusammengefasst werden. Unser Ziel ist es,

- die individuellen Entwicklungspotenziale zu fördern und damit die Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verbessern,
- die Rahmenbedingungen zur Erhaltung und Schaffung zukunftsfähiger Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu verbessern,
- eine eigenständige regionale Entwicklung zu unterstützen, um damit die Identität zu fördern,
- die Infrastruktur im ländlichen Raum zu sichern und auszubauen,
- neue Technologien und Medien zu fördern,
- eine angemessene Grundversorgung unserer Dörfer zu erhalten sowie
- Natur und Umwelt zu bewahren und zu verbessern.

Neue Entwicklungsimpulse entstehen nicht durch Förderprogramme „von oben“, sondern nur durch die Einbindung und Nutzung des kreativen Potentials einer Region, d.h. aller wichtigen Akteure aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Wir wollen eine Regionalentwicklung mit den Menschen vor Ort! Sie sollen beteiligt werden an der Erarbeitung der regionalen Entwicklungskonzepte, die zukünftig mit ihren regionalen Leitbildern die Basis für den Einsatz von Fördermitteln aus den unterschiedlichen Quellen bilden sollen. Dabei kann die hervorragende Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure im Biosphärenreservat Rhön als Vorbild gelten.

Dörfer mit Infrastruktur

Die hessischen Dörfer weisen in ihrer Struktur und in ihren Lebensformen eine große Vielfalt auf. Sie weiterzuentwickeln und ihre wirtschaftliche Grundlage und hohe Lebensqualität zu sichern ist auch in Zukunft Ziel unserer Politik für die Dörfer.

Dazu werden wir das Dorferneuerungsprogramm weiterentwickeln und auf hohem Niveau fortsetzen. Wie kein anderes Investitionsprogramm ist es zu einem wirtschaftspolitischen Stabilisationsfaktor im ländlichen Raum geworden und hat Investitionen in erheblichem Umfang ausgelöst, die sich in Handwerk, Handel und Gewerbe arbeitsplatzfördernd und –sichernd auswirken.

Die Wohn- und Arbeitsverhältnisse sollen verbessert, die regionaltypische Bausubstanz soll erhalten werden. Es geht um die Verbesserung der Grundversorgung mit Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Bereich und den verbesserten Zugang zu neuen

Medien in unseren Dörfern. Es sollen Impulse für wirtschaftliche und kulturelle Eigeninitiativen ausgelöst werden.

Basis dafür ist eine moderne, zukunftsfähige Infrastruktur, die den Mobilitätsbedürfnissen Rechnung trägt. Damit wollen wir die strukturelle Entwicklung begünstigen, Arbeitsplätze in den regionalen Räumen langfristig sichern, den Austausch der Menschen untereinander problemloser gestalten und ermöglichen, individuelle Mobilitätswünsche sinnvoll zu befriedigen. Durch die Bündelung verschiedenster Programme wollen wir mit unserer Politik dafür sorgen, dass diese Infrastruktur sowohl im sozialen und kulturellen Bereich als auch im Verkehrs- und Versorgungsbereich hergestellt und weiterentwickelt wird. Dazu gehört auch die Förderung von Dorfläden, die auch Agenturen für Postdienste u.ä. sein können.

Ein gutes Bildungsangebot vor Ort und gute Anbindungen an weitere Bildungsangebote sollen gleiche Bildungschancen unabhängig vom Wohnort sichern. Kinderbetreuung und Ganztagsangebote machen Beruf und Familie auch auf dem Land leichter miteinander vereinbar.

Die vielen unterschiedlichen ehrenamtlichen Aktivitäten in Sport- und Wandervereinen, in Gesangs- und Musikvereinen, in Museums- und Geschichtsvereinen und freien Kulturinitiativen prägen das gemeinschaftliche Miteinander und das kulturelle Leben insbesondere im ländlichen Hessen. Sie tragen nicht nur zum kulturellen Zusammenhalt bei, sondern sie sind gleichzeitig auch Träger großer, über die Region hinausgehender kultureller Ereignisse, wie der Kultursommer in Nord-, Mittel- und Südhessen. Dieses vielfältige Engagement wollen wir besser fördern. Es soll ein wesentlicher Bestandteil aller Regionalentwicklungskonzepte werden.

Urlaub auf dem Land

Hessische Regionen mit attraktiven und reizvollen Landschaften wollen wir in ihrer touristischen Entwicklung fördern. Hier ist eine Chance, neue Einkommensquellen zu erschließen und Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um damit die Erhöhung der Wertschöpfung zu erreichen. Dieses ist ein Mehr an Lebensqualität, dient der kulturellen Identität, führt zum Erhalt der Kulturlandschaft und verdeutlicht die Vielfalt der Landschaftsräume in Hessen. Wir wollen die Tourismusstrukturen straffen und eine Neudefinition der touristischen Regionen vornehmen. Dabei unterstützen wir Kooperationen unabhängig von Verwaltungsgrenzen. Wir wollen die touristischen Infrastrukturen durch gezieltes Marketing fördern.

g. Ressourcen schonen

Eine zukunftsfähige Wirtschaft ist um so einfacher zu realisieren, je weniger Ressourcen dauerhaft verbraucht und je weniger Abfallstoffe in die Umwelt abgegeben werden. Die damit verbundenen Modernisierungsprozesse wollen wir unterstützen und absichern.

Böden sind mit ihren vielfältigen Leistungs- und Nutzungsmöglichkeiten neben Luft und Wasser sowohl für den Naturhaushalt als auch als Lebensgrundlage des Menschen

eine unersetzbare Grundlage. Gesunde Böden sind nicht vermehrbar und müssen im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung so behandelt werden, dass ihr Wert auch für kommende Generationen erhalten bleibt. Bisher hat sich das Interesse vor allem auf das Erfassen und Sanieren von Altlasten konzentriert. Die Anstrengungen sind im Sinne einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu erweitern und in ein Konzept des vorsorgenden Bodenschutzes zu integrieren. Nur so können enorme Sanierungskosten künftig vermieden werden.

Sauberes Wasser in erforderlicher Menge ist Voraussetzung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die zukunftsfähige Entwicklung unseres Landes. Schutz und umfassende Verringerung der Belastung aller Grund- und Oberflächengewässer ist ebenso unser Ziel, wie das Bewahren und Wiederherstellen des ökologischen Gleichgewichts in unseren Flüssen und Seen. Auch hier ist die Belastung nicht isoliert zu sehen, die Belastungen von Boden und Wasser stehen in einem engen Zusammenhang. Angesichts der bestehenden Belastungen ist die Sicherung einer qualitativ einwandfreien und mengenmäßig ausreichenden Wasserversorgung auf Dauer eine wichtige öffentliche Aufgabe. Eine Liberalisierung im Bereich der Wasserversorgung lehnen wir entschieden ab.

Dabei muss im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung ein Zustand erreicht werden, bei dem im Mittel nicht mehr Grundwasser entnommen wird, als sich neu bildet. Dies gelingt nur mit einem weitsichtigen und verantwortungsvollen Umgang mit unserem Grundwasser. Eine Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung muss bei gleichbleibendem Trinkwasserverbrauch insgesamt möglich sein. Wir werden ein gemeinschaftsfinanziertes Programm auflegen, mit dem wir Gewässerqualitäten verbessern, Belastungen reduzieren und Wassermanagement fördern. Wir wollen die Kommunen bei ihren Aufgaben des Grundwasserschutzes und der Reduzierung der Belastungen unterstützen.

Nicht nur der Schutz unserer Wasserqualität sondern auch die offenkundigen Folgen des Klimawandels stellen das Land vor neue Herausforderungen. Dies haben die letzten Flutkatastrophen deutlich gezeigt. Deshalb müssen wir den Erhalt von Naturräumen und den Schutz der Menschen vor Überschwemmungen miteinander verbinden. Wir wollen drohenden Überschwemmungen durch Verbesserung der Rückhaltefähigkeit der Bäche und Flüsse vorbeugen. Dazu gehört eine schrittweise Renaturierung von Bächen und Flüssen ebenso wie die Schaffung von zusätzlichem Retentionsraum und das Freihalten von überschwemmungsgefährdeten Bereichen von Bebauung. Das Wassergesetz werden wir so ändern, dass der Hochwasserschutz wieder hergestellt wird.

Wir wollen, dass die Immissionsvorsorge wesentliches Element der Luftreinhaltepolitik des Landes sein wird. Deshalb soll die bisher auf Untersuchungsgebiete beschränkte Immissions- und Emissionsüberwachung zu einem landesweiten Konzept ausgebaut werden.

Ressourcenschonung, wie sie das Konzept einer nachhaltigen Wirtschaftsweise vorsieht, muss auf der Produktionsebene ansetzen. Produktionsprozesse und Produkte müssen so gestaltet werden, dass möglichst wenig an Abfällen anfällt und möglichst viel wiederverwertbar ist. Dabei wollen wir mit Beratung helfen.

Solange dies nicht der Fall ist, muss eine verantwortliche Entsorgung von Abfällen gewährleistet werden. Wir wollen eine zukunftsorientierte, ökologisch sinnvolle Abfallwirtschaft, die auch für die gebührend zahlenden Bürgerinnen und Bürger zumutbar ist. Dabei wollen wir innovative Abfalltechnologien und -konzeptionen unterstützen, mit denen nicht nur eine umweltschonende Entsorgung von Restabfällen gewährleistet wird, sondern auch die vollständige Erschließung von stofflichen Ressourcen und eine effektive Nutzung des hohen energetischen Wirkungsgrades von Restabfällen erreicht werden kann.

h. Tiere schützen

Zu einem konsequenten Schutz der Gesamtheit der Natur gehört auch, dass Tiere nicht nur als Nutzobjekte behandelt werden, sondern dass ihnen um ihrer selbst willen Schmerz und Leid erspart bleiben und sie artgerecht leben dürfen.

Den Rahmen, den das Tierschutzgesetz des Bundes gesetzt hat, füllen wir durch einen wirkungsvollen Vollzug so weit wie möglich aus. Eine Tierschutzbeauftragte überwacht den Tierschutz und gibt Anstöße zu seiner Verbesserung.

In der landwirtschaftlichen Tierhaltung setzen wir uns ein für die Weiterführung und Verbreiterung der Pilotprojekte zur artgerechten Tierhaltung. Mit der Unterstützung kleiner Schlachthöfe und einer tierschutzgerechten Schlachtung unterstützen wir engagierte Erzeuger, regionale Versorgungswege und artgerechte wie konsumentenfreundliche Haltungssysteme.

Wir wollen das Ehrenamt im Tierschutz stärken. So sollen die Tierschutzorganisationen stärker in den Vollzug eingebunden werden. Ihre Möglichkeiten, Entscheidungen noch einmal überprüfen zu lassen, soll verbessert werden.

IV. CHANCE: SOZIALE SICHERHEIT IM WANDEL

Herausforderungen des Wandels

Gerade im wirtschaftsstarken Hessen hat der gesellschaftliche Wandel eine neue Qualität erreicht. Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen verändern sich rapide. An die Stelle einer überwiegend kollektiv organisierten Industriegesellschaft tritt zunehmend eine individualisierte und pluralisierte Gesellschaft. Arbeitsstrukturen und Biographien aus der alten Industriegesellschaft stehen neben denen eines neuen Informationszeitalters. Diese Veränderungen führen für einen Teil der Menschen zu Verunsicherung.

Die Menschen sind bereit, sich dem Wandel zu stellen, aber sie erwarten von der Politik Orientierung, Berechenbarkeit und Schutz. Modernisierung und soziale Verantwortung gehören für uns zusammen. Unser Ziel ist es, Solidarität auch unter diesen veränderten Bedingungen zu organisieren: Wir wollen eine Gesellschaft auf der Grundlage gemein-

samer Werte und Überzeugungen, die Menschen für die Herausforderungen unseres Zeitalters befähigt und Ausgrenzungen vom gesellschaftlichen Leben, welcher Art auch immer, entgegenwirkt.

Eine Politik für soziale Sicherheit im Wandel ist nicht durch einzelne Maßnahmen möglich, sondern nur durch eine integrierte Politik, die Wachstum, Beschäftigung, Bildung, Qualifikation, Selbstbestimmung mit Teilhabe sowie Gerechtigkeit mit Solidarität verknüpft und damit die Sicherung der Existenzgrundlagen gewährt. Durchlässigkeit, gleicher Zugang, Teilhabe sowie neue Wege im Bildungsbereich, im Arbeitsleben, der Familie und bei der sozialen Sicherheit sind notwendig - für Junge und Alte, für Männer und Frauen. Hessen braucht diesen Wandel; wir wollen diesen Wandel für und mit den Menschen gestalten.

Moderne Sozialpolitik ist aktivierende Sozialpolitik. Wir wollen die Fähigkeit und die Bereitschaft der Menschen fördern, sich selbst zu helfen. Wir wollen Unterstützung anbieten, wo Menschen sich nicht selbst helfen können. Der moderne Sozialstaat muss zwei Grundfunktionen erfüllen: er muss Schutz gewähren und Freiheit ermöglichen. Er bietet Partnerschaft statt Bevormundung. Er garantiert die Sicherung der Existenz, aber er braucht und fördert aktive Mitgestaltung. Um all dies zu erreichen, ist es nicht ausreichend, den Sozialstaat einfach finanziell auszuweiten. Er muss weiterentwickelt werden und sich auf die veränderten Bedürfnisse der Menschen einstellen.

Wir wollen, dass alle Menschen an den Möglichkeiten unserer Gesellschaft teilhaben. Wir nehmen es nicht hin, dass Menschen ausgegrenzt oder dauerhaft benachteiligt werden. Wir wollen, dass möglichst viele die Chance erhalten, ihre Idee von einem guten Leben in einer solidarischen Gesellschaft zu verwirklichen. Wir wollen Vielfalt, nicht Gleichförmigkeit, aber wir wollen, dass alle Menschen gleich gute Chancen haben. Wir wollen, dass diejenigen mit besonderen Fähigkeiten diese entwickeln können und gefördert werden. Wir wollen, dass diejenigen mit Problemen und Schwächen gezielt unterstützt werden. Und wir wollen, dass diejenigen, die eine Chance verpasst haben, wieder neu auf Hilfe und eine weitere Chance zählen können.

a. Arbeit bleibt im Mittelpunkt

Wir wissen, dass sich Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik ergänzen müssen, wenn sie etwas erreichen wollen. Für eine zukunftsfähige Entwicklung müssen auch die anderen Politikbereiche einbezogen werden. Das gilt insbesondere bei der Sicherung von Arbeit und Ausbildung. Arbeit ist und bleibt der Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe. Arbeitsmarktpolitik ist daher für uns weit mehr als ein beschäftigungspolitischer Reparaturbetrieb.

Die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt wollen wir mit einer Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik unterstützen, in der aktivierende Elemente mit Förderung verknüpft sind. Die Förderung hat für uns eine hohe Priorität, weil wir wissen, dass viele betroffene Menschen nicht die passende Qualifikation für die Anforderungen des Arbeitsmarktes haben. Eingliederungsstrategien von

Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern müssen in erster Linie auf gezielten, langfristigen, modularisierten Qualifizierungsmaßnahmen aufbauen.

Wir wollen darüber hinaus die Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern verbessern, die individuelle Beratung in den Ämtern stärken und die Möglichkeiten von Eltern, über die Erziehung der Kinder hinaus einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, stärken. Die dafür durch das Job-Aktiv-Gesetz geschaffenen Möglichkeiten und Instrumente müssen konsequent eingesetzt, überprüft und weiterentwickelt werden. Wir wollen auch den Personengruppen, die bislang aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt worden sind, die Teilnahme am Arbeitsleben ermöglichen, ohne dass ihr Einkommen unter das Existenzminimum sinkt. Eine Klasse der „working poor“ darf es auch in Hessen nicht geben.

Wir wollen ein Aktionsprogramm Frau und Beruf, das alle Arbeitsmarktpprogramme des Landes mit verbindlichen Regelungen ausstattet und die gleichberechtigte Teilnabe von Frauen an allen Fördermitteln gewährleistet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in Schule, Ausbildung und Weiterbildungseinrichtungen Mädchen und Frauen verstärkt mit informationstechnologischem Wissen erreicht werden. Dabei wollen wir, dass sie durch Aus- und Weiterbildung verstärkt dazu motiviert und qualifiziert werden, von der Rolle der Nutzerin in die Rolle der Entwicklerin überzuwechseln. Wir wollen Frauen frühzeitig Wege in die Arbeitsplätze der Zukunft öffnen. Die Entwicklung neuer Berufsfelder und Berufsbilder wollen wir frauenpolitisch begleiten und gestalten.

Wir wollen den Dialog mit den Wirtschaftsunternehmen führen und durch gezielte finanzielle Anreize und Auszeichnungen von „Best-Practice-Betrieben“ erfolgreiche Frauenförderung in Unternehmen unterstützen. Damit betreiben wir auch Wirtschaftsförderung.

Wir werden ein hessisches Vergabegesetz für Aufträge der öffentlichen Hand verabschieden, in dem wir regeln, dass ausschließlich solche Betriebe öffentliche Aufträge erhalten, die ihre Arbeitnehmer mindestens nach den allgemein gültigen Tarifvereinbarungen am Ort der Leistungserbringung entlohnen und auch ausreichende Ausbildungsplätze bereitstellen. Wenn von Unternehmen gegen diese Vergabebedingungen verstoßen wird, müssen vom Staat fühlbare, gesetzlich geregelte Sanktionen verhängt werden können. Wir wollen dafür sorgen, dass bei der Vergabeentscheidung öffentlicher Aufträge auch die tatsächliche Förderung der Gleichstellung in einem Betrieb berücksichtigt wird.

Bei dem Programm „Jugendarbeitslosigkeit Null“, mit dem wir jedem Jugendlichen in Hessen im Anschluss an die Schule Arbeit oder Ausbildung sichern wollen, werden wir zeigen, wie viel sich mit einer effektiven Bündelung aller Kräfte erreichen lässt.

Für uns ist auch die Stellung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt ein wichtiges Thema. Die anhaltende Verdrängung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben ist nicht nur für jeden Betroffenen eine schwere Bürde. Sie macht Gesellschaft, Betriebe und Arbeitswelt auf Dauer ärmer, weil wichtiges Erfahrungswissen nicht genutzt wird. Wir setzen uns daher für einen Generationendialog auf Betriebsebene ein. Darüber hinaus wollen wir in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden neue Möglichkeiten zur Weiterbildung älterer Belegschaftsmitglieder im Rahmen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik entwickeln. Wir

wollen begleitend ein Landesprogramm zur beruflichen Stabilisierung und zur Eingliederung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auflegen.

b. Hessen stärkt die Familien

Chancengleichheit und soziale Sicherheit für Familien zu schaffen, entspricht unserem Verständnis einer gerechten und solidarischen Gesellschaft. Für uns stehen die Kinder im Mittelpunkt. Wir wollen gleiche Lebens- und Bildungschancen für alle Kinder. Wir wollen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, weil das den Kindern zugute kommt und den Wünschen ihrer Eltern entspricht. Familienpolitik hat die Aufgabe, eine neue Balance von Familie und Arbeitswelt sicherzustellen und endlich eine gerechtere Verteilung der Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen durchzusetzen. Wir wollen Benachteiligungen von Familien und insbesondere von Müttern abbauen. Wir wissen, dass dies auch aus ökonomischer Sicht vernünftig und im demografischen Wandel geboten ist.

Über einen gerechten Familienlastenausgleich, Erziehungsgeld, Elternurlaub, Ausbildungsförderung und die eigenständige Alterssicherung der Erziehenden hinaus braucht Familie einen Wechsel der gesellschaftlichen Mentalitäten. Der Lebensentwurf Familie braucht für seine erfolgreiche Realisierung die breite Unterstützung aller Institutionen und der verschiedenen politischen Ebenen.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen ein wohnortnahes Angebot einer qualitativ guten und an den Bedürfnissen des Familienalltags ausgerichteten Tagesbetreuung für Kinder aller Altersgruppen von 0 bis 14 sicherstellen sowie deren qualitative Weiterentwicklung fördern. Dies setzt eine enge Kooperation zwischen Kindertagesstätten, Schulen und der Jugendhilfe voraus.

Schule wollen wir zu einer familienergänzenden Einrichtung entwickeln, die allen Kindern gleich gute Startbedingungen verschafft und sich an der zeitlichen Nachfrage der Familien orientiert. Wir wollen, dass Schule ihren Beitrag zu einer raschen Entwicklung einer Ganztagsbetreuung für Kinder aller Altersgruppen leistet. Wir halten fest an der demokratischen Mitwirkung und Gestaltung von Schule und wollen sie ausbauen. Wir wollen ein wohnortnahes Angebot einer ganztägig arbeitenden Schule, die Familie partnerschaftlich bei der Betreuung entlastet, schrittweise vorantreiben.

Wir wollen, dass das Land Hessen als öffentlicher Arbeitgeber eine Vorbildfunktion übernimmt, wenn es gilt, der Berufswelt mehr Familienverantwortung abzuverlangen. Allen Arbeitskräften einer Behörde oder eines Betriebes, auch Männern und Frauen mit Familienpflichten, wollen wir ermöglichen, sich auch in ihrem Beruf zu entwickeln. Wir wollen familienfreundliche Arbeitszeiten für Frauen und Männer.

Wer sich dazu entscheidet, Familienaufgaben zu übernehmen, darf nicht den beruflichen Anschluss verlieren. Durch gezielte Qualifikationsprogramme kann der berufliche Wiedereinstieg erfolgreich gestaltet werden. Wir wollen deshalb Maßnahmen für Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer bedarfsgerecht ausbauen.

Mit Blick auf die Arbeitswelt der Zukunft und auf die neuen Anforderungen an die Erziehungsleistung der Familien ist die Förderung eines neuen Engagements der Väter unverzichtbar. Wir wollen eine Teilzeitoffensive, die sich gezielt an Männer richtet. Die zeitweise Reduzierung der Arbeitszeit wegen Familienpflichten muss auch für Männer „normal“ werden.

c. Der Jugend eine Chance

War das Jugendalter schon immer von vielfältigen Wandlungen und Herausforderungen gekennzeichnet, so können sich Jugendliche heute im Vergleich mit ihren Eltern immer weniger auf traditionelle Lebensentwürfe, Normen und Werte stützen. Jugendliche sehen sich einerseits neuen Chancen durch umfassende Bildungs- und Informationsmöglichkeiten, Geschlechtergerechtigkeit und interkultureller Offenheit gegenüber. Andererseits sind die Chancenzugänge immer noch sehr an persönliche wie soziale und gesellschaftliche Voraussetzungen geknüpft, die für viele Jugendliche risikoreich sind, insbesondere in bezug auf ihre Möglichkeiten in Erziehung, Bildung und Ausbildung. Jugendliche sind somit auf ihrem Weg zur Selbständigkeit durch entsprechende Maßnahmen der Erziehung, Bildung, Ausbildung und Kultur sowie aktive Teilhabe zu fördern.

Wir wollen die politische Beteiligung von Jugendlichen und werden deshalb das Kommunalwahlalter wieder auf 16 Jahre senken. Weiterhin wollen wir ein Aktionsprogramm „Kinder- und Jugendbeteiligung in Hessen“ auflegen, das mit einer Demokratiekampagne und Aufklärungsarbeit in den Kommunen die Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vermittelt und verständlich macht. Kinder und Jugendliche sind Experten ihres eigenen Lebensumfeldes. Sie verfügen über die Erfahrungen, um diese in Form von Wünschen, Interessen und Ansprüchen in den kommunalpolitischen Aushandlungsprozess einbringen zu können. Dies gilt vor allem für den Bereich von Freizeiteinrichtungen, von Spielplätzen bis Sportaktivitäten, und den Bereich von Schule. Deshalb müssen vor Ort Beteiligungsprojekte von Kindern und Jugendlichen mit Kompetenzen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden, damit sie tatsächlich auf kommunalpolitische Entscheidungen Einfluss nehmen können.

Wir wollen die Institutionen der Jugendhilfe (öffentliche und freie Träger sowie Initiativen) so ausstatten, dass Jugendliche in ihrer Leistungsfähigkeit und Selbständigkeit bestärkt werden (z.B. durch Bildungs-, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Jugendwohn- und Beratungseinrichtungen). Dabei wollen wir eine Jugendhilfe, die stärker ihrem Erziehungsauftrag nachkommt. Wir wollen die Jugendhilfe bedarfsgerecht im Interesse der Jugendlichen fortschreiben, um eine gezielte Projekt- und Maßnahmenförderung wie beispielsweise ehrenamtliches Engagement, gewaltfreie Konfliktlösungsalternativen, interkulturelles Lernen u.a., in Kooperation mit den Kommunen durchzuführen und damit den jugendpolitischen Stillstand in Hessen zu beseitigen.

Wir wollen in Kooperation mit den kommunalen Jugendämtern und den freien Trägern der Jugendhilfe landesweit einheitliche Qualitätsstandards sichern, die Fort- und Weiterbildung verbessern und den Zugang zu überregionalen Fördermitteln erleichtern.

Die Angebote außerschulischer politischer Jugendbildung in Hessen sind für die Partizipation Jugendlicher an demokratischen Entscheidungsprozessen unabdingbar. Deshalb wollen wir im Bereich „politische Jugendbildung“ in Hessen neue Projekte auflegen. Außerdem wollen wir ein Programm für die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und der Jugendgewalt.

d. Selbstbestimmtes Alter

Die Bedeutung des Älterwerdens für die Zukunft wird wachsen. In unserer Gesellschaft gibt es immer mehr Ältere und neue Qualitäten des Alters. Ein vitales und bewegliches drittes Lebensalter nach dem Renteneintritt ist neu entstanden. Zudem wird eine wachsende Zahl Hochbetagter und Pflegebedürftiger in Zukunft die private und staatliche Unterstützung neu herausfordern und großer gesellschaftlicher Anstrengungen bedürfen. Aber die Politik für die ältere Generation erschöpft sich nicht in der Aufgabenstellung für die Hochbetagten und Kranken.

Neues Alter

Wir wollen Räume für die aktive gesellschaftliche und politische Teilhabe der älteren Generation. Wir wollen die Älteren darin unterstützen, ihren dritten Lebensabschnitt beispielsweise durch bürgerschaftliches Engagement, andere nachberufliche Tätigkeiten oder die Aneignung neuen Wissens aktiv und zusammen mit Jüngeren zu gestalten. Wir wenden uns gegen ein Bild, das im demographischen Wandel nur Gefahren sieht, ebenso gegen eine Politik, die Alte und Junge gegeneinander ausspielt.

Wir wollen für Hessen ein Bündnis der Generationen, dass die Herausforderungen des demographischen Wandels bewältigt und eine Gesellschaft für alle Lebensalter schafft. Und wir wollen eine neue Kultur in der Arbeitswelt, mit der die Themen Älterwerden, Lernen, Arbeit, und Leistung als sozialgemeinschaftliche Herausforderung des generativen Miteinanders aufgefasst und bewältigt werden.

Ältere Menschen stehen mitten in unserer Gesellschaft, nicht am Rande. Demokratie kennt keine Altersgrenzen. Unsere Politik für und mit Älteren zielt und stützt auf das neue Alter: Neues Alter bedeutet fit, aktiv und mobil sein; neues Alter steht für Solidarität zwischen den Generationen und neues Alter steht für Selbstbestimmung, Gestaltungswillen, Selbständigkeit, ehrenamtliches Engagement und politische Mitwirkungsbereitschaft. Wir werden die Erfahrungen der Landesseniorenvertretung in unsere Planung einbeziehen und ihre Arbeit weiter unterstützen. Selbstbestimmtes Leben im Alter darf nicht nur den älteren Menschen möglich sein, die über ein entsprechendes Einkommen verfügen.

Zur Unterstützung dieser Selbständigkeit gehört insbesondere die Förderung eines altengerechten Wohnungs- und Neubaus sowie die Fortschreibung des Landesaltenplans, der weit über die Themen Gesundheit und Pflege hinaus gehen muss. Zu unserer Politik gehört der Abbau jedweder Form von Altersdiskriminierung.

Pflege sichern

Alter hat aber auch seine Belastungen. Medizinische Versorgung, ambulante Hilfen, qualifizierte Pflege, finanzielle Absicherung und menschliche Zuwendung sind daher unverzichtbar, auch auf der letzten Wegstrecke.

Die Sicherung der Pflege von älteren Menschen wird gesellschafts- und sozialpolitisch immer bedeutsamer. Es ist für die nächsten Jahrzehnte eine deutliche Zunahme an pflegebedürftigen Menschen zu erwarten. Wir wollen die bisherigen Instrumente überprüfen und den Herausforderungen anpassen, insbesondere im Hinblick auf psychische und Demenzerkrankungen. Pflegekräftemangel in der Altenhilfe bedroht akut die Betreuungsqualität. Wir wollen, dass die Altenpflegeausbildung interessanter gestaltet wird und die Kostenträger eine Refinanzierung von Ausbildungsplätzen über die Pflegesätze zu 100 Prozent zulassen.

Ausländische Pflegekräfte füllen derzeit eine Lücke, können aber dauerhaft nicht die Lösung des Fachkräftemangels sein. Ausländische Pflegekräfte können nur eine zusätzliche Maßnahme darstellen. Wir wollen die Ausbildung von Fachkräften für die Altenpflege ausbauen und dauerhaft sichern. Die durch die Pflegeversicherung eingesparten Mittel wollen wir zur Finanzierung von Investitionen zur Qualitätsverbesserung (z.B. Modernisierungsmaßnahmen) in den Altenhilfeeinrichtungen verwenden.

e. Perspektiven für Menschen mit Behinderung

In der Politik für Menschen mit Behinderungen hat sich in den letzten Jahren ein Wandel vollzogen, weg vom Fürsorgedenken hin zu Selbstbestimmung und gleichberechtigter Teilhabe am Leben in der Gesellschaft. Sichtbarer Ausdruck dieser neuen Politik ist das Bundesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen. Wir wollen diesem positiven Beispiel folgen und werden ein Landesgleichstellungsgesetz schaffen, durch das schrittweise bestehende Barrieren in allen Lebensbereichen abgebaut werden.

Auf dieser Grundlage werden wir die Frühförderung für behinderte Kinder im Vorschulalter und die integrative Betreuung behinderter Kinder in Kindertagesstätten weiter ausbauen und im Rahmen unseres Ganztagschulprogramms den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen fördern und für die Bereitstellung hierfür notwendiger pädagogischer, therapeutischer, pflegerischer und sächlicher Hilfen Sorge tragen.

Ambulante und teilstationäre Angebote für Menschen mit Behinderungen wollen wir verbessern. Mit über 6.000 Plätzen im Betreutem Wohnen steht Hessen dank einer Vereinbarung zwischen den Kommunen und dem Landeswohlfahrtsverband aus dem Jahr 1986 an der Spitze aller Flächenländer. Diese Spitzenstellung gilt es im Interesse der behinderten Menschen, bei gleichzeitiger Entlastung der Kostenträger, weiter auszubauen.

Die Anstrengungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen werden wir verstärken. Dabei kommt der Landesverwaltung eine Vorbildfunktion zu. Darüber hinaus werden wir als besonderen Schwerpunkt der Teilhabe von Menschen

mit Behinderungen am Arbeitsleben den Übergang aus den Werkstätten für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt fördern.

Mit den Selbsthilfeverbänden behinderter Menschen, mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege und den Interessenvertretungen der Einrichtungsträger werden wir in allen Fragen der Behindertenpolitik zusammenarbeiten und deren Vorschläge, soweit wie möglich, berücksichtigen. Dabei wollen wir den besonderen Bedürfnissen behinderter oder von Behinderung bedrohter Frauen und Kinder Rechnung tragen.

f. Hauptsache Gesundheit

Eines der wichtigsten Ziele unserer Politik ist die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen medizinischen Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, unabhängig vom sozialen Stand, vom Einkommen und Vermögen, aber auch unabhängig vom Wohnort. Dieses Ziel ist nur durch unser System der solidarisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung zu erreichen.

Unser Gesundheitssystem muss aber auch bezahlbar bleiben, es besteht ein Reformbedarf. Im Sinne einer Verbesserung von Effizienz und Effektivität zum Wohl der Patienten müssen die Rationalisierungsmöglichkeiten im System ausgeschöpft werden. Qualitätsorientiertes, wirtschaftliches Handeln muss gefördert werden, allerdings nicht zu Lasten der Patienten und der im Gesundheitswesen Beschäftigten.

Die Bewahrung gesunder Lebensverhältnisse in Hessen ist ein vorrangiges Ziel unserer Politik in allen Politikfeldern. Deshalb werden wir die gesundheitsgefährdenden Belastungen in der Umwelt und am Arbeitsplatz abbauen und den Verbraucherschutz und Arbeitsschutz stärken.

Verantwortlicher Umgang mit Gesundheit setzt Wissen und Aufklärung über die eigene Gesundheit voraus. Deshalb werden wir die Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen erheblich verstärken und die Prävention fördern. Angesichts des Zusammenhangs zwischen Armut und Krankheit, besonders bei Kindern, werden wir auch Projekte in diesen Bereichen fördern.

Die stufenweise Einführung des neuen leistungsbezogenen Vergütungssystems für Krankenhäuser ab dem Jahr 2003 wird zu einem erheblichen Strukturwandel in der Krankenhauslandschaft in Hessen führen. Auch unter diesen Bedingungen wollen wir eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern, in denen die häufigsten Erkrankungen behandelt werden können, und eine bedarfsangepasste Verteilung spezialisierter Kliniken in zumutbarer Nähe.

Um eine bessere Verzahnung zwischen dem stationären und ambulanten Bereich zu schaffen und Qualität der medizinischen Versorgung zu verbessern, werden wir auf regionaler Ebene Gremien schaffen, die aus Vertretern aller wichtigen, am Gesundheitssystem beteiligten Gruppen zusammengesetzt sind. Hier können Probleme vor Ort aufgedeckt und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

Der öffentliche Gesundheitsdienst hat im Rahmen der Daseinsfürsorge vielfältige und wichtige Aufgaben, so im Bereich der Prävention, des Infektionsschutzes, der Gesundheitsberichterstattung und der Beratung benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Mit einem modernen Gesetz für den öffentlichen Gesundheitsdienst werden wir ihn auf eine zeitgemäße Grundlage stellen.

Notwendig in Hessen ist auch ein modernes Gesetz für psychisch Kranke. Ihre rasche wohnortnahe Behandlung zur Vermeidung einer Stigmatisierung und zur schnellen gesellschaftlichen und beruflichen Integration muss sichergestellt werden.

Aufgrund der vielfach schlechten Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern werden die Arbeitsplätze dort zunehmend unattraktiv. In Hessen gibt es einen Pflegenotstand, in naher Zukunft droht auch im ärztlichen Bereich ein erheblicher Mangel. Grundsätzlich müssen die Arbeitsbedingungen in den Krankenhäusern verbessert werden, nicht nur im Sinne der Arbeitnehmer, sondern auch im Sinne der Patienten, d.h. der Sicherstellung einer qualifizierten Pflege und ärztlichen Betreuung. Wir werden deshalb die Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitsschutzes konsequent überprüfen und durchsetzen. Die tarifvertragliche Absicherung aller Beschäftigten ist ebenso notwendig wie die Förderung gleicher Bedingungen für alle Krankenhausträger.

Das Gesundheitswesen kann nur so gut sein wie die Ausbildung der Beschäftigten. Deshalb werden wir uns für die Reform des Medizinstudiums, der Krankenpflegeausbildung und aller anderen Heilberufe einsetzen. Debatten zu ethischen Fragen des Gesundheitswesens haben auch die Notwendigkeit einer entsprechenden Ausbildung deutlich werden lassen. Deshalb werden wir uns für die Etablierung klinischer Ethik in allen Heilberufsausbildungen einsetzen.

g. Hessen aus vielen Ländern

Zu einer Welt, die zusammenwächst, gehören auch Menschen, die auf Zeit oder auf Dauer in einem anderen Land leben als in ihrem Geburtsland. Wir wollen in Hessen die Chancen nutzen, die daraus entstehen, aber auch die Schwierigkeiten angehen, die damit verbunden sind.

Wir können in Hessen auf eine lange liberale Tradition bei der Aufnahme und Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen zurückblicken. Zuwanderung war für uns Hessen bisher keine Bedrohung, sondern stets eine gesellschaftliche und kulturelle Bereicherung. Dies hat die Weltoffenheit Hessens, den Gemeinschaftssinn der hessischen Bürgerinnen und Bürger sowie die lebendige und vielfältige Kultur unseres Landes geprägt.

Wir sind stolz auf diese plurale, kulturell vielfältige Gesellschaft und die Integration der zu uns kommenden Menschen anderer nationaler Herkunft. Dabei ist Integration für uns ein wechselseitiger Prozess, der Neuankömmlinge, schon lange hier lebende Migrantinnen und Migranten sowie die angestammte Bevölkerung auf der Grundlage des Wertekanons unseres Grundgesetzes in die Gesellschaft einbezieht. Unser Ziel ist eine Kultur des Respekts und des gleichberechtigten Miteinanders. Gleichzeitig sind auch wir gefordert, die Mitwirkungsmöglichkeiten der Menschen anderer Nationalität zu erhöhen.

Wir werden die Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (AGAH) weiterhin unterstützen. Und wir werden wieder einen Landesausländerbeirat einrichten. Eine wirksame politische Vertretung der Bürgerinnen und Bürger ohne deutschen Pass auf allen Ebenen ist eine wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Integrationspolitik. Das Wahlrecht für alle bleibt unsere politische Aufgabe.

Wir wollen ein soziales Hessen, das sich den Herausforderungen einer ernstgemeinten Integration stellt. Dabei werden wir dort, wo es möglich ist, Maßnahmen bevorzugen, die, wie zum Beispiel bei der Ausstattung von Schulen, Einheimischen und Migrantinnen und Migranten zugute kommen. Wir wissen, dass Integration von Migranten einschließlich der Aussiedlerinnen und Aussiedler eine langfristige Aufgabe ist, die viel Geduld auf allen Seiten fordert. Die Sprachförderung für diese Gruppen werden wir deutlich verstärken.

Migrantinnen und Migranten sind nach wie vor überproportional von Arbeitslosigkeit und dem ökonomischen Strukturwandel betroffen. Ausbildungslücken, Sprachdefizite, geringe berufliche Qualifikation, aber auch der nachrangige Zugang zum Arbeitsmarkt sind dafür die Hauptursachen. Die Förderung gleicher Startchancen ist jedoch unverzichtbarer Bestandteil einer erfolgreichen Integration und dient dem sozialen Frieden. Bildung und Ausbildung haben dabei eine Schlüsselfunktion in unserer Gesellschaft.

Wir werden die Schulen mit besserer Ausstattung sowie besserer Vorbereitung auf interkulturelles Lernen und auf Spracherwerb auf ihre Integrationsaufgabe vorbereiten. Wir wollen Ausbildungsprojekte verstärkt unterstützen, die Zweisprachigkeit gezielt nutzen. Die betriebliche und außerbetriebliche Weiterbildung und Qualifizierung soll allen Migrantinnen und Migranten zugänglich sein und verstärkt gefördert werden. Wir wollen, dass spezielle Berufsberatungskonzepte für ausländische Jugendliche entwickelt werden und Ausbildungs- und berufsbegleitende Sprachkurse initiiert und gefördert werden. Die Maßnahmen zur Ausbildung und Beschäftigung von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst werden fortgesetzt und ausgebaut.

Insbesondere jugendlichen Einwanderinnen und Einwanderern fehlt es häufig an konkreten beruflichen Perspektiven und Freiräumen in der Freizeit. Wir wollen hier einen Schwerpunkt setzen. Die offene und bewegungsorientierte Jugendarbeit, die Schulsozialarbeit sowie die Vereinsarbeit muss diese Zielgruppe mit besonderen Angeboten ansprechen. Eine zentrale Bedeutung bei der Integration dieser Gruppe hat die Sprachvermittlung und die Begleitung in Maßnahmen der beruflichen Orientierung, Qualifizierung, Ausbildung und Beschäftigung.

Wir werden die Kommunen in ihrem Bemühen unterstützen, ein lebenswertes Wohnumfeld zu schaffen und das Miteinander der Menschen zu fördern. Benachteiligte Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf werden verstärkt gefördert und mit Mediationsinitiativen unterstützt. Zur Entwicklung eines bedarfsgerechten Integrationskonzeptes fördern wir die Einrichtung kommunaler Netzwerke. Hier soll die Arbeit zwischen den Beteiligten abgestimmt und so auch die Erkenntnisse aus unterschiedlichen Bereichen zusammengetragen werden. Die Vereins- und Sportförderung für integrative Projekte wird ausgebaut.

h. Sozialer Zusammenhalt auf neuen Wegen

Wir wollen ein soziales Hessen, in dem demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Selbstentfaltung und Selbstbestimmung sowie das Angebot der Integration in der Lebenswirklichkeit der Menschen verankert sind.

Wir wollen nahe bei den Menschen sein, um ihre Probleme schärfer erfassen zu können und um ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse, ihre eigenen Lösungsvorschläge und ihre eigene Lösungskompetenz einbeziehen zu können. Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement als Ergänzung herkömmlicher sozialstaatlicher Arrangements; es darf nicht brach liegen oder gar verschlissen werden. Wir fördern die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an ihrem Gemeinwesen, strukturell und materiell. Wir wollen professionelle Anbieter sozialer Infrastruktur, die aktive Hilfe zur Selbsthilfe bieten und sich als bewegliche Partner auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger einstellen. Wir wollen sozialstaatliche Verwaltungsstrukturen, die hierfür einen vernünftigen Rahmen vorhalten.

Stadtteil- und Gemeinwesenbezogenheit, Lebensweltorientierung, Vernetzung der Akteure und Beteiligung der Betroffenen sind deswegen für uns nicht bloße Schlagworte, sondern unverzichtbare Strategien, die gleichzeitig mit unseren politischen Grundüberzeugungen übereinstimmen. Um den sozialen Zusammenhalt in Zukunft zu erhalten, brauchen wir die Ressource eines modernen "Wohlfahrtspluralismus". Träger der freien Wohlfahrtspflege, Vereine, Verbände oder Kirchen sind hier ebenso in der Verantwortung wie Unternehmen oder private Initiativen.

Die soziale Gestaltung unseres Landes liegt im Interesse aller, sie ist aber auch eine Herausforderung für alle. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, auch neue Formen der sozialen Gestaltung zu etablieren. Hier setzen wir auf das starke freiwillige bürgerschaftliche Engagement, auf neue Partnerschaften zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern, auf neue Kooperationsformen zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen. Unser Land und seine Bürgerinnen und Bürger besitzen erhebliche Potentiale und Kompetenzen, die wir für die Zukunft Hessens aktivieren wollen.

Die Kommunalisierung sozialer Leistungen wird von uns grundsätzlich begrüßt. Dies schließt für uns die Verpflichtung zur Herstellung und Absicherung landesweit gleicher Lebensbedingungen auf dem erreichten Qualitätsniveau sowie konsequente Anstrengungen zur Verbesserung der sozialen Lebensqualität in Hessen ein. Hierin besteht die Aufgabe hessischer Landespolitik. Unabdingbar ist für uns weiterhin die umfassende Einbeziehung und Beteiligung der Wohlfahrtsverbände bei der Umsetzung des Projekts der Kommunalisierung auf lokaler und Landesebene.

Ein gerechter Ausgleich zwischen den Kommunen auch im Jugendhilfelastenausgleich wird von uns begrüßt. Allerdings muss dieser so gestaltet sein, dass Kommunen, die durch intensive Aktivität im präventiven Bereich der Jugendhilfe geringere stationäre Lasten haben, nicht benachteiligt werden. Wir wollen deshalb den Jugendhilfelastenausgleich dahingehend reformieren, dass auch präventive Maßnahmen angemessen berücksichtigt werden.

V. CHANCE: VIELFALT - DIE STÄRKEN DER REGIONEN

Die Region gewinnt für die Menschen mehr und mehr an Bedeutung. Regionale Verflechtungen bestimmen das Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Für die größeren gewordenen Probleme sind vielerorts die Kommunen nicht gerüstet und die Länder bzw. die nationale Ebene zu groß. Die notwendige Gestaltung ist nur in sehr eingeschränktem Maße auf der lokalen Ebene möglich. Regionale Politik soll kommunal getragen und verantwortet werden. Deshalb ist die Region als Planungs- und Handlungsraum in der Zukunft von besonderer Bedeutung.

Die hessischen Regionen leben von ihrer Vielfalt. Aufbauend auf den unterschiedlichen Traditionen können in den Regionen die jeweiligen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Modernisierungserfordernisse vorangetrieben werden und so neue Identität stiften.

Die hessischen Regionen haben mit neuen Schwerpunktsetzungen die Grundlage für die zukünftige Entwicklung gelegt. Auf der Grundlage dieser Profile werden wir in den einzelnen Landesteilen durch eine Integration von Förderung, Forschung und Produktion „Leitprojekte“ schaffen und die Regionen damit in ihren Schwerpunkten zu einer Spitzenstellung verhelfen, um neue Dynamik für Wirtschaft und Beschäftigung zu schaffen.

Wir wollen die in allen Teilen des Landes begonnenen Diskussionen um die Regionalisierung als wichtiges Strukturprinzip der weiteren Entwicklung des Landes in konkrete Schritte umsetzen. Die Gliederung des Landes in die Regionen Nordhessen, Mittelhessen, Rhein-Main und Starkenburg entspricht den Zusammenhängen, die sich auf der Grundlage wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und historischer Gegebenheiten entwickelt haben. Die Vielfalt dieser Regionen und ihre unterschiedlichen Stärken erfordern unterschiedliche Strukturen, die diesen spezifischen Gegebenheiten angepasst sind.

a. Region Rhein-Main

In der Rhein-Main-Region konzentrieren sich auf ungefähr einem Fünftel des Landes Hessen etwa die Hälfte seiner Einwohner, zwei Drittel seiner Arbeitsplätze und dort werden jedes Jahr circa drei Viertel seines Bruttosozialproduktes erwirtschaftet. Bestehende herausragende wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Leistungen und Institutionen, ein über Jahre hinweg überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum gestützt auf eine Vielzahl hochqualifizierter, leistungsbereiter, in großer Unternehmensdichte und –vielfalt beschäftigter Menschen, ein dank polyzentrischer Struktur der Besiedlung noch bewahrter, im Ballungsraumvergleich günstiger Umweltstandard und die damit in Zusammenhang stehende Attraktivität als Wohnstandort, nicht zuletzt auch das erreichte hohe Maß an Internationalität und internationalem Ansehen sind gute Grundlagen und bieten große Chancen.

Wir wollen die Zukunft der Rhein-Main-Region durch eine regional gesteuerte ganzheitliche Politik der wirtschaftlichen Entwicklung und Umweltsicherung, der kulturellen Teilhabe und des sozialen Ausgleichs erfolgreich gestalten. Das mündet zwangsläufig in

eine Reform der in der Region bestehenden Verwaltungsstrukturen. Wir wollen, dass die Städte und Gemeinden daraus entscheidend gestärkt hervorgehen. Es bedarf aber auch einer handlungsfähigen regionalen Organisationseinheit. Das bestehende Ballungsraumgesetz ist ungeeignet, die Zukunft der Rhein-Main-Region zu gestalten.

Wir wollen eine Regionalorganisation, deren Gremien durch unmittelbare demokratische Wahl legitimiert werden. Sie soll den gesamten Bereich von Wiesbaden bis zum Main-Kinzig-Kreis umfassen. Wir wollen grundsätzlich nur die Aufgaben, die nach den Regeln der Subsidiarität regional zu erfüllen sind, in die Kompetenz der neuen regionalen Organisation überführen. Unser Ziel bleibt, so viele Aufgaben wie möglich den Städten und Gemeinden unmittelbar zu überlassen.

Wir wollen das viel zu komplizierte Planungssystem vereinfachen und die doppelte Zuständigkeit von Ballungsraum- und Regionalplanung beenden. Zu den Aufgaben der Regionalorganisation gehören vor allem die Regional- und Flächennutzungsplanung, die regionale Wirtschaftsförderung, das Flächenmanagement und die Generalverkehrsplanung. Hinzu kommen unter anderem regionale Beschäftigungspolitik mit regionalen Initiativen für Wissenstransfer, Wissenschaft und berufliche Fortbildung und neue regionale Steuerungsmodelle in und mit dem Sozialhilfelastenausgleich in kommunaler Verantwortung.

Wir wollen die Zukunftsfähigkeit der Region verbessern mit regionalem Umweltschutz und der Koordination von regionaler Energiepolitik, Trinkwasserbeschaffung und Abwasserreinigung. Gemeinsam mit dem neuen Verband wollen wir den Regionalpark zum Landschafts- und Kulturpark weiterentwickeln.

Wir wollen zur Finanzierung der regionalen Aufgaben eine Umlage der beteiligten Gebietskörperschaften, aber auch eine Beteiligung des Landes. Wir erwarten das im Zuge einer überfälligen Staatsreform sinnvoller Weise viele Aufgaben der Landesverwaltung kommunalisiert bzw. der Region übertragen werden können.

b. Region Nordhessen

Nordhessen befindet sich in einem Prozess der Veränderung. Während traditionelle Wirtschaftszweige zurückgehen, entwickeln sich neue innovative Unternehmen, zum Teil angeregt durch Kooperation mit der Wissenschaft. Eine besondere Rolle spielt Nordhessen als Solarregion und bei der Nutzung neuer regenerativer Energien sowie als Zentrum für Mobilität in der Mitte Deutschlands.

Dafür und für die Schaffung einer verbesserten Infrastruktur wird der Ausbau der bestehenden A 4 bzw. der Weiterbau der A 44 sowie die Fertigstellung des A 49- und des A 66-Lückenschlusses ebenso vorangetrieben wie der erforderliche Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Bei der geplanten Einrichtung eines Regionalflyghafens in Nordhessen werden wir wie bei der Entwicklungsplanung des Rhein-Main-Flughafens die Interessen der Bevölkerung auf Schutz vor Lärm und Belastung der Umwelt und auf wirtschaftliche Entwicklung abwägen. Daneben bleiben die Stärken im Bereich Freizeit und Erholung.

Auch in Nordhessen wollen wir mit regionaler Zusammenarbeit eine geordnete Entwicklung der Region voranbringen. Dazu gehören wichtige Bereiche wie die Regionalplanung nach dem Hessischen Planungsgesetz und die Aufstellung eines regionalen Entwicklungsplans, eine integrierte Verkehrsplanung, die Radwege, Schienenverkehr und Straßenbau gleichermaßen berücksichtigt, die Planung der regionalen Energiepolitik und die Koordination von Abfallwirtschaft und –verwertung.

Das von sozialdemokratischen Kommunalpolitikern in vorbildlicher Zusammenarbeit auf den Weg gebrachte Regionalmanagement als erster Schritt regionaler Kooperation muss zu einem Regionalparlament unter Beteiligung aller nordhessischen Entscheidungsträger fortentwickelt werden. Die sinnvollen Bestrebungen, einen gemeinsamen Regionalkreis aus dem bisherigen Landkreis und der Stadt Kassel zu schaffen, werden wir umsetzen, wenn beide Gebietskörperschaften dies übereinstimmend wünschen.

Wir wollen eine regionale Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik; die zunehmende Reduzierung der Fördermittel erfordert eine Absprache untereinander, um effiziente Beschäftigungspolitik zu ermöglichen. Dazu gehört auch eine gemeinsame Wirtschaftsförderung. Die Kapazitäten der Universitäten und Fachhochschulen wollen wir in einer stärkeren Verzahnung mit der heimischen Wirtschaft noch besser nutzen. Landesbehörden und Institutionen müssen gerade im Zeitalter modernster Kommunikation auch in ländlichen Regionen gehalten und ausgebaut werden.

Wir wollen die Weiterentwicklung der Tourismusregion Nordhessen, um Menschen zu Reisen nach und Urlaub in Nordhessen zu animieren, und den Ausbau der durch den Kultursommer begonnenen "Kulturlandschaft Nordhessen" sowie die Koordination von Einrichtungen des Sports, der Freizeit, der Erholung und der Kultur.

c. Region Mittelhessen

Die Stärke Mittelhessens liegt in den sich ergänzenden Profilen der einzelnen Teilregionen. Ein starkes verarbeitendes Gewerbe ist gepaart mit Forschungs-, Bildungs- und Dienstleistungsstrukturen und attraktiven Tourismus- und Naherholungsgebieten. Wir wollen dieses Potential in den nächsten 10 Jahren voll ausschöpfen und in Wachstum und Beschäftigung umsetzen. Die Verbindungen zwischen Hochschulen und produzierenden Unternehmen wollen wir intensivieren, die erfolgreichen Ansätze des Technologietransfers stärken und neue Forschungsschwerpunkte im Bereich der Unternehmensprofile der Region schaffen. Im Zentrum werden gewerbliche Bereiche wie Metallverarbeitung, Optik, Umwelt-, Bio- und Medizintechnik und Dienstleistungen sowie Forschung stehen.

Auf der Straße wie der Schiene besteht in Mittelhessen eine gute Verkehrsinfrastruktur. Diese muss aber modernisiert und leistungsfähiger gestaltet werden.

Um Mittelhessen schlagkräftig zu machen, werden wir auch die Initiativen zum Regionalmanagement und der „Regionalen Entwicklungsagentur - Projektmanagement für eine Beschäftigungs- und Innovationsoffensive“ sowie die Regionalentwicklungsagentur „Mittelhessen plus“ zusammenfassen, um erste Ansätze zur Kooperation in den Bereich

Technologieregion, Bildungsregion, Beschäftigungs- und Tourismusregion sowie Förderung regenerativer Energien umzusetzen. In einer zweiten Stufe wollen wir einen Regionalverband Mittelhessen aufbauen. Ziel der Entwicklung ist die Schaffung einer gemeinsamen Regionalvertretung in Mittelhessen.

Wir werden ein Leitbild „Technologieregion Mittelhessen“ unter Berücksichtigung der vorhandenen Struktur entwickeln und ein Netzwerk zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie- und Gründerzentren, Aus- und Weiterbildungseinrichtungen unter Nutzung der bereits vorhandenen Ansätze ins Leben rufen.

Mittelhessen hat eine Vielzahl von Bildungsträgern sowohl im Bereich Aus- wie auch Fortbildung. Im Rahmen einer Vernetzung und Strukturierung in Modulen werden wir die Region zu einem überregionalen Zentrum für Bildung und Fortbildung im Rahmen des „lebenslangen Lernens“ ausbauen. Hierfür wollen wir die Hochschulstandorte Gießen und Marburg stabilisieren und eine Stärkung der Infrastruktur für berufliche Bildung sowie Fort- und Weiterbildung erreichen (z.B. durch Ansiedlung einer Berufsakademie oder von modifizierten Studiengängen an der FH Gießen-Friedberg wie das „Studium plus“).

d. Region Starkenburg

Die Region Starkenburg hat sich aus eigener Initiative – kommunal getragen und verantwortet – formiert und organisiert. Wir werden diese Organisation fördern und unterstützen, unter anderem durch Übertragung einer eigenständigen Zuständigkeit für die Regionalplanung.

Starkenburg ist eine Region im Aufbruch mit einer breiten Vielfalt an innovativen Projekten. Die Region hat ein besonders hohes Entwicklungspotential. Die Nähe zu den wichtigsten Forschungsinstituten der umliegenden Universitäten und Fachhochschulen in Mannheim, Heidelberg und Darmstadt kann für einen sehr guten Wissenstransfer zur lokalen Wirtschaft sorgen. Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang ist das dadurch sehr differenzierte Angebot an Fachkräften und die umfangreichen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sowohl in den technischen als auch in den naturwissenschaftlichen Bereichen.

Bei der Wirtschaftsförderung in der Region Starkenburg wollen wir die Bildung weiterer Netzwerke finanziell unterstützen. Dabei wollen wir auch den produzierenden Bereich gezielt unterstützen, denn der Dienstleistungsbereich ist in dieser Region eng mit dem Produktionsbereich verknüpft. Die Schnelligkeit und Transparenz der Genehmigungsverfahren mit Landesbeteiligung ist dabei ein wichtiger Standortvorteil gerade für international agierende Firmen.

Wichtiger Standortfaktor in der Region sind die Menschen, ein gewichtiger Akzent der Regionalpolitik ist somit der Wettbewerb um die besten Köpfe. Wir wollen die Voraussetzungen verbessern, um neue qualifizierte Arbeitskräfte zu gewinnen. Dabei setzen wir auf ein gutes, auch internationales Bildungsangebot, eine gute Verkehrsanbindung, schnelle Netzzugänge und ein großes kulturelles Potential.

Der Bedarf für duale Fachhochschulbildung ist weit verbreitet und wird von Firmen immer wieder betont. Wir setzen dabei auf die Fortentwicklung kooperativer Studiengänge an den Fachhochschulen und wollen an zwei bis drei Standorten die Einrichtung von Berufsakademien in freier Trägerschaft anregen. Inhaltliche Schwerpunkte müssen die Bereiche EDV, Wirtschafts-EDV und Hochtechnologie sein.

Die Region Starkenburg liegt im Bereich des Unesco-Geoparks Bergstraße-Odenwald. Mit dem Projekt "Europäischer Geopark" wollen wir nicht nur dem Fremdenverkehr in der Region Auftrieb geben, sondern weit darüber hinaus wirken. Gerade im Bereich der Wissenschaft findet hier eine gute Zusammenarbeit statt, von der die gesamte Region profitiert.

VI. CHANCE: LEBENDIGE DEMOKRATIE

Wir setzen bei der Gestaltung von Politik in Hessen auf die Kompetenz, die Kreativität und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Wir wollen eine Kultur der Beteiligung. Damit können wir gemeinsam mehr erreichen für unser Land. Demokratisierung und Stärkung der Bürgerrechte ist für uns ein erfolgversprechender Ansatz, um zu besseren Ergebnissen in der Politik zu kommen, und um die Akzeptanz politischer Entscheidungen zu erhöhen. Durch mehr Partizipationsrechte wird auch die öffentliche Diskussion und damit die politische Auseinandersetzung belebt.

Wir wollen auf allen Ebenen dafür Sorge tragen, dass eine aktive Beteiligungspolitik ermöglicht werden kann. Dies gilt für alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch für einzelne Gruppen. So werden wir zum Beispiel die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und für Seniorinnen und Senioren verbessern.

Wir wollen in diesem Zusammenhang auch das Wahlalter 16 für Kommunalwahlen wieder einführen. Gerade hier ist es wichtig, frühzeitig aktive Beteiligung zu gewähren und Interesse zu fördern.

Natürlich wollen sich auch Seniorinnen und Senioren aktiv an ihrem Wohn- und Lebensumfeld beteiligen können. Ihnen stehen jedoch andere Möglichkeiten offen als den Kindern. Sie können sich mit aktiver Stimme direkt in den kommunalpolitischen Prozess einbringen. Wir wollen die Grundvoraussetzungen dafür schaffen, dass eine erfolgreiche Arbeit von Seniorenbeiräten ermöglicht und erleichtert wird.

Wir wollen das Petitionsrecht in einem Verfahrensgesetz konkretisieren und die Möglichkeit einer mündlichen Anhörung vor dem Petitionsausschuss erweitern.

Das hessische Personalvertretungsgesetz hat sich bis 1999 bewährt. Die konservative Landesregierung hat die Rechte der Personalvertretungen eingeschränkt. Wir wollen die Beteiligungsrechte der Beschäftigten im hessischen Personalvertretungsgesetz wiederherstellen.

Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auch dadurch stärken, dass bei einem Volksbegehren bereits der Antrag auf Zulassung, der von 3% der Wählerinnen und Wähler unterstützt werden muss, zwingend zu einer Behandlung der Initiative im Landtag führt.

a. Selbstverwaltung in den Kommunen

Der Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung hat eine herausragende Bedeutung für unsere Demokratie. Nur handlungsfähige, starke und selbstbewusste Kommunen können der Bürgerschaft eine umfassende und qualitativ hochwertige Daseinsvorsorge bieten und gleichermaßen kompetenter Ansprechpartner für Bevölkerung, Unternehmen und Behörden sein.

Wir wollen im Interesse der Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung, ihrer Transparenz für Bürgerinnen und Bürger und in konsequenter Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung weitere Aufgaben, die bei den Ministerien und Regierungspräsidien angesiedelt sind, unter Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel auf die Kommunen übertragen. Dies muss einhergehen mit einer deutlichen Verschlankung der staatlichen Verwaltung. Bei der Reform ihrer Verwaltung wollen wir sie unterstützen.

Für ihre Aufgaben brauchen sie auch ausreichende Finanzmittel. Wir unterstützen die Durchsetzung des Konnexitätsprinzips und werden bei den Verhandlungen über eine Gemeindefinanzreform für eine bessere Ausstattung der Kommunen eintreten. Sobald es die Finanzlage des Landes zulässt, werden wir mit den Kommunen, die keine Chance haben, ihre Verschuldung aus eigener Kraft alleine abzubauen, einen gemeinsamen Weg suchen, um ihre Handlungsfähigkeit wiederherzustellen.

Jeder einzelne Bürger und jede Bürgerin hat einen Anspruch auf klare, nachvollziehbare Strukturen und Verantwortlichkeiten innerhalb der kommunalen Verwaltung. Durch eine Neuausrichtung der kommunalen Verantwortungen wollen wir deshalb klare, transparente und für die Bürger nachvollziehbare Abgrenzungen zwischen den Bereichen der direkt gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte und den ebenfalls gewählten ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern in Gemeindevertretungen bzw. Kreistagen. Dabei wollen wir insbesondere die Rechte der ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger stärken.

Das System der kommunalen Selbstverwaltung ist die Garantie für eine bürgernahe, effiziente staatliche Struktur und damit Ausdruck des von der EU immer wieder beschworenen Subsidiaritätsprinzips. Grundsatz muss werden, dass alles, was auf der untersten Ebene entschieden werden kann, nicht durch staatliche oder supranationale Vorgaben und Gängelung diktiert wird.

Das Subsidiaritätsprinzip macht nur dann einen Sinn, wenn Konzeption, Umfang und Organisationsform der am Gemeinwohl orientierten Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge eine Angelegenheit der Mitgliedsstaaten bleiben. In Deutschland sind hierfür die Länder und die Kommunen zuständig.

Brand- und Katastrophenschutz

Die hessischen Feuerwehren und die Kräfte des Katastrophenschutzes leisten für die Bevölkerung in Hessen herausragende Dienste. Das Engagement dieser meist ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ist zu fördern und zu unterstützen.

Dies gilt sowohl im gesellschaftlichen Bereich, in dem gerade den zahlreichen freiwilligen Feuerwehren eine besondere Bedeutung zukommt, als auch im Bereich der Inneren Sicherheit.

Während es unter der Verantwortung der SPD gelungen ist, durch eine Novellierung des „Hessischen Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz“ für die Arbeit der Einsatzkräfte von Feuerwehr und Katastrophenschutz moderne Rahmenbedingungen zu schaffen, waren die letzten vier Jahre geprägt durch Stillstand, Rückschritt und finanzielle Einbußen.

Wir werden demgegenüber wieder dafür Sorge tragen, dass künftig für die Absicherung der Hilfeleistung im Brand- und Katastrophenfall in ausreichendem Maße finanzielle Mittel zur Verfügung stehen werden und dass insbesondere das gesellschaftliche Engagement der Feuerwehren wieder den ihm zukommenden Stellenwert erhalten wird. Dabei gilt der Erhaltung der ehrenamtlich und freiwillig betriebenen örtlichen Feuerwehren unser besonderes Augenmerk.

b. Wir stärken das Ehrenamt

Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Gesellschaft. Wer für das Gemeinwohl aktiv ist, stützt die Demokratie und fördert das soziale Miteinander. Gerade in Hessen sind im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Bürgerinnen und Bürger für das Gemeinwohl engagiert, darunter besonders die 14 - 24-Jährigen. Ihr Engagement wollen wir anerkennen und unterstützen. Wir wollen, dass freiwilliges Engagement Spaß macht, keine Hürden und Barrieren hat und ihm die Anerkennung zukommt, die es verdient. Dabei betrachten wir ehrenamtliche Arbeit ausdrücklich nicht als Ersatz für staatliches Handeln. Vielmehr geht es uns um eine Reformpolitik, die nicht nur auf Staat und Wirtschaft ausgerichtet ist.

Wir wollen nicht nur die Verbesserung der individuellen Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements, sondern auch die gesellschaftspolitische Förderung des dritten Sektors, der Zivilgesellschaft, und ein neu zu bestimmendes Verhältnis von Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft. Die engagierten Bürgerinnen und Bürger sind das "soziale Kapital", auf das die politischen Institutionen angewiesen sind.

Wir machen uns stark für die Anerkennung und Förderung ehrenamtlicher und freiwilliger Tätigkeit der Menschen in Hessen. Wir wollen, dass für ehrenamtlich engagierte Menschen ein umfassender Unfallversicherungsschutz sichergestellt wird.

Wir wollen die Förderung ehrenamtlich getragener Angebote der Kinder und Jugendarbeit in Gemeinden und Landkreisen ausweiten und verbessern.

Wir wollen Strategien in Kommunen und im Land entwickeln, um durch Vernetzung der vorhandenen Einrichtungen das Ehrenamt effektiver fördern zu können. Bürokratische Hemmnisse müssen weiter abgebaut werden, so wollen wir z.B. erreichen, dass Anträge vereinfacht, Entscheidungen schneller getroffen und viele Behördengänge überflüssig gemacht werden. Ein Handbuch "Hilfen im Ehrenamt" für ehrenamtlich Engagierte mit erläuternden Gesetzestexten, Förderregelungen, Kontaktadressen u.a. soll freiwilliges Engagement erleichtern. In einem Bericht des Landes zum Ehrenamt in Hessen halten wir die Fortschritte fest.

Wir starten eine Initiative zur Anerkennung langjährig ehrenamtlichen Engagements als Ersatz zum Wehrdienst bzw. Zivildienst entsprechend der Regelung im Katastrophenschutz.

Wir wollen, dass bei einem Ehrenamtsnachweis Studienplätze sowie Wehr- und Zivildienstplätze wohnortnah vergeben werden. Langjähriges Engagement soll als Praktikumszeit beispielsweise im Rahmen der Ausbildung an Fachschulen oder Fachhochschulen für Sozialwesen/Sozialpädagogik und Sozialarbeit in Hessen anerkannt werden.

c. Auf zwei Wegen zur Gleichstellung

Die Gleichstellung von Frauen ist eine der politischen Aufgaben, die immer wieder neue Ansätze erfordern. Dabei ist Gleichstellung nicht nur von der Verfassung geboten, sie ist auch ein Gebot der Vernunft. Wir jedenfalls wollen auf die Fähigkeiten, die Kreativität und das Engagement der Frauen in Gesellschaft und Wirtschaft nicht verzichten. Wir wollen, dass Politik für Chancengleichheit und Gleichstellung von Männern und Frauen Aufgabe für alle Felder der Landespolitik wird. Dazu verpflichten uns auch die Vereinbarungen auf Ebene der Europäischen Union wie der Amsterdamer Vertrag.

Gender Mainstreaming – Gleichstellung ist Aufgabe für alle

Dieser Politikansatz, für dessen Namen es keine treffende deutsche Übersetzung gibt, geht davon aus, dass sich die Lebenswirklichkeit von Männern und Frauen in vielen Bereichen unterscheidet. Werden die Unterschiede nicht erkannt, kann das dazu führen, dass scheinbar neutrale Maßnahmen das Leben von Frauen und Männern ganz unterschiedlich verändern.

Gender Mainstreaming steht für eine Politik, die das Ziel hat, den Aspekt der Chancengleichheit von Frauen und Männern in alle Politikbereiche von Finanz- bis Sozialpolitik auf allen Ebenen einzubinden. Dabei wird geprüft, wie sich politische Maßnahmen jeweils auf Frauen und Männer auswirken und ob bzw. wie sie zum Ziel der Chancengleichheit der Geschlechter beitragen können.

Wir wollen diesen neuen Ansatz der Gleichstellungspolitik in Hessen endlich verwirklichen. Dabei werden wir Gender Mainstreaming mit einer neu gestärkten Frauenpolitik und Frauenförderung zu einer Doppelstrategie verbinden.

Gleichstellung ist bei uns Chefsache. Wir wollen die Verantwortung für Gender Mainstreaming an der Regierungsspitze ansiedeln, beim Ministerpräsidenten und bei der politischen Spitze der Ministerien für die einzelnen Politikbereiche. Damit findet Gleichstellungspolitik nicht nur umfassend statt, sondern die jeweilige Fachpolitik gewinnt an Qualität, weil sie passgenauer für Männer und Frauen wird.

Wir werden ein Konzept zur konsequenten Einführung von Gender Mainstreaming in der Landesregierung beschließen und die Strukturen für eine kontinuierliche Umsetzung schaffen. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung werden wir entsprechend qualifizieren. Verbunden mit Beratungsangeboten werden Förderprogramme Anreize und Auflagen zu Gender Mainstreaming enthalten. Im Landeshaushalt werden wir mit der Methode der Gender-Budget-Analyse sichtbar machen, welche Mittel für die Chancengleichheit eingesetzt werden.

Um die Umsetzung von Gender Mainstreaming zu fördern, werden wir allen im politischen Bereich handelnden Akteuren und Institutionen Hilfestellung anbieten. Dazu werden wir einen Beirat, zusammengesetzt aus Männern und Frauen aus den verschiedenen Bereichen, zur laufenden Konsultation einrichten. Mit den in Hessen bestehenden Institutionen für Gender-Studien und geschlechterorientierte Bildungsarbeit werden wir eine Vernetzung im Sinne eines dezentralen Gender-Institutes prüfen.

Frauenpolitik und Frauenförderung bleiben unverzichtbar

Neben dem neuen Ansatz des Gender Mainstreaming ist für uns eine aktive Politik für Frauenförderung unverzichtbar. Eine wichtige Rolle spielt dabei für uns die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit besseren Angeboten zur Kinderbetreuung und zur Ganztagschule wollen wir den Frauen die Freiheit geben, selbst zu entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen.

Selbstverständlich ist Frauenpolitik für uns mehr als Familienpolitik. Unabhängig von der Form ihres Lebensentwurfes hat jede Frau den Anspruch auf Chancengleichheit und Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir wollen für Hessen eine Gleichstellungspolitik, die Frauen wie Männern ein Höchstmaß individueller Entfaltungsfreiheit bietet und gleichermaßen „weibliche“ wie „männliche“ Lebensentwürfe ermöglicht und zulässt. Solange kein gerechter Ausgleich gegeben ist, müssen Frauen stärker gefördert werden.

Wir wollen das Hessische Gleichstellungsgesetz überarbeiten, damit es wieder wirksamer wird. Neben der Umsetzung wollen wir wirksame Frauenförderung sowie konkrete Frauenprojekte, die zielgruppengerecht Benachteiligungen abbauen, unterstützen.

Wir wollen ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und des sexuellen Missbrauchs mit ausreichendem Schutz und wirksamer Hilfe für die Opfer, einer durchgreifenden Verbesserung der Prävention, wirksamem Opferschutz im Verfahren und konsequenter Bestrafung der Täter.

Mit der Verabschiedung des Gewaltschutzgesetzes ist eine klare Rechtsgrundlage für Schutzanforderungen bei Gewalt oder Drohungen im häuslichen Bereich geschaffen worden. Damit Opfer schnell und effektiv Schutz erhalten können, wurde das Verfah-

rensrecht überarbeitet. Als flankierende Maßnahme wollen wir eine Öffentlichkeitskampagne in Hessen durchführen. Diese hat zum Ziel, über den erhöhten wirksamen Schutz gegen häusliche Gewalt zu informieren.

Wir werden die Kürzung der Zuschüsse für Frauenhäuser zurücknehmen. Es werden spezielle Zufluchtwohnungen eingerichtet, da zumindest am Anfang nicht immer möglich sein wird, die Gewaltopfer in der Wohnung wirksam zu schützen.

d. Keine Diskriminierung

Sicherung der Demokratie ist nicht nur unter dem Eindruck von zunehmenden rechts-extremistisch orientierten Taten zu diskutieren. Es muss auch für ein Klima der Antidiskriminierung gesorgt werden. Dieses beginnt bei entschiedenem Entgegenreten gegen Gewalttaten, die politisch motiviert gegen Menschen ausgeübt werden, und hört auf bei einem kritischen Bewusstsein jedes Einzelnen in seinem Verhalten. Zuwanderung und kulturelle Vielfalt sind Merkmale aller westlichen Industrienationen. Darin liegen Chancen aber auch Herausforderungen und Probleme. Dieser Vorgabe folgend ist es eine Querschnittsaufgabe für alle Ressorts, sich des Themas anzunehmen und vernünftige Lösungen zu entwickeln.

So hat die SPD-Landtagsfraktion bereits in der letzten Legislaturperiode ein Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen eingebracht, das ihnen helfen soll, ein besseres, barrierefreies und diskriminierungsfreies Leben zu führen. Gefördert werden soll ein selbstverständlicherer Umgang miteinander. Dies kann schon in den Schulen durch integrative Klassen erreicht werden. Wir wollen konsequent unseren bisherigen Weg der Verbesserung der Lebensbedingungen für Behinderte fortsetzen – für ein lebendiges und lebenswertes Hessen.

Mit Diskriminierungen haben auch Homosexuelle in unserer Gesellschaft noch viel zu oft zu kämpfen, im Beruf wie im Privaten. Sie werden Opfer von Gewalttaten, von Mobbing, von versteckten oder offenen Angriffen gegen ihre persönliche Integrität. Dieses Verhalten passt nicht in eine moderne und tolerante Gesellschaft und es muss alles daran gesetzt werden, dass durch ein freundlicheres Klima solches Verhalten verändert wird. Wir setzen uns dafür ein, dass das Lebenspartnerschaftsgesetz in Hessen konsequent durchgesetzt wird, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu fördern und Diskriminierungen, auch durch Behörden, abzubauen. Die bestehenden Hürden durch Diskriminierungen wollen wir mit einem Gesetz für mehr Gleichheit beseitigen.

e. Beteiligung der Verbraucherinnen und Verbraucher

Für uns ist die Beteiligung von Verbraucherinnen und Verbrauchern im politischen und wirtschaftlichen Prozess auch ein Stück mehr Demokratie. Dies ist mehr als nur Verbraucherschutz. Unsere Gesellschaft kann insgesamt profitieren, wenn Produktion und Dienstleistungen sich mehr an den Interessen der Verbraucher orientieren. Das wirtschaftliche Handeln ergibt in einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft nur Sinn, wenn es zu einem optimalen Angebot an die Kunden führt. Wichtige Voraussetzung für

zung für eine ernsthafte Beteiligung ist dabei der Zugang zu Informationen über Produkte und Dienstleistungen.

Wir wollen die Verbraucherzentrale Hessen dabei unterstützen, einen Ausgleich für die grundsätzliche Unterlegenheit am Markt zu schaffen. Dazu werden wir sie weiterhin als Institution fördern und ihr dabei mittelfristige Planungssicherheit geben. Ihre Arbeit zur Durchsetzung eines fairen Wettbewerbs liegt nicht nur im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, sie liegt auch im Interesse der Anbieter, die sich mit unseriösen Konkurrenten auseinandersetzen. Wir wollen mittelfristig das unzureichende Angebot an Beratungsstellen in Nord- und Mittelhessen verbessern.

VII. Chance: Sicher leben in Hessen

Für uns ist und bleibt die Gewährung der inneren Sicherheit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie umfasst die Herstellung des inneren Friedens durch Chancengleichheit, Lebenshilfe und soziale Sicherheit und sie schützt diesen Frieden gegen Gefährdungen.

Die Gefährdungen des inneren Friedens liegen einerseits in den Rechtsbrüchen, die sich gegen die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum der Bürgerinnen und Bürger richten, andererseits erwachsen sie auch aus Problemen der sozialen Sicherung, aus der Bedrohung der Lebensqualität durch Schädigung der Umwelt, aus dem Missbrauch wirtschaftlicher Macht und aus der Unterwerfung von Belangen des Gemeinwohls unter private Interessen.

Wir wollen eine bürgerorientierte Polizei, in erster Linie als kompetente Konfliktmanager, die schon im Vorfeld die Entstehung von Straftaten verhindern. Damit diese anspruchsvolle präventive Aufgabe bewältigt werden kann, halten wir an einer qualifizierten Ausbildung und an der zweigeteilten Laufbahn fest.

Für uns ist Sicherheit ein soziales Bürgerrecht, also eine zentrale Frage der Gerechtigkeit. Schutz vor Kriminalität ist eine wesentliche Voraussetzung für unsere freiheitliche Gesellschaft. Dabei stellt das staatliche Gewaltmonopol für Sozialdemokraten eine Grundlage des demokratischen Rechtsstaates dar. Die Privatisierung und Kommerzialisierung degradiert das legitime Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürgern nach Sicherheit zur Ware. Diese Sicherheit werden sich am Ende nur wenige leisten können. Deshalb sind wir dem Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf Schutz vor Kriminalität verpflichtet. Für uns bedeutet Sicherheit immer: Sicherheit in Recht und Freiheit.

Bei der Gewährleistung von Sicherheit schließen sich Prävention und Repression nicht aus, sondern sind sich ergänzende Handlungskonzepte. Durch schnelle und wirksame Sanktionen des Staates muss verdeutlicht werden, dass die Gesellschaft keine Gesetzesverstöße duldet. Unser Sicherheitskonzept nimmt die gesellschaftspolitischen Her-

ausforderungen unserer Zeit auf und trägt dazu bei, den innenpolitischen Frieden zu sichern.

Die Bürgerinnen und Bürger haben gegen den Staat einen Anspruch auf Sicherheit. Andererseits haben sie das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und damit einen verfassungsrechtlich garantierten Abwehranspruch gegen den Staat, ihnen größtmöglichen Schutz vor staatlichen Eingriffen zu gewähren. In diesem Spannungsfeld bewegt sich innere Sicherheit.

Prävention und Repression sind keine Alternativen, sondern sich ergänzende Handlungskonzepte. Durch schnelle und spürbare Sanktionen des Staates muss das Bewusstsein wachgehalten werden, dass die Rechtsgemeinschaft keine Gesetzesverstöße duldet.

Unser Sicherheitskonzept nimmt die gesellschaftspolitischen Herausforderungen unserer Zeit auf und trägt dazu bei, den innenpolitischen Frieden zu sichern.

a. Vorrang für Prävention

Wir setzen auf eine Kriminalpolitik, bei der Prävention vor Repression und Vorbeugung vor Strafe geht. Eine vernetzte Präventionspolitik kann durch gezielte Beeinflussung von sozialer Realität Verbrechensursachen bekämpfen.

Wir werden ein Präventionsgesetz vorlegen. Darin wollen wir ein verbindliches Konzept mit dem Ziel der institutionellen Vernetzung der kommunalen Akteure, das diese zur präventiven Kooperation verpflichtet.

Wir wollen durch Bildung von kriminalpräventiven Räten bzw. Präventionsräten auf kommunaler Ebene alle Interessierten und Sachverständigen an einen Tisch bringen und die bereits vorhandenen Ansätze und Aktivitäten weiterentwickeln. Ziel ist dabei, regionale Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Entstehung von Kriminalität zu vermindern. Die Polizei soll mit allen ihren Ressourcen und Erkenntnissen zur aktuellen Sicherheitslage an der Erarbeitung von Präventionskonzepten mitwirken. Sie muss die Rolle von Konfliktmanagern verstärkt wahrnehmen. Die Präventionsräte sind mit ausreichenden Befugnissen auszustatten. Im Innenministerium des Landes wird eine Leitstelle "Kriminalprävention" die Gründung von Präventionsräten vor Ort unterstützen. Sie dient auch als Servicestelle zur Beratung und Informationsweitergabe.

b. Partner Polizei

Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich eine Verbesserung des Kontaktes zur Polizei. Sie erwarten, dass die Polizei als kompetenter Ansprechpartner zu Verfügung steht. Die Polizei muss sich deshalb als kundenorientierter Dienstleister verstehen und auf neue Erkenntnisse über die objektive und subjektive Sicherheitslage rasch und angemessen reagieren. Bürgerinnen und Bürger müssen als Partner der Polizei und als Beteiligte bei der Verbesserung der Sicherheitsarbeit gewonnen werden.

Wir wollen die Polizei in die Lage versetzen, den neuen Anforderungen zu genügen. Als wichtigsten Schritt dazu wollen wir bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode den Personalfehlbestand bei den Polizeidienststellen beseitigen. Wir wollen, dass die Polizeibehörden wieder ihren originären Aufgaben nachkommen können und von polizei-fremden Aufgaben entlastet werden. Auch Schreib- und Verwaltungsarbeiten sowie solche Tätigkeiten, die weder hoheitlich sind noch eine spezifische polizeiliche Ausbildung erfordern, sollten nicht von Polizeibeamtinnen und -beamten ausgeführt werden.

Durch den verstärkten Einsatz von Fuß- und Fahrradstreifen, durch mobile Wachen und die Einführung eines möglichst flächendeckenden Netzes von Bereichsbeamten wollen wir die sichtbare Präsenz der Polizei verstärken und die Sicherheit im öffentlichen Raum erhöhen.

An der zweigeteilten Laufbahn (Polizistinnen und Polizisten nur im gehobenen und höheren Dienst) werden wir uneingeschränkt festhalten. Die hohe Professionalität der hessischen Polizei ist bundesweit vorbildlich und Grundlage qualifizierter Arbeit. Deshalb kann die sogenannte Wachpolizei keine originären Polizeiaufgaben übernehmen. Die Wachpolizei in der bestehenden Form wird nicht mehr fortgeführt. Wir sehen in der Einrichtung dieser Organisationen kein Mehr an Sicherheit. Die bis dahin in der Wachpolizei eingesetzten Angestellten im öffentlichen Dienst werden den jeweiligen Bereichspräsidien zugewiesen, um dort Verwaltungsaufgaben zu erledigen, und somit Vollzugspolizeibeamtinnen und -beamte für ihre originären polizeilichen Aufgaben freizustellen. Wir werden den freiwilligen Polizeidienst auflösen.

Die materiellen und ideellen Schäden durch die Organisierte Kriminalität bedrohen unsere Rechts-, Sozial- und Wirtschaftsordnung. Korruption und der damit einhergehende Versuch der wirtschaftlichen und politischen Einflussnahme bedeuten eine erhebliche Gefahr für unseren demokratischen Rechtsstaat. Die Wirtschaftskriminalität ist in ihren wesentlichen Feldern ein Teil der Organisierten Kriminalität. Zunehmend bedienen sich auch terroristische Organisationen dieser Strukturen. Wir werden jedwede Form der Organisierten Kriminalität unnachsichtig verfolgen.

Deshalb werden wir die Strafverfolgungsbehörden durch organisatorische Maßnahmen und die Schaffung von zusätzlichen personellen Kapazitäten stärken. So unterstützen wir die Ermittlungstätigkeit in diesem Bereich und stellen eine effektive Bekämpfung dieser schweren Kriminalitätsform sicher. Den Einsatz des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität lehnen wir ab. Ihre Bekämpfung ist ausschließlich Aufgabe der Vollzugspolizei.

c. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Die SPD sichert den Bestand und die Arbeitsfähigkeit des Verfassungsschutzes und bekennt sich zu seiner Aufgabe, die Demokratie und die Menschenwürde in Hessen zu sichern.

Das Trennungsgebot zwischen Verfassungsschutz und Polizei ist für die SPD unabdingbar.

Wir wollen die Kampagne „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ wieder aufnehmen und die intensive Öffentlichkeitsarbeit im Diskurs mit den gesellschaftlichen Gruppierungen wiederbeleben. Nur ein transparenter Verfassungsschutz ist in der Lage die Bürgerinnen und Bürger effektiv zu schützen.

d. Recht und Justiz

Die Justiz muss ihre Stellung unter den staatlichen Gewalten behaupten können. Dazu muss sie durch ein bürgernahes Auftreten und durch schnelle Verfahrensweisen und verständliche Entscheidungen selbst beitragen. Da es wichtig ist, dass die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt, wollen wir das beschleunigte Verfahren in Hessen weiter schrittweise ausbauen. Da es wichtig ist, dass die Strafe der Tat auf dem Fuße folgt, wollen wir das beschleunigte Verfahren in Hessen weiter schrittweise ausbauen. Wir wollen aber auch umgekehrt die Justiz durch eine angemessene Ausstattung mit sächlichen und personellen Mitteln unterstützen.

Die Justiz muss nach innen reformiert werden. Dazu müssen ihre Bürgernähe und ihre Fähigkeit zur Dienstleistung verbessert werden. Alle Reformen müssen die in der Hessischen Verfassung verbürgte Unabhängigkeit der Justiz auch unter geänderten Rahmenbedingungen erhalten und weiterentwickeln. Die Justiz soll dadurch in die Lage versetzt werden, ihre Befriedungsfunktion als dritte Gewalt in der Gesellschaft auch tatsächlich wahrnehmen zu können.

Zur Modernisierung der Justiz wollen wir eine zeitgemäße EDV-Ausstattung und die vermehrte Bildung von Serviceeinheiten. Dazu müssen sämtliche Behörden mit EDV-Netzen und den erforderlichen Rechnern ausgestattet werden. Ferner muss die Zahl der Anschlüsse an Internet oder Intranet-Systeme gesteigert werden. Darüber müssen einerseits spezielle Informationsangebote der Justiz kommuniziert werden, andererseits muss ein einheitlicher Auftritt der hessischen Justizbehörden im Internet organisiert werden.

Die mit der Budgetierung gewonnenen Erfahrungen werden wir auswerten und auf ihre Vereinbarkeit mit den Bedingungen für eine unabhängige Justiz untersuchen.

Wir werden uns für eine Experimentierklausel im Gerichtsverfassungsgesetz einsetzen, um das Modell eines Gerichtsmanagers erproben zu können, der nicht mit der Präsidentin oder dem Präsidenten personengleich und für die Gerichtsverwaltung verantwortlich ist.

Wir werden uns für eine Veränderung von Gerichtsverfassungs- und Richterrecht mit dem Ziel einsetzen, die Präsidentinnen und Präsidenten der Gerichte auf Zeit zu ernennen. Zudem sollen die Staatsanwälte in ihrer Rolle als unabhängige Strafverfolgungsinstitution gestärkt werden, indem bei Beibehaltung der internen Weisungsbefugnis; ergangene Weisungen künftig einer Dokumentationspflicht unterliegen. Das formell bestehende externe Weisungsrecht des Justizministers wird modifiziert.

Den Opfern von Straftaten gilt unsere besondere Fürsorge. Deshalb wollen wir die Beratungsstellen für Opfer von Straftaten weiter unterstützen und ausbauen. Die Einrichtungen müssen leicht erreichbar sein und - wenn nötig - ihre Hilfe zeitnah anbieten und einsetzen können. Hierzu soll ein einheitlicher Notruf für die Opfer von Straftaten eingerichtet werden.

Aufgabe der Politik ist es, die Voraussetzungen für die Durchführung des Strafanspruchs des Staates und für die Umsetzung der Resozialisierung zu schaffen. In der Öffentlichkeit ist ein Klima zu erzeugen, das Akzeptanz und Verständnis für die Resozialisierungsbemühungen schafft und dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung angemessen Rechnung trägt.

Trotz Prävention bleibt bei gewichtigen Straftaten Freiheitsstrafe unverzichtbar. Nur ein moderner Strafvollzug kann gewährleisten, dass der Resozialisierungsauftrag des Strafvollzugsgesetzes, der wesentlich dem Schutz der Bevölkerung vor neuen Straftaten dient, erfüllt wird. Deshalb wollen wir im Rahmen einer Modernisierungsoffensive erreichen, dass die Auseinandersetzung der Gefangenen mit ihrer Tat und ihrem kriminellen Verhalten intensiviert wird. Dabei werden wir uns verstärkt der Methode der Differenzierung bedienen, die eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den individuellen Defiziten der Straftäter ermöglicht.

Durch derart angemessenes Training und verantwortliche Erprobung stellen wir sicher, dass die Straftäter besser dazu befähigt werden, nach ihrer Entlassung ein Leben ohne Straftaten zu führen.

Dafür ist auch notwendig, Überbelegungen durch zusätzlichen Haftraum zu vermeiden. Alternativ zur Haft wollen wir in Hessen den Täter-Opfer-Ausgleich ausbauen und das Modell des „außergerichtlichen Tauschgleichs“ in Hessen erproben.

Bei jeder Lockerungsgewährung nach dem Strafvollzugsgesetz gebietet der Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten äußerste Sorgfalt. Das kritische Ausschöpfen aller zugänglichen Erkenntnisquellen und eine geschärfte Sensibilität für die Sicherheitsbelange der Bürgerinnen und Bürger ist bei der Entscheidungsfindung erforderlich.

e. Reform der Verwaltung

Wir wollen eine Ausrichtung der künftigen Verwaltungsreform auf die Bürgerinnen und Bürger als Kunden der Verwaltung. Das bedeutet eine Konzentration auf die zu erbringende Dienstleistung und die Effektivierung der inneren Strukturen, um die Aufträge auch schnell und qualifiziert verarbeiten zu können.

Wir wollen die hessische Landesverwaltung innerhalb der nächsten Legislaturperiode in die Lage versetzen, alle Dienstleistungen, bei denen das rechtlich möglich ist, auch elektronisch mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Vereinen abzuwickeln. Dazu wird ein eGovernment-Aktionsprogramm aufgestellt, das die Kommunen mit einbezieht und sie in gleichgerichteten Zielen unterstützt.

Die elektronischen Medien dürfen aber nicht zu einer Zweiteilung der Gesellschaft führen. Für die Bürgerinnen und Bürger, die keinen Internetzugang haben können oder wollen, muss ein Ausgleich angestrebt werden.

Die inneren Strukturen der Verwaltung müssen den Ansprüchen der Bürgerinnen und Bürger ebenso gerecht werden, wie dem engen Kostenrahmen des Landeshaushalts. Wir wollen deshalb für alle Bereiche der Landesverwaltung ein geordnetes Qualitätsmanagement einführen, um die Aufgabenerledigung noch effektiver und effizienter zu gestalten. Aus dem gleichen Grund soll die Umsetzung der von uns initiierten Neuen Verwaltungssteuerung fortgesetzt werden. Allerdings kann dies nach einer kritischen Bestandsaufnahme der Maßnahmen der CDU/FDP-Koalition nur mit den Mitteln und in dem Umfang geschehen, wie es für die öffentliche Aufgabenerledigung sinnvoll und auch zeitlich realistisch ist.

Durch die Informations- und Kommunikationstechnologien sind immer mehr Daten an unterschiedlichen Stellen im privaten und öffentlichen Bereich vorhanden, die vernetzt werden können und auf die extern zugegriffen werden kann. Dies erfordert eine neue Konzentration auf die Sicherheitsfragen im Netz und den Datenschutz insgesamt. Hessen hat eine gute Tradition im Datenschutz, zumal hier das erste Datenschutzgesetz auf den Weg gebracht wurde. Diese Tradition werden wir fortsetzen.

Wir wollen Datenschutz so ausgestalten, dass jeder und jede weiß, welche persönlichen Daten zu welchem Zweck unter welchen Bedingungen gesammelt und verarbeitet werden, und dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach einen besseren Zugang zu öffentlichen Daten und Informationen durch ein hessisches Informationszugangsgesetz gerecht werden.

Wir wollen im Datenschutz die Trennung zwischen öffentlichem und privatem Bereich aufgeben. Dazu gehört eine moderne und aktuelle technische Ausstattung, damit der Datenschutz seine gesetzlichen Aufgaben wirkungsvoller erfüllen kann.

VIII. CHANCE: KULTURELLE VIELFALT

In Hessen begegnen sich urbanes und ländliches Leben, regionale und internationale Traditionen wie in kaum einem anderen Land der Bundesrepublik. Aus dieser kulturellen Vielfalt erwächst aber auch eine besondere politische Verantwortung, der wir uns stellen. Ein lebendiger Föderalismus braucht eine vielfältige Kulturlandschaft. Wir nehmen dies zum Anlass, eine eigene hessische Kulturpolitik in gemeinsamer Verantwortung des Landes mit seinen Kommunen zu formulieren und zu entwickeln. Dies gilt für die Entwicklung der Theater und Museen genauso wie für die Kulturdenkmäler und Bauten, welche die Identität des Landes prägen.

Die Kultur der Freiheit lebt sowohl von einem Klima der Offenheit und Innovationsfreundlichkeit als auch finanziell auskömmlichen Rahmenbedingungen. Wer – so wie wir

– auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse setzt, muss Künstlerinnen und Künstler verstärkt zur aktiven Mitwirkung einladen. Demokratie lebt von Widersprüchen, Kritik und Kreativität, die aus künstlerischem Engagement erwachsen. Dieses vielfältige Spektrum auf anspruchsvollem Niveau zu erhalten und zu fördern sowie progressive Entwicklungen in allen Sparten zu ermöglichen, das ist Aufgabe einer eigenen Landeskulturpolitik, die in Abstimmung mit den spezifischen kulturpolitischen Zielsetzungen der hessischen Kommunen sowie auch im Sinne eines Wettbewerbs innerhalb des Kulturföderalismus in der Bundesrepublik zu formulieren ist.

Wir setzen auf die Vielfalt der Kulturen, die voneinander lernen, sich gegenseitig bereichern und mit Respekt begegnen. Viele Menschen aus fremden Ländern haben in Hessen eine neue Heimat gefunden. Ihre kulturellen Beiträge für das Zusammenleben sind uns besonders willkommen. Immer wieder aufkeimende Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegen Minderheiten werden wir niemals dulden. Wir werden dem Rechtsextremismus stets entschieden entgegentreten.

Für uns zielt Kulturpolitik darauf ab, gesellschaftliche Lebensweisen, Werte und Ideen auf dem Hintergrund von Kreativität, Innovation und Phantasie in alltägliches gesellschaftliches Handeln einfließen zu lassen. Kultur gehört als Impuls und Spiegel zum Leben aller Bürgerinnen und Bürger. Sie ist maßgebliche Zukunftsinvestition für Kreativität und Innovationsfähigkeit.

a. Lebendige Kultur

Mit besonderem Engagement fördern wir den internationalen Kulturaustausch. Wir wollen von unseren Partnern in der Welt lernen. Von Hessen und seinen europäischen Partnerregionen gehen wichtige Impulse für Europas Zukunft aus. Beim Aufbau immer engerer Beziehungen und Kontakte legen wir besonderen Wert auf gemeinsame Kulturprojekte, die unser Ziel eines Europas der Regionen mit Leben erfüllen.

Die zahlreichen soziokulturellen Zentren sind aus der Landschaft Hessens nicht mehr wegzudenken. In ihrer Arbeit führen sie die vielfältigen Ausdrucksformen unterschiedlicher sozialer Milieus zusammen, ungeachtet ihrer sozialen, ethnischen oder kulturellen Herkunft. Somit leistet die Soziokultur einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit in unserem Land. Sie bilden eine unverzichtbare Schnittstelle zwischen ehrenamtlichem und professionellem Engagement.

Wir wollen deshalb die soziokulturelle Arbeit und ihre Zentren auf eine neue, verlässliche finanzielle Basis stellen. Gemeinsam mit den Kommunen sollen alle soziokulturellen Zentren eine Basisfinanzierung erhalten, die eine Absicherung der organisatorischen und künstlerischen Arbeit ermöglicht. Wir werden einen Fond Soziokultur einrichten, der besondere Projekte der Soziokultur fördern wird.

Wir wollen die gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten ausbauen und setzen dabei auch auf die aktive Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Ihre Persönlichkeitsentwicklung steht für uns im Mittelpunkt. Die junge Generation braucht Freiräume für Kreativität und Orte des kulturellen Lernens. Musische Angebote an den Schulen wie

Musik, Kunst und darstellendes Spiel haben dabei einen herausragenden Stellenwert und werden von uns mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. Ebenso unverzichtbar ist die engagierte Jugendarbeit von kulturschaffenden Vereinen und kommunalen Einrichtungen. Die erfolgreiche museumspädagogische Arbeit für Kinder an hessischen Museen ist ein weiterer wichtiger Baustein für eine vorurteilsfreie Begegnung und spielerische Auseinandersetzung mit Kunst. Für deren Ausbau setzen wir uns ebenso ein wie für ein möglichst flächendeckendes freies Theaterangebot für Kinder und Jugendliche.

Modellhaft wollen wir kulturelle Kinder- und Jugendarbeit regionaler Netzwerke unter Beteiligung von Schulen, Vereinen und Kulturinstitutionen fördern. Gerade an sozialen Brennpunkten können vor Ort integrative Kulturprojekte der Arbeit mit jungen Aussiedlern und Ausländern neue Impulse verleihen. Wir versprechen uns davon einen nachhaltigen Beitrag zur interkulturellen Verständigung, zum Abbau von Vorurteilen und zur gewaltfreien Lösung von Konflikten.

Kulturpolitik handelt stets auch vom Erinnern. Nur wer sich der Vergangenheit in ihren Höhen und Tiefen stellt, wird den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen gerecht. Die Erinnerung an den faschistischen Terror und den Holocaust muss gehalten werden. Uns erschreckt, dass immer weniger jungen Menschen die Gräueltaten der Nationalsozialisten gegenwärtig sind. Sie zu sensibilisieren und stark zu machen gegen rechte Gewalt und Fremdenhass, muss Aufgabe von Staat und Gesellschaft bleiben.

Dabei müssen neue Wege der Vermittlung von Werten und Geschichte gegangen werden. Eine zentrale Rolle übernehmen dabei die Schulen. In die Entwicklung einer zukunftsweisenden Erinnerungskultur wollen wir verstärkt die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Mahn- und Gedenkstätten in Hessen einbinden. Die authentischen Stätten des Nazi-Terrors, deren Forschungs- und Jugendarbeit werden wir finanziell und ideell nach Kräften unterstützen. Ebenso wollen wir gemeinsam mit unseren thüringischen Nachbarn die Erinnerung an Systemkonfrontation, Teilung und kommunistischer Diktatur entlang der Grenze zur ehemaligen DDR wach halten.

Besonders verbunden fühlen wir uns den zahlreichen kulturellen Aktivitäten im ländlichen Raum. Fernab unserer Städte mit einem vielfältigen Kulturangebot sind unter ungleich schwierigeren Rahmenbedingungen vorbildliche Initiativen entstanden. Häufig werden sie maßgeblich vom ehrenamtlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger getragen. Wir wollen verstärkte regionale Kooperationen zwischen Tourismus, Wirtschaft und Kultur anregen. Mit dem Kultursommer in Nord-, Mittel- und Südhessen sind hervorragende Netzwerke entstanden, wir wollen sie auch in Zukunft unterstützen und damit kulturelle Potentiale in den Regionen fördern.

Die finanzielle Lage Hessens bleibt angespannt. Daher werden wir Schwerpunkte setzen müssen, die gleichwohl der wachsenden kulturpolitischen Verantwortung Hessens gerecht werden. Wir werden das kulturelle Engagement hessischer Gemeinden, Städte und Landkreise auch weiterhin partnerschaftlich unterstützen.

Zu den herausragenden kulturellen Identitätsfaktoren unseres Hessenlandes gehört die vielfältige und anspruchsvolle Theaterlandschaft. Sie zu entwickeln, ist eines unserer

wichtigen Anliegen. Wir werden als gemeinsame Aufgabe des Landes und der Kommunen die Theaterfinanzierung auf eine gesicherte Grundlage stellen. Der Sanierungsstau bei den Staats- und Landestheatern muss beseitigt und die laufenden Kosten verlässlich geregelt werden. Dazu wollen wir eine neue, gemeinsam vom Land und der kommunalen Seite getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entwickeln, die Verträge mit den Theatersitzstädten neu fassen und für eine neue Plankultur sorgen.

Wir werden einen Landestheaterbeirat einrichten, der nach künstlerischen Gesichtspunkten für besondere Projekte Zuwendungen vergeben kann. Wir werden ein Konzept für die Entwicklung der Kinder- und Jugendtheater in Hessen vorlegen und die Arbeit auf diesem wichtigen Gebiet deutlich verbessern.

Besonders innovative Kunst hat in Hessen einen festen Platz. Wir unterstützen künstlerische Zukunftsprojekte, die durchaus zum Widerspruch und zur kritischen Auseinandersetzung anregen sollen. Im Mittelpunkt steht alle fünf Jahre die documenta, die als eines der renommiertesten Foren der Gegenwartskunst international Zeichen zu setzen weiß und viele Menschen aus der ganzen Welt nach Kassel und Nordhessen lockt. Darüber hinaus unterstützen wir auch weitere Kunst- und Kulturprojekte, die zum Widerspruch anregen und zur kritischen Auseinandersetzung in und mit der Gesellschaft beitragen.

Für uns ist die Förderung der Musik in Hessen ein wichtiges Anliegen, wobei wir vor allem die professionelle und qualifizierte Ausbildung wie auch die beruflichen Chancen von Orchestermusikern wie von Solisten in allen Bereichen der musikalischen Praxis von der Klassik über die Neue Musik bis zum Jazz, zu Rock und Pop und zu populären Sparten sichern wollen.

Für die musikalische Übung von Laien gilt für uns, dass wir möglichst allen Menschen im Lande die Möglichkeit einer Ausbildung anbieten wollen, so dass die musikalische Bildung nicht nur wie ehemals ein Privileg der begüterten Schichten ist. Dazu gehört auch eine höhere Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich, unter anderem in den Konzertvereinen und den Chor- und Orchestergemeinschaften.

Wir setzen uns nachhaltig für die Förderung der Musikschulen in Hessen ein. Dies gilt sowohl für die Schulen, die im Hessischen Musikschulverband organisiert sind, als auch für andere Initiativen. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass die Förderung in Hessen weit hinter dem Bundesdurchschnitt liegt. Es ist unser Ziel, dieses Missverhältnis zu verbessern. Wir werden den eingeschlagenen Weg des Baus und Betriebes einer Landesmusikakademie fördern. Die finanzielle Förderung der Akademie ist für uns Beitrag zur Qualitätssicherung der Musik in Hessen und zur Identität des Landes.

Wir bewerten den gesellschaftlichen Wert der hessischen Gesangs- und Musikvereine außerordentlich hoch. Wir wollen deshalb die Förderung in diesem Bereich verstärken. Wir werden dabei einen Schwerpunkt bei der Nachwuchsförderung und den Chor- und Orchesterleitern setzen.

Die Attraktivität hessischer Museen wollen wir, weit über die Grenzen unseres Landes hinaus, mit der Bereitstellung notwendiger Investitionsmittel erhalten. Ebenso setzen wir uns für eine Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen und eine aktive Museumspädagogik ein.

Denkmalpflege steht für uns unter dem Oberbegriff der Identität des Landes Hessen. Unsere Schlösser, Burgen und Gärten tragen dazu bei. Sie sind für die Menschen in unserem Land Stolz und Kleinod, Ort der Muse und Erholung. Sie zu erhalten und zu fördern, verstehen wir als Aufgabe Hessens. Deshalb werden wir Liegenschaften, die zur Identität des Landes untrennbar gehören, in einer gemeinsamen Verwaltung zusammenführen. Diese soll so behutsam wie möglich und ökonomisch sinnvoll die Objekte einer Nutzung zuführen, ohne dass die Substanz gefährdet wird.

Aber auch die sozialpsychologische und ästhetische Qualität der heute entstehenden bebauten Lebenswelt, die Architektur und die Stadtgestaltung, muss zum Thema der Kulturpolitik gemacht werden und, dazu gehört auch, dass der Bereich des Designs, das mit seinen kreativen Potentialen entscheidend zur Bedeutung der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt, in das kulturpolitische Arbeitsprogramm aufgenommen wird.

Wir setzen uns ein für die Förderung des literarischen Lebens. Wir unterstützen Autoren und Nachwuchsautoren, Veröffentlichungen und deren Bemühen Publikum und Resonanz für ihre gestalterische Sichtweise und Verarbeitung zu finden.

Wir wollen ein hessisches Bibliotheksgesetz vorlegen, das die Kriterien der Qualitätsstandards und Aufgaben der Bibliotheken und deren Förderung vor dem Hintergrund einen „neuen Lust am Lesen“ entwickelt. Auch müssen die Vergabekriterien öffentlicher Bibliotheken in kommunaler oder privater Trägerschaft transparenter werden. Wir werden Qualitätskriterien für Schulbibliotheken entwickeln und die Vernetzung der Leseförderung an Schulen mit denen der Bibliotheken verbessern.

b. Lebendige Medien

Der gesellschaftliche Wandel ist heute eng mit der Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie verbunden. Die Arbeitswelt wird ebenso deutlich von den modernen Medien beeinflusst, wie der Alltag der Bürgerinnen und Bürger, Kultur und Kunst, Politik und Wirtschaft.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine medientechnologische Entwicklung schaffen, die vor allem den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird. Eine zukunftsorientierte Medienpolitik muss sich an der Chancengleichheit im Umgang mit den Medien und der aktiven Teilhabe an den Medien orientieren. Mit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wollen wir deshalb einen besonderen Schwerpunkt auf die Medienpolitik als zentrale Zukunftsaufgabe legen.

Wir wollen die in Hessen bestehenden vielfältigen Strukturen von Einrichtungen und Angeboten, die sich mit Medien beschäftigen, weiterentwickeln mit dem Ziel der Vernetzung aller medienpädagogischen Aktivitäten in einem Forum Medienkompetenz. Wir

wollen uns zukünftig vor allem stärker als bisher auf die Anwender und Nutzer von Medien konzentrieren. Wir werden deshalb Medienpädagogik und Medienerziehung als Voraussetzung für einen aktiven, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit den Medien fördern.

Wir wollen den Ausbau der bestehenden Offenen Kanäle Fernsehen und der nicht-kommerziellen Lokalradios zu Einrichtungen mit medienpädagogischen Angeboten.

Der Kommunikationswirtschaft kommt in Hessen eine wachsende Bedeutung zu. Den weiteren Ausbau Hessens als Medienstandort werden wir nach Kräften unterstützen. Dabei wollen wir die Entscheidung des international renommierten „Verbandes für elektronische Bildbearbeitung“ zur Kooperation mit dem jährlich in Frankfurt organisierten Kongress "eDIT" nutzen, um Hessen auf Dauer als den Standort für Film und Effekte in Europa zu etablieren.

Wir wollen mit einem Modellprojekt zur langfristigen Sicherung der Filmkultur in kommunalen und mittelständischen Programmkinos mit einmaligen, für Technik und Umbau spezifizierten Investitionsmaßnahmen auch deren Existenz im Übergang zum digitalen Kino sichern.

Die Zukunft der Branchen wollen wir außerdem durch eine reformierte Filmförderung stärken. Wir werden eine Initiative starten, die besonderen Wert auf kulturelle Filmförderung setzt. Dazu wollen wir bewährten Filmfestivals, insbesondere in mittleren Städten und auf dem Lande, durch im Vorlauf von zwei Jahren festgeschriebene Etats Planungssicherheit geben. Die von uns entwickelte wirtschaftliche und kulturelle Filmförderung muss im Rahmen der Medienpolitik eine Bestandsgarantie erfahren unter Einbeziehung neuer, konkreter Zielvorgaben.

Die kulturelle hessische Filmförderung im Verbund mit der hr-Filmförderung wollen wir als unverzichtbaren Teil der Produktions- und Abspielandschaft weiterentwickeln und dafür sorgen, dass sich die unabhängige Film- und Fernsehproduktion der Region stärker als bisher in öffentlich-rechtlichen Rundfunkprogrammen wiederfindet.

Wir streben die Institutionalisierung des Programms „hessen media Filminvest“ als eine mit der Industrie im Dialog funktionierende Einrichtung an. Außerdem wollen wir dafür sorgen, dass in Hessen national und international anerkannte Film-Festivals (z.B. das Kinderfilmfestival Frankfurt) und regionale Filmfestivals planungssicher auch in Zukunft stattfinden können. Im Rahmen der kulturellen Filmförderung gehört für uns dazu auch eine intensivere Förderung des nicht-gewerblichen Filmabspiels, insbesondere im Kinder- und Jugendfilmbereich.

Wir wollen eine Stärkung der Ausbildung auf unterschiedlichen Ebenen und eine Aufwertung der Hochschulen, die den Nachwuchs der hessischen Filmproduktion sichern. Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote für die schulische und außerschulische sowie die universitäre und die berufliche Bildung im gesamten Medienbereich müssen weiterentwickelt werden, auch in bestehenden Einrichtungen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist in einer zunehmend aufgefächerten Informations- und Kommunikationsgesellschaft unverzichtbar und muss dauerhaft gesichert bleiben. Nur dadurch kann in unserem dualen Rundfunksystem, bestehend aus dem Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, auch bei zunehmender Konvergenz und Digitalisierung die freie Meinungsbildung und Informationsvielfalt sowie die Programmqualität gewährleistet werden.

Daher wollen wir:

- Eine Einschränkung des derzeit bestehenden umfassenden Funktionsauftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks verhindern.
- Die regionalen Dritten Programme der ARD-Anstalten als Teil der Grundversorgung erhalten.
- Durch Rundfunkgebühren die Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erhalten. Wir werden einer Neuordnung der Rundfunkgebührenpflicht nur zustimmen, solange sie aufkommensneutral und sozialverträglich bleibt.
- Das programmbegleitende Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender im Online-Bereich sichern und ausbauen.
- Durch staatsvertragliche Regelungen bei der Rundfunkverbreitung im Kabel sicherstellen, dass sowohl im analogen als auch im digitalen Bereich die Vielfalt und Pluralität sowie der diskriminierungsfreie Zugang zu allen Programmen gewährleistet bleiben.
- Dafür sorgen, dass bei der digitalen Rundfunkverbreitung im Kabel mindestens 50% der Kapazitäten für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reserviert bleiben.
- Die Unabhängigkeit des Hessischen Rundfunks und der Landesanstalt für den Privaten Rundfunk ist zu stärken.
- Die digitale Hörfunkübertragung (Digital Audio Broadcasting -DAB) so lange aussetzen, bis sich eine ernsthafte Akzeptanz auf dem Markt für dieses System zeigt.

c. Sport ist Teil unseres Lebens

Sport ist Teil unseres kulturellen und sozialen Lebens. Er trägt zu Lebensqualität, Lebensfreude und Gesundheit bei. Für Kinder und Jugendliche sind Bewegung, Spiel und Sport unerlässlich für ihre gesamte Persönlichkeitsentwicklung. In Bildung und Erziehung eröffnet der Sport Möglichkeiten zur Selbsterfahrung und Selbstbestimmung, von Leistung und Bewährung. In einer vernetzten Politik der Gewaltprävention spielt er eine wichtige Rolle.

Sport im Verein ist wichtig für die Kultur des Zusammenlebens, hilft bei der Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger und ist unter anderem im Programm "Soziale Stadt" unverzichtbar. Wir wollen denjenigen Vereinen gezielt helfen, die Kinder- und Jugendarbeit oder weitere soziale Aufgaben übernehmen. Die Förderungswürdigkeit

der einzelnen Sportbereiche wird vor allem an der sozialen und gesellschaftlichen Bedeutung zu messen sein.

Für uns sind die folgenden Bereiche der Sportförderung vorrangig und deshalb auf Dauer zu sichern: Die Bereitstellung einer ausreichenden Sportstätteninfrastruktur, die Sportangebote für Kinder und Jugendliche sowie die Sportangebote für sozial und gesundheitlich Benachteiligte werden wir deshalb stärker fördern. Wir wollen den Kommunen helfen, neue Räume für den Sport zu erschließen und ein bewegungsfreundliches Wohnumfeld zu gestalten.

Die Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen im Breitensport und bei der Talentförderung wollen wir verstärken, die bewegungsfreundliche Gestaltung der Pausenhöfe an den Schulen muss fortgeführt werden. Die Rückgewinnung vieler Straßen als Spielorte für unsere Kinder ist eine Zukunftsaufgabe.

Wir wollen eine soziale Offensive im Sport, die einerseits die Öffnung der Sportvereine für unterprivilegierte und im Sport unterrepräsentierte Gruppen unterstützt, andererseits eine stärkere Nutzung des Sports und seiner Möglichkeiten in der Sozialpolitik verankert.

Nach wie vor lebt der Sport in den Vereinen und in den Sportkreisen nahezu ausschließlich vom Engagement und dem Einsatz freiwilliger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dieses Engagement verdient und benötigt öffentliche Unterstützung und Anerkennung.